

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

2–3/15

Juli 2015 · 68. Jahrgang
Einzelverkauf 9,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST
CUS

„... damit wir
klug werden.“

L. Ragaz. Anfänge des Jüdisch-Christlichen Dialogs
E. Schmitz, C. Lutz, Verteidigung und Rettung von Juden 1933–1945
H. Stöhr. Kriegsdienstverweigerung im Zweiten Weltkrieg
D. Bonhoeffers Friedenspredigt
Wie es zur Atombombe kam
Lernen aus der Geschichte
Reformation radikalisieren
Christ sein im Zentrum des Mammon
Krisen im autoritären Kapitalismus

Rezensionen
Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Fokke Bohlsen, Michael Distelrath, Reinhard Gaede, Jürgen Gorenflo, Dieter Hönerhoff, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-Eberhard Jahn, Thorsten de Jong, Alois Schwarz

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln
m.distelrath@netcologne.de

Preise:

Einzelheft: € 8,-, Doppelnummer
€ 9,-, Jahresabonnement, Inland:
€ 25,-, Welt: € 35,-, Förderabonne-
ment € 30,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial	1
Nikolaus und Anne Schneider	
Klug ist, wer Gottes Nähe auf Erden erwartet und wahrnimmt!	3
Willy Spieler	
Leonhard Ragaz' Beitrag zum jüdisch-christlichen Dialog..	13
Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke	
Widerständig glauben und leben – E. Schmitz, Teil II ..	21
Herbert Pruner	
Carl Lutz – der vergessene Judenretter	26
Karlheinz Lipp	
Der evangelische Kriegsdienstverweigerer Hermann Stöhr (1898–1940)	28
Helmut Donat	
Lernen aus der Geschichte – ein Manifest 2014	33
Elmar Klink	
Wie es zur Bombe kam	43
Walter Altmann et al.	
94 Thesen. Die Reformation radikalisieren	51
Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christ(inn)en in Hessen	
Links sein und Christ sein im Zentrum des Mammons ..	57
Franz Segbers	
Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass	60
Bärbel von Wartenberg-Potter	
Vom richtigen Leben im Falschen	66
Dieter Stork	
Frieden, Kirche und Völkerwelt. D. Bonhoeffer	70
Thorsten Brenscheidt	
„Links wirkt“ – Kirchentag in Stuttgart	75
<hr/>	
Rezensionen	
Jürgen Schübelin	
Evangelische Diaspora in den Andenstaaten	77
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Reinhard Gaede	
BRSD – Mitwirken beim Kirchentag	79
Einladung zur Jahrestagung	80
Bilder und Fotos	81
Autorinnen und Autoren	81

Editorial

Damit wir klug werden“ ist das Thema dieses Heftes. Wir blicken darin zurück auf den 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart. „Des Glaubens Sommerfrische“ nannte das Sonntagsblatt „Unsere Kirche“ das Ereignis, das rund 140 000 Menschen erlebten. Fünf Tage Sonnenschein mit Temperaturen weit über 30 °C. Friedensethik, Schutz der Flüchtlinge waren zentrale Themen. Wir erzählen vom Stand der Religiösen Sozialist(inn)en auf dem Markt der Möglichkeiten. Zwei Bibelarbeiten geben wir wieder. *Nikolaus* und *Anne Schneider* haben wieder eine Dialogbi-belarbeit vorgetragen, diesmal zum



14.03.2015: l.v.u. Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink

Gleichnis von den klugen und törichten Jungfrauen. „Klug ist, wer Gottes Nähe auf Erden erwartet und wahrnimmt.“ So ihr Kommentar. „Gerade im Blick auf unsere zukünftige Gemeinschaft mit Gott kommt es darauf an, hier und jetzt Hungernde zu speisen, Einsame zu besuchen und Flüchtlingen eine Heimat zu geben.“ *Bärbel von Wartenberg-Potters* Bibelarbeit bezieht sich auf das Gleichnis vom Verwalter der Ungerechtigkeit – so die Kirchentagsübersetzung. Warum die „Kinder des Lichts“ sich gerade ihn

zum Vorbild von Klugheit nehmen können, erklärt sie, *Franz Segbers* zustimmend: Er hat nicht nur die eigene Haut gerettet, sondern dem Schuldenerlass des Sabbatjahrs in seinem Bereich wieder zur Geltung gebracht. „In einem System der Ungerechtigkeit stellt er das Recht der Pächter wieder her ... Aus der Sicht der Großgrundbesitzer war die Aktion ohne Zweifel ein Betrug an ihrem Eigentumsrecht, aus der Sicht der Pächter aber wurde ihre Ausbeutung durch die Wiedereinsetzung eines religiösen Rechtes beendet.“ So wird er ein Vorbild für „richtiges Leben im falschen.“

Drei Beiträge sprechen das Verhältnis von Christen und Juden an. *Willy Spieler* würdigt *Leonhard Ragaz*, Freund *Martin Bubers*, als einen der Begründer des neuzeitlichen Dialogs zwischen Christentum und Judentum. „Die Seele des Judentums ist der Messianismus, das heißt, die Hoffnung auf die Gottesherrschaft auf Erden, welche Gerechtigkeit, Frieden und Güte bringt und die Erlösung aller Kreatur schafft“, heißt es im Vortrag von 1921 (ebd. 38). Das ist die eine Seite; doch dieser „Messianismus [...] leidet darunter, dass er vom Messias getrennt ist“, das wäre die andere Seite (ebd. 38). ... Das Christentum [...] brachte der Welt den Messias, vergaß aber nach und nach den Messianismus, das heißt die Hoffnung auf die Gottesherrschaft über die Erde. ... Judentum und Christentum [...] gehören in Wirklichkeit aufs allerengste zusammen und sind bloß zwei Strömungen in einer Bewegung, zwei Stämme aus einer Wurzel.“ (Judentum 1922, 8).“ *Gabriele Lüdecke-Eisenberg* und *Gerhard Lüdecke* zeigen uns in Fortsetzung das Lebensbild von *Elisabeth Schmitz*. Sie hatte

mutig das NS-Regime wegen der Verfolgung der Juden angeklagt, war aber zu ihrer Zeit und auch später kaum beachtet worden. *Herbert Pruner* gedenkt des Schweizer Diplomaten *Carl Lutz*, der mehr als 60 000 ungarische Juden gerettet hatte, indem er mutig und ohne Dank zu erwarten, seine Kompetenzen überschritt. Der Beitrag erschien zuerst bei unsern österreichischen Bundesfreund(inn)en ACUS Kommentare 2/2015. Wir danken für freundliche Erlaubnis zum Druck. *Karlheinz Lipp* erinnert an *Hermann Stöhr*, der gegen die Nazis protestierte, den Kriegsdienst verweigerte und im Alter von 42 Jahren zum Tode verurteilt wurde. Auch andere Kriegsdienstverweigerer aus religiösen Gründen werden gewürdigt.

An den Abwurf von Atombomben auf die südjapanischen Küstenstädte Hiroshima und Nagasaki vor 70 Jahren erinnert *Elmar Klink* in seinem Beitrag und stellt die Entstehungsgeschichte dieser Massenvernichtungswaffen dar. Die Gefahren von Atoanlagen konnten wir schon in CuS, Jahrgang 2011 und 2-3/12, kennen lernen.

Helmut Donats Beitrag aus dem Jahre 2014 blickt zurück auf 100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre Fall der Mauer unter dem Titel „Lernen aus der Geschichte“. Das Vermächtnis historischer Aufklärung hatte *Hellmut von Gerlach* hinterlassen: „Den Frieden benutzen, um die Welt gegen den Krieg zu organisieren. Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen. Die im Irrtum verharren, das sind die Narren. Nie wieder 1914!“, „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

„Links sein und Christ sein im Zentrum des Mammons“. Das Memorandum von *Christ(inn)en aus Hessen und Nassau*, die unseren Autor Franz Segbers als Sprecher gewählt haben, bekräftigt die Einsichten des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Über Aktivitäten von Christ(inn)en bei den Linken auf dem Kirchentag berichtet *Thorsten Brenscheidt*.

Jürgen Schübelins Rezension des Buchs von *Wilhelm Hüffmeier et. al.* blickt auf die kleinen protestantischen Kirchen in Lateinamerika und fragt nach den Fortschritten ehemaliger Mittelstandskirchen hin zu einer Option für die Armen.

In diesen Tagen erscheint die Umwelt-Enzyklika „*laudato si*“ von *Papst Franziskus*, in der er Partei ergreift für „alles Schwache wie die Umwelt“, „wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden“. Möge er überall Gehör finden!

Wir geben in Fortsetzung 94 Thesen anlässlich des Reformationsjubiläums wieder, die viele Professoren aus aller Welt verfasst haben.

Wir haben in der Vergangenheit CuS pünktlich zustellen können. Diesmal könnte es zu Zeitverzögerungen kommen. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Post streiken nun schon seit Wochen für einen höheren Lohn und eine Absicherung der Einkommen. Die Post will infolge von Umstrukturierung Arbeitnehmer materiell erheblich benachteiligen. Der BRSD tritt für die Wahrnehmung der berechtigten Arbeitnehmerinteressen ein. Die Forderungen der Gewerkschaft Verdi an den Vorstand der Post sind gerechtfertigt. Wir unterstützen unsere streikenden Kolleginnen und Kollegen bei der Post und bitten unsere Abonnent(inn)en um Verständnis für eventuelle Zeitverzögerungen.

Mit Wünschen für schöne Sommertage

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Klug ist, wer Gottes Nähe auf Erden erwartet und wahrnimmt!*

Von Nikolaus und Anne Schneider

I. Lebensfragen, die uns klug machen (Anne)

„Wieso, weshalb, warum – wer nicht fragt, bleibt dumm!“ Ich denke, den meisten von uns ist diese Lebensweisheit der Sesamstraßenmelodie seit Kindheitstagen vertraut. Und wir haben inzwischen wahrgenommen, dass diese Weisheit auch für Erwachsene gilt: Klugheit wächst und zeigt sich dadurch, dass wir Fragen stellen. Und dass wir „In-Frage-Stellen“, was als unumstößliche Wahrheit oder als alternativlos behauptet wird – in politischen und theologischen Zusammenhängen ebenso wie in privaten Lebensbezügen. Für Lebensfragen können wir keine abschließenden Antworten im Lexikon nachschlagen oder in unserem Laptop „googeln“. Es geht um Fragen, die man nicht mit dogmatischen Lehrsätzen beantworten kann. Um Fragen, die nach dem Erzählen von Lebensgeschichten und Gleichnissen verlangen. Es geht um Fragen, die uns in lebenslange Gespräche verwickeln: in Gespräche mit uns selbst, in Gespräche mit Freundinnen und Freunden, in Gespräche mit Gott. Eine entscheidende Lebensfrage, die uns Menschen in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ein Leben lang begleitet, ist die Frage nach einer Hoffnung über unsere Todeserfahrungen hinaus: Wie kann ich leben und sterben in der Gewissheit: Ich bin niemals allein. Ich bin aufgehoben und geborgen in der Liebe von Menschen und von Gott – gerade angesichts des Todes und sogar durch den Tod

hindurch? Diese „große Frage“ müssen wir alltäglich herunterbrechen in kleinere und konkretere Fragen, „damit wir klug werden“, und damit diese Klugheit uns hilft, „selig“ – also in der Gewissheit von Gottes Geleit – zu leben und zu sterben. Für mich war und ist der Schweizer Schriftsteller Max Frisch ein anregender „Fragen-Lehrer“. Also ein Mensch, der mir immer wieder neue Anregungen und Impulse gibt für wichtige Lebensfragen und für Gespräche, die nicht nur an der Oberfläche meiner Existenz kratzen. Fünf Fragen von Max Frisch an Sie und an uns sollen gleichsam eine Begleitmelodie für diese Bibelarbeit sein und uns – hoffentlich! – ein wenig klüger machen: „Wann haben Sie aufgehört zu meinen, dass Sie klüger werden, oder meinen Sie’s noch? Wissen Sie in der Regel, was Sie hoffen? Können Sie ohne Hoffnung denken? Hoffen Sie auf ein Jenseits? Wonach richten Sie Ihre täglichen Handlungen, Entscheidungen, Pläne, Überlegungen usw., wenn nicht nach einer genauen oder vagen Hoffnung?“ (aus Max Frisch, Tagebuch 1966–1971, suhrkamp taschenbuch 4242, S. 10 und S. 179–182)

II. Psalm und Gebet (Nikolaus)

Mit Psalm 90 bekennen wir: „Herr, du bist unsere Zuflucht für und für. Ehe denn die Berge wurden und die Erde und die Welt geschaffen wurden, bist du, Gott, von Ewigkeit zu Ewigkeit. Der du die Menschen lässt sterben und sprichst: Kommt wieder, Menschenkinder! ... Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.“ (Psalm 90,1–3.12)

Lasst uns beten: Du, unser Gott, lehre uns

die Einsicht in die Vergänglichkeit unseres irdischen Lebens und Gestaltens und bewahre uns die Hoffnung auf unvergängliches Leben bei Dir! Begleite unser Fragen und Nachdenken heute Morgen! Dein Geist inspiriere unseren Geist, damit offene Lebensfragen uns nicht in zerstörerische Zweifel oder in Verzweiflung treiben! Damit sie uns in dem lebens-notwendigen Gespräch halten, miteinander und mit Dir. Dein Geist inspiriere unseren Geist, damit wir klug werden und achtsam umgehen mit uns selbst, mit unseren Nächsten, mit Deiner Schöpfung. Amen

III. Bibelarbeit Teil 1: „Wir kommen alle, alle in den Himmel ...“ – schön wär’s.

Wär’s wirklich schön? Das Gleichnis von den zehn jungen Frauen hat eine andere Botschaft.

III.1. Jesu Gleichnisse laden uns ein zum Fragen, Reden und Diskutieren – eine dankbare Erinnerung an Luise Schotttroff (Anne)

Am 8. Februar dieses Jahres starb Luise Schotttroff. Für viele von uns war und ist sie eine inspirierende theologische Lehrerin, gerade auch mit ihren Bibelarbeiten auf Kirchentagen und gerade auch durch ihre Art „feministische Theologie“ zu treiben. Feministische Theologie war für Luise Schotttroff keine unpolitische „Spielwiese“ für unausgelastete und/oder von Männern frustrierte Frauen. Luise Schotttroffs feministische Theologie war sozialgeschichtlich fundiert, befreiungstheologisch ausgerichtet und im christlich-jüdischen Dialog verankert. In Bindung an und in Auseinandersetzung mit der biblischen Tradition trat sie ein für die Befreiung von unterdrückenden Rollenfixierungen und von zerstörerischen Strukturen in unseren je aktuellen und konkreten Kon-

texten. Sie glaubte und sie lehrte uns die Nähe Gottes als eine Kraft, die Menschen dazu ruft und stärkt, schon hier und schon jetzt dem Unrecht und der Gewalt zu widerstehen. Christliche Hoffnung war nach einem Bericht von Claudia Janssen für Luise Schotttroff selbst im Angesicht ihres nahenden Todes eine Lebenshaltung, die sich ganz wesentlich auf das „Leben hier und jetzt“ richtet. (vgl. dazu Claudia Janssen, Eine Begegnung mit Luise Schotttroff im Angesicht des nahenden Todes, *Zeitzeichen* 11, 2014). Mit ihrer Lehre und mit ihrem Leben machte sie uns deutlich: Das Evangelium bezeugt eine Hoffnung, die unsere irdische Gegenwart und unsere himmlische Zukunft zusammenbindet. In Jesus Christus ist Gottes Reich auf unserer Erde schon angebrochen. Und mit dem wiederkommenden Christus wird sich Gottes Reich vollenden. Gott ist uns nahe, schon hier und schon jetzt, trotz und inmitten aller Todeserfahrungen. Gott wird uns nahe sein und nahe bleiben, durch den Tod hindurch und jenseits des Todes. Glücklicherweise lebt, wer Gottes Nähe schon auf Erden wahrnimmt und auch im Sterben und nach dem Tod erwartet! Um eine Hoffnung, die unser Leben diesseits und jenseits des Todes im Blick hat, ging es Luise Schotttroff auch bei ihren sozialgeschichtlichen Auslegungen der Gleichnisse Jesu. (vgl. Luise Schotttroff, *Die Gleichnisse Jesu*, Gütersloh 2005). Jesu Gleichnis-Erzählungen versteht sie als „stilisierte und fiktive Zusammenfassungen von Alltagserfahrungen“, die oft auch als ein Gegenbild zum Wirken Gottes zu deuten sind. Die Hörenden sind zu einem kritischen Vergleichen und nicht einfach zum Gleichsetzen vom Reich Gottes mit unserer Menschenwelt aufgefordert. Für Luise Schotttroff gaben die Gleichnisse Jesu den Menschen schon damals keine eindeutigen und festgeschriebenen Antworten auf die Fragen „Wie erfahren Menschen die Nähe Gottes in ihrem

Alltagsleben?“ und „Wie wird Gott am Ende über uns Menschen urteilen?“. Vielmehr laden und laden uns die Gleichnisse Jesu ein zu einem offenen Nachdenken, Fragen, Reden und Diskutieren über ein von Gott gesegnetes Leben und Sterben. Über „genaue und vage Hoffnungen“, die – um eine Frage von Max Frisch aufzunehmen – unsere „täglichen Handlungen, Entscheidungen, Pläne und Überlegungen“ ausrichten. Über eine Hoffnung, die sich aus Gottes Nähe speist, die schon jetzt unsere Wirklichkeit bestimmt und zugleich über unseren Tod hinausweist. Lassen wir uns also jetzt von dem Gleichnis über die „klugen und törichten Jungfrauen“ dazu einladen „mit und über Gott zu sprechen“ (a.a.O., S. 295) und dabei ein Stück klüger zu werden.



Dialogbibelarbeit

III.2. Exegetische Anmerkungen und Gedanken zum Text Matthäus 25, 1–13 (Nikolaus)

An Luise Schottroffs grundlegendem Werk „Die Gleichnisse Jesu“, aus dem Du eben zitiert hast, schätze ich ganz besonders, dass sie deutlich macht: Eine angemessene Auseinandersetzung mit Jesu Gleichnissen verlangt auch nach historisch-kritischen und sozialgeschichtlichen Kenntnissen! Nicht um offene Fragen und Kontroversen abzuwürgen, sondern um unseren Blick auf das

zu fokussieren, was Jesus und was die Evangelisten den Menschen sagen wollten.

Meinen folgenden exegetischen Anmerkungen und Gedanken zum Bibelarbeitstext geht es um das, was Luise Schottroff wichtig war: Um eine Einladung zum Fragen, Reden und Diskutieren über das Wirken des uns schon jetzt nahe gekommenen Gottes, über unsere Hoffnung auf Gottes Nähe diesseits und jenseits unseres Todes und über die Konsequenzen unseres Glaubens und Hoffens für unser gegenwärtiges und alltägliches Leben. Das Gleichnis „Von den klugen und törichten Jungfrauen“ wird uns allein im Matthäusevangelium überliefert. Dieses Evangelium reflektiert das Leben von jüdenchristlich geprägten Gemeinden, also das Leben Tora-treuer Jüdinnen und Juden, die Jesus als den Messias Israels glaubten. Sie verstanden ihre Gegenwart als eine Zeit, die in ganz naher Zukunft auf das Ende dieser Welt zuläuft. Für sie war klar: Sie lebten am Ende der Zeit. Es herrscht Uneinigkeit unter den Exegeten über die Frage, ob die matthäischen Gemeinden sich noch unangefochten als Teil des Judentums verstanden oder ob diese Gemeinden ihre Identität schon im Prozess der Trennung zwischen jüdischen und christlichen Gemeinden fanden. Ich halte diese Frage für nicht entscheidbar. Ebenso wie die Frage, in wieweit der Text des Gleichnisses auf Jesus selbst zurückgeht (Exegeten wie Ulrich Lutz halten das für wahrscheinlich), bzw. wo und wie der Evangelist redaktionelle Änderungen an einer ursprünglichen Jesus-Erzählung vorgenommen hat. Wichtig ist mir, dass die Theologie des Matthäusevangeliums Ausdruck jüdenchristlichen Denkens und Lebens ist und sich bis auf die Beantwortung der Messias-Frage ganz in den Kontext jüdischer Theologie der Zeit Jesu einordnen lässt. Das Gleichnis „Von den klugen und törichten

Jungfrauen“ ist Teil der fünften Rede Jesu in diesem Evangelium, in der Lutherübersetzung überschrieben mit: „Jesu Rede über die Endzeit.“ Dem Gleichnis gehen Ankündigungen Jesu über das Ende des Tempels und Beschreibungen der „Wehen“ der Endzeit voraus: Verwirrung der Geister, Mord und Totschlag, Krieg und Hungersnöte, Erdbeben, Verrat, Hass, Ungerechtigkeit und das Auftreten falscher Propheten werden die Gemeindeglieder in Bedrängnis bringen. Aber – und das ist der Trost –, das sind „nur“ Wehen, die der Geburt einer neuen Zeit vorausgehen. „Nur“, weil sie begrenzt sind und mit dem Kommen des wiederkommenden Christus als Messias und Weltenrichter ein baldiges Ende finden werden. Dennoch aber tun diese Wehen jetzt weh und müssen in Bindung an Gottes Wort und Weisung überstanden werden. Alles kommt darauf an, wachsam und bereit für das Wiederkommen Christi zu sein – auch wenn der genaue Zeitpunkt unbekannt bleibt. Der Beschreibung und der Einübung einer diesen verwirrenden Zeiten angemessenen Lebensweise und Lebenshaltung dienen drei Gleichnisse: „Vom treuen und vom bösen Knecht“ (Mt. 24, 45-51), „Von den klugen und törichten Jungfrauen“ (Mt. 25, 1-13) und „Von den anvertrauten Zentnern“ (Mt. 25, 14-30). Die gesamte Reflexion über die Endzeit läuft auf die Beschreibung des „Weltgerichtes“ (Mt. 25, 31-46) zu, in der die vorher geforderten Verhaltensweisen in den Werken der Barmherzigkeit konkretisiert werden. Gerade im Blick auf unsere zukünftige Gemeinschaft mit Gott kommt es darauf an, hier und jetzt Hungernde zu speisen, Einsame zu besuchen und Flüchtlingen eine Heimat zu geben. Die Rede Jesu über die Endzeit nimmt eine Frage auf, die dem Matthäusevangelium in besonderer Weise am Herzen liegt: Wie können sich Christinnen und

Christen in der verwirrenden und oft bedrückenden Situation dieser Endzeit behaupten? Oder um eine Lebensfrage von Max Frisch auf dieses Gleichnis zuzuspitzen: Wonach sollen Christinnen und Christen ihre täglichen Handlungen, Entscheidungen, Pläne, Überlegungen richten, wenn nicht nach der Hoffnung auf das Wiederkommen Christi? Hören wir mit dieser Fragestellung jetzt das Gleichnis „Von den klugen und törichten Jungfrauen“ nach der Übersetzung Martin Luthers: „Dann wird das Himmelreich gleichen zehn Jungfrauen, die ihre Lampen nahmen und gingen hinaus, dem Bräutigam entgegen.“

Einrede Anne: Luise Schottroff würde hier übersetzen: „Vergleicht das Himmelreich mit zehn Jungfrauen, die ihre Lampen nahmen und gingen hinaus, dem Bräutigam entgegen... Aber fünf von ihnen waren töricht, und fünf waren klug. Die törichten nahmen ihre Lampen, aber sie nahmen kein Öl mit. Die klugen aber nahmen Öl mit in ihren Gefäßen, samt ihren Lampen. Als nun der Bräutigam lange ausblieb, wurden sie alle schläfrig und schliefen ein. Um Mitternacht aber erhob sich lautes Rufen: Siehe, der Bräutigam kommt! Geht hinaus, ihm entgegen! Da standen diese Jungfrauen alle auf und machten ihre Lampen fertig. Die törichten aber sprachen zu den klugen: Gebt uns von eurem Öl, denn unsere Lampen verlöschen. Da antworteten die klugen und sprachen: Nein, sonst würde es für uns und euch nicht genug sein; geht aber zum Kaufmann und kauft für euch selbst. Und als sie hingingen zu kaufen, kam der Bräutigam; und die bereit waren, gingen mit ihm hinein zur Hochzeit, und die Tür wurde verschlossen. Später kamen auch die anderen Jungfrauen und sprachen: Herr, Herr, tu uns auf! Er antwortete aber und sprach: Wahrlich, ich sage euch: Ich kenne euch nicht. Darum wachet! Denn ihr wisst weder Tag noch Stunde.“

Das Gleichnis erzählt eine Geschichte, deren Rahmen der Zuhörerschaft nachvollziehbar, weil in den Abläufen bekannt war. Wenn Hochzeit im Dorf gefeiert wurde, dann versammelten sich junge, unverheiratete Frauen im Haus der Braut. Sie warteten mit ihr auf den Bräutigam und begleiteten sie ins Haus des Bräutigams, sobald dieser kam, um die Braut in sein Haus zu holen. Dort feierte dann das ganze Dorf – in der Regel aber wohl mit einer offenen Tür auch für verspätete Gäste ... Diese für die erzählte Situation einer dörflichen Hochzeit verfremdete Schlusszene hat eine erschreckende und verstörende Botschaft: Es gibt eine verschlossene Tür und ein endgültiges „Zu spät“. Wer kein Öl hat, um seine Fackeln zum Leuchten zu bringen und am Brennen zu halten, der kann die Teilnahme an dem großen Fest des wiederkommenden Christus endgültig verpassen. Die jungen Frauen – die törichten wie die klugen – repräsentieren Gemeindeglieder, die jetzt auf das Kommen ihres Herrn warten. Zwei Verhaltensweisen werden dabei in dem Gleichnis gegenübergestellt: Die einen – die klugen – waren umsichtig und haben genügend Öl dabei, um ihre Fackeln auch nach langem Warten auf dem Hochzeitszug brennen zu lassen. Die „Lampen“ im Gleichnis waren „Fackeln“: Mit Öl getränkte Lappen wurden um Stangen gewickelt oder in einem Behältnis auf einem Stock getragen. Die anderen – die törichten – waren sorglos und haben kein Öl dabei, ihre Fackeln sind erloschen, sie müssen neues Öl besorgen, verpassen dadurch den Hochzeitszug und bleiben bei der Feier ausgeschlossen.

In der Erzählung selbst ist das nur schwer erträglich: das unsolidarische Verhalten der einen Gruppe der anderen gegenüber. Sozialgeschichtliche Exegese erkennt hier eine harte Konkurrenz junger Frauen auf dem „Heiratsmarkt“, wenn es darum geht, sich

als klug, tüchtig und begehrenswert darzustellen – und das auf Kosten anderer. Es ist vor einer Auslegung zu warnen, die sich selbst mit den „Klugen“ zu Lasten der „Törichten“ identifiziert und diese auch mit Namen zu nennen weiß. In der Geschichte der christlichen Kirchen ist das immer wieder geschehen, etwa durch die Identifikation der Törichten mit der Synagoge und der Klugen mit der Kirche – mit bekannten Folgen. Die Metaphern, also die Bildworte des Gleichnisses, sind aus der jüdischen Tradition heraus zu verstehen: Die Tora ist die von Gott geschenkte Lichtquelle für den Lebensweg von uns Menschen. So heißt es in Psalm 119: „Dein Wort ist meines Fußes Leuchte und ein Licht auf meinem Weg.“ (Psalm 119, 105). Das „Öl“, das die Fackeln zum Leuchten bringt und für das wir Menschen Verantwortung tragen, ist das Befolgen der Gebote der Tora, also die tätige Frömmigkeit der Glaubenden. Bei Matthäus heißt es in der Bergpredigt Jesu: „So lasst euer Licht leuchten vor den Leuten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen.“ (Mt. 5, 16) „Wachsamkeit“ bedeutete in diesem Zusammenhang nicht die Vermeidung von Schlaf – denn auch die Klugen sind ja eingeschlafen. Wachsamkeit bedeutet vielmehr die Lebensbindung an die Weisungen Gottes und zeigt im Tun des Gerechten die Bereitschaft für das Kommen des Herrn. Für das Öl vorsorgen, heißt also für die Nachfolgerinnen und Nachfolger Jesu: Im ganz gewöhnlichen Alltag Gerechtigkeit und Barmherzigkeit tun und gerade die bedrängten und ärmsten Glieder der Gemeinschaft so sehen, als seien sie Jesus in unserer Mitte. Jesus lenkt mit seiner Rede über die Endzeit die Hoffnungen seiner Nachfolgerinnen und Nachfolger auf das Leben vor und nach ihrem Tod: Es geht darum, Gottes Nähe schon in unserem irdischen Leben wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Damit

Gottes Nähe nach unserem Tod sich uns als eine gnädige Nähe erweist. Es ist im Blick auf unsere zukünftige Gemeinschaft mit Gott nicht gleichgültig, wie wir vor unserem Tod leben. Jesu Gleichnisse erzählen nicht von einer billigen Gnade und eben nicht davon, dass letztlich alle in den Himmel kommen. Deshalb bleibt mit dem Gleichnis „Von den klugen und törichten Jungfrauen“ eine Kröte zu schlucken: Das Gleichnis erzählt mit seiner Metapher der verschlossenen Tür von Gericht und Verwerfung. Diese Metapher als Gottes endgültiges „Todesurteil“ zu deuten, ist schwer erträglich. Da hätte und da habe ich offene Fragen an Jesus bzw. den Evangelisten: Gerechtigkeit erfordert es, dass auch Gericht gehalten wird. Dem stimme ich zu. Aber muss die Tür für die Törichten denn auf ewig verschlossen bleiben? Wie steht diese Botschaft zur bleibenden Liebe und Treue Gottes? Und wie steht diese Botschaft zu unserer reformatorischen Rechtfertigungslehre, nach der uns Gott seine Gnade, das Himmelreich und ewige Seligkeit schenkt, ohne dass wir dafür etwas zu leisten hätten?

III.3. Gottes Gnade fällt uns Menschen nicht einfach in den Schoß (Nikolaus und Anne im Gespräch)

Anne: „Wir kommen alle, alle in den Himmel“ heißt es in einem Kölner Schlager aus den 50er Jahren (Text: Kurt Feltz, Musik: Jupp Schmitz). Und in Karnevalszeiten lässt es sich nach ihm auch ganz wunderbar schunkeln und leicht angesäuselt einstimmen in den Refrain: „Wir kommen alle, alle, alle in den Himmel,/weil wir so brav sind,/das sieht selbst der Petrus ein,/er sagt: Ich lass gern euch rein,/ihr ward auf Erden schon die reinsten Engelein!“ Mit nüchternem Kopf aber ist uns klar, dass unser Fühlen und Denken, unser Tun und Lassen oft alles an-

dere als „engelgleich“ ist. Wir sehnen uns zwar nicht zurück in Zeiten, als Theologie und Kirche die Menschen mit Horrorvisionen des göttlichen Endgerichts ängstigten. Oder mit der Androhung von qualvollen Höllenstrafen zu einem ihrer Meinung nach Gottwohlgefälligen Leben drängen wollten. Aber sehnen wir uns deswegen nach einer Gnade Gottes, die keinen Unterschied macht zwischen Folterknecht und Folteropfer, zwischen Kriegstreibern und Friedensstiftern, zwischen Gewaltherrschern und wehrlosen Kindern? Eine „billige Gnade“, die nach dem Tod den Tätern wie Opfern ganz unterschiedslos eine ewige Seligkeit zuspricht, widerspricht der Botschaft der Evangelien und eben auch der Botschaft unseres Gleichnisses. Und sie widerspricht auch meinem Verlangen nach einer ausgleichenden Gerechtigkeit. Der Schweizer Theologe und Dichter Kurt Marti hat dieses Verlangen, das für mich ein unverzichtbarer Teil meines Auferstehungsglaubens ist, so auf den Punkt gebracht:

*„das könnte manchen herren so passen
wenn mit dem tode alles beglichen
die herrschaft der herren
die knechtschaft der knechte
bestätigt wären für immer ...“
(Kurt Marti, Leichenreden,
Radiusverlag Stuttgart)*

Ich glaube, dass alle Menschen sich nach ihrem Tod vor Gott zu verantworten haben für die Entscheidungen und für die Gestaltung ihres Lebens. In der Bildsprache unseres Gleichnisses ausgedrückt: Wir haben uns dafür zu verantworten, ob wir für ausreichend Öl gesorgt haben, um das Leben für uns und für andere zu erhellen. Ich hoffe, dass es Gott in diesem Prozess der Verantwortung nicht um kleinliche Abrechnungen oder gar um formale Religionszugehörigkeit geht. Sondern um Liebe, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, die wir in unserem Leben

gesucht und die wir aneinander und füreinander getan haben.

Nikolaus: Wir alle sind aber oft so töricht, dass wir Öl vergeuden oder vergessen und damit Schuld tragen an Dunkelheit in unserem Leben und im Leben anderer. Gott sei Dank hat Jesus Christus uns das Vertrauen vorgelebt, dass wir Menschen grundsätzlich und ohne den Nachweis unserer Klugheit von Gott geliebt sind. Wir Menschen müssen uns Gottes Liebe nicht durch unser eigenes Tun und Lassen und eben auch nicht durch unser kluges und vorausschauendes Verhalten verdienen. In diesem Vertrauen auf die unverdiente Liebe Gottes verliert das Lebensmodell des „Leistungsmenschen“ seine Faszination und Verführungsmacht. Und das scheint mir auch in theologischen und religiösen Kontexten unverzichtbar: Du musst dir die Liebe Gottes und die Liebe anderer Menschen nicht durch deine Leistungen oder deine Klugheit verdienen. Und wenn du tausendmal schwächelst, versagst und in die Irre gehst, und wenn dir tausendmal das Öl für dein Lebenslicht ausgeht:

Gott kommt dir mit seiner Liebe immer wieder neu entgegen und hält dir die Tür zur Gemeinschaft mit ihm offen. An diesem Punkt treibt mich mein Verständnis des „Evangeliums“ dazu, der Botschaft unseres Gleichnisses zu widersprechen!

Anne: Aber wenn wir nicht für das Öl in unseren Lampen sorgen, dann können wir diese offene Tür vielleicht gar nicht erkennen?! Dann schließen wir uns vielleicht selber aus von der Gemeinschaft mit Gott?! So wie du finde ich es abschreckend, wenn Menschen sich selbst und andere unter einen beängstigenden Leistungsdruck setzen im Blick auf das, was Gott von uns erwartet. Aber mich stören auch theologische Sätze, die unsere menschliche Verantwortung völlig zum Verschwinden bringen und uns gleichsam als Marionetten Gottes darstellen.

Ich denke etwa an den Satz aus dem Heidelberger Katechismus: ‚Gott schenkt den Menschen ewige Gerechtigkeit und Seligkeit allein um des Verdienstes Christi willen.‘ (vgl. Heidelberger Katechismus Frage 21). Für mich bleiben da schon einige nicht auflösbare Widersprüche zwischen einigen steilen Thesen unserer reformatorischen Rechtfertigungslehre und den Gleichnissen Jesu in den Evangelien.

Nikolaus: Ich stimme zu: Einige steile Thesen unserer an Paulus orientierten Rechtfertigungslehre verlangen nach einer Ergänzung, um der je konkreten Wahrheit des Wortes Gottes auf die Spur zu kommen. ‚Gott schenkt uns Menschen in Jesus Christus die offene Tür zur Gemeinschaft mit ihm.‘ Dieser Satz bleibt für meinen Glauben unverzichtbar. Aber er braucht auch für mich den ergänzenden Satz: ‚Wir Menschen müssen uns selbst und unsere Mitmenschen für Gottes Geschenk öffnen.‘ Im Bild des Gleichnisses: Gott hat uns Lampen geschenkt, um mit ihnen das Leben auf dieser Welt zu erhellen. Zugleich gilt: Es liegt in unserer menschlichen Verantwortung, für das Öl in diesen Lampen Sorge zu tragen. Es gilt, mit nachhaltig brennenden Lampen Lebenswege so zu erhellen, dass Gottes heilsame Nähe mit Leib und Seele wahrgenommen werden kann.

IV. Zwischenmusik

V. Bibelarbeit Teil 2:

Was ist für dich und für mich das „Öl“, das Menschen für das Glück ihres Lebens und Sterbens brauchen?

V.1. Lebensfragen und Lebenserfahrungen, die uns klug machen (Nikolaus und Anne im Gespräch)

Nikolaus: In einem spannenden Buch über

die Geschichte des Krebses als dem „König aller Krankheiten“ (Siddhartha Mukherjee, *Der König aller Krankheiten. Krebs- eine Biographie*, DuMont Verlag Köln 2015) habe ich einen mich berührenden Satz gefunden: „Krebs ist eine fantastische Gelegenheit, das Gesicht direkt an die Fensterscheibe der eigenen Sterblichkeit zu drücken.“ (Satz von Jason Shindeev, zitiert nach a.a.O., S. 494)

Wir beide haben den vergangenen Sommer und deine Krebsdiagnose als eine solche Gelegenheit genutzt, um uns neu mit der eigenen Sterblichkeit auseinanderzusetzen und noch einmal klüger zu werden im Blick auf das, was wirklich zählt. In der von dir schon eingangs erwähnten Begegnung Claudia Janssens mit Luise Schottroff sagt Luise Schottroff im Angesicht ihres nahenden Todes: „Mein Sterbeglück ist, dass ich die Beziehungen zu mir nahen Menschen noch einmal ganz neu und ganz wunderbar erlebe. Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass in unserer durchgetakteten Welt so viel Zuwendung möglich ist.“ (Claudia Janssen, a.a.O., S. 10) Beziehungen zu uns nahen Menschen gehören für mich ganz wesentlich zu dem „Öl“, das wir Menschen für das Glück unseres Lebens und Sterbens brauchen. Und diese Beziehungen wollen im Leben gepflegt sein, damit sie im Sterben tragen. Das wurde mir im vergangenen Jahr neu deutlich. Ich bin dankbar, dass uns beiden jetzt offensichtlich doch noch ein längeres irdisches Beziehungsglück geschenkt ist und unser „Sterbeglück“ aktuell nicht ansteht.

Anne: Ich auch. Vor allem bin ich dankbar, dass du unser Beziehungsglück durch deinen vorzeitigen Rücktritt vom Ratsvorsitz der EKD „gepflegt“ und mir im vergangenen Jahr so viel Zeit geschenkt hast. Bei unseren Diskussionen und trotz mancher Kontroverse über die theologische Bewertung der Selbsttötung und über politische Regelungen zum

assistierten Suizid sind wir uns doch darin einig: Die beste Sterbehilfe, die Menschen einander geben können, ist Zeit füreinander. Ist aneinander Anteil geben und nehmen, ist aufeinander hören und miteinander reden, ist Berührung und Zärtlichkeit. Neu klar geworden ist mir im vergangenen Jahr aber auch: Mein Öl-Vorrat würde zur Neige gehen und meine Lampe nur noch ein sehr kümmerliches Licht geben, hätte ich nicht eine Hoffnung über den Tod hinaus. „Hoffen Sie auf ein Jenseits?“, fragt Max Frisch. Und meine Antwort ist ein klares „Ja“. Ich hoffe auf ein „Jenseits“, auf ein Leben nach dem Tod in einer anderen Qualität von Frieden und Gerechtigkeit als wir sie hier im „Diesseits“ erfahren und verwirklichen. Diese Jenseits-Hoffnung hilft mir, mit meinen ganz privaten Todeserfahrungen zuversichtlich weiterzuleben. Und sie gibt mir Kraft, mein politisches Engagement angesichts des immer neuen vorzeitigen und gewaltsamen Sterbens ungezählter Menschen durchzuhalten. Für meinen Öl-Vorrat gilt: Ich brauche die Verheißungen von Gottes neuem Himmel und Gottes neuer Erde. Ich brauche den Glauben an „Vergebung der Sünden und Auferstehung der Toten“. Ich brauche die Gewissheit: Der Tod ist nicht unser absolutes Ende, sondern eine offene Tür. Dass unser Glauben, Hoffen und Lieben „bleiben“, also eine Zukunft über den Tod haben, das ist für mich unverzichtbares Öl für das Glück meines Lebens und Sterbens.

Nikolaus: Auch ich kann ohne eine solche Jenseits-Hoffnung nicht denken, theologisch nicht, aber auch nicht politisch. Im Dankgottesdienst für das Leben von Philip Potter wurde uns ein Satz Philips mitgegeben, der auch meinen Öl-Vorrat neu aufgefüllt hat: „Wir Christen haben ein Transitivum durch den Tod!“ (zitiert nach der Ansprache von Pastorin Katharina Fenner) Für mich macht dieser Satz deutlich, dass wir als Christinnen

und Christen dem Leben verpflichtet sind, dem Leben vor und dem Leben nach dem Tod. Wir erwarten Gottes Nähe im Diesseits und im Jenseits. Deshalb kann Todesfurcht uns nicht lähmen, weder im Privaten noch im Politischen. Deshalb können wir uns realistisch und zugleich zuversichtlich unserer irdischen Vergänglichkeit stellen. Wir können weiter für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung von Gottes Schöpfung eintreten, auch wenn Unfriede, Unrecht und Umweltkatastrophen immer wieder zu triumphieren scheinen. „Beten und Tun des Gerechten“, darin liegt für mich die uns gebotene verantwortliche Sorge für das Öl. Gottesliebe und Menschenliebe, spirituelle Einkehr und diakonischer Dienst halten unsere Lampen am Brennen, so dass Menschen die Nähe Gottes wahrnehmen können – auch heute in unserem säkularen Umfeld. „Klug ist, wer in tätiger Hoffnung Gottes Nähe auf Erden erwartet und wahrnimmt!“ – das ist für mich die zeitübergreifende Botschaft des Gleichnisses „Von den klugen und törichten Jungfrauen“. Oder um ein Bild-Wort vom Gleichnis aufzunehmen: „Klug ist, wer verantwortungsbewusst für das Öl sorgt, das sein Licht am Brennen hält und ihm so ein von Gott gesegnetes Leben und Sterben ermöglicht!“ Kann man sich eine solche Klugheit eigentlich ein für alle Mal aneignen? Oder bleibt das ein lebenslanger Lernprozess? Mit Max Frisch gefragt: „Wann hast Du aufgehört zu meinen, dass Du klüger wirst, oder meinst Du’s noch?“

Anne: Also ich war schon länger davon überzeugt, dass ich mit meiner Lebens- und Sterbens-Klugheit noch nicht an ein Ende gekommen bin. Auch nicht durch unsere intensiven Lebenserfahrungen im vergangenen Jahr. Bei deinen exegetischen Anmerkungen und Gedanken zu unserem Gleichnis hast du in Anlehnung an die jüdisch-christliche Tradition gesagt: Die Tora ist die von Gott

geschenkte Lichtquelle für den Lebensweg von uns Menschen. Das „Öl“, das die Fackeln zum Leuchten bringt und für das wir Menschen Verantwortung tragen, ist das Befolgen der Gebote der Tora, also die tätige Frömmigkeit der Glaubenden. Ich merke aber, dass ich beim Nachdenken über meine eigene verantwortliche Öl-Vorsorge gar nicht so sehr an mein aktives Tun denke. Für das Öl zu sorgen, das mein Lebensglück und Sterbeglück zum Leuchten bringt, das hat für mich doch mehr mit spirituellem Auftanken als mit tätiger Frömmigkeit zu tun. Vielleicht bin ich an dieser Stelle doch mehr bei Luther: Die guten Werke sind die Früchte eines guten Baumes. Im Bild des Gleichnisses: Die Vorsorge für das Öl ist für mich das Hören von Gottes Wort, das Nachsinnen und im Herzen bewegen. Das Tun des Wortes ist dann eher die Folge meiner leuchtenden Fackel.

Letzten Sommer habe ich mich einige Wochen damit auseinandersetzen müssen, dass ein aggressiver Brustkrebs mein irdisches Leben vielleicht abrupt beenden würde. Worte und Texte wurden mir in diesen Wochen gleichsam zu einem Lebensmittel. Gesprochene Worte, geschriebene Worte, gesungene Worte. Tradierte und aktuelle Worte. Mich ganz persönlich ansprechende Bibelworte, Gedichte, Liedertexte und Geschichten, aber auch Gespräche, Briefe, Mails und Handynachrichten. Gottes Wort und Menschen Worte stärkten meine Gewissheit: Ich kann leben und sterben in dem Glück, dass ich aufgehoben und geborgen bin in der Liebe von Menschen und von Gott. Das Lesen, das Wirken-Lassen und das Nach-Empfinden von heilsamen Worten und Texten gehörten und gehören für mich zu dem „Öl“, das meine Fackel am Brennen hält – nicht nur in schweren Therapiewochen. Und dieses Öl können und wollen wir – anders als die klugen Jungfrauen in unserem Gleichnis –

teilen und mitteilen, ohne dass dadurch unsere eigenen Fackeln verlöschen!

V.2. „Ich bin vergnügt, erlöst, befreit,
Gott nahm in seine Hände meine
Zeit“ (Nikolaus)

Zur „tätigen Frömmigkeit“ gehört für mich ein spirituelles Auftanken durchaus dazu. Es geht in der Nachfolge Christi nicht allein darum, dass wir andere Menschen beglücken. Es geht auch um unser eigenes Glück. Darum ist das sogenannte „Doppelgebot“ der Liebe ja eigentlich ein „Dreifachgebot“: Jesus fordert uns auf, Gott zu lieben, unseren Nächsten zu lieben und uns selbst. Und ich stimme dir zu: Unser aktives Lieben und Handeln sind Antwort und Folge dessen, dass wir geliebt sind und für uns gehandelt wurde. Weil wir Gottes liebevolle Nähe auf Erden erwarten und wahrnehmen, können wir ‚vergnügt, erlöst, befreit‘ leben und ‚furchtlos‘ auf unser Sterben zugehen. So wie der theologische Poet vom Niederrhein Hanns Dieter Hüsch es uns zusagt:

„Ich bin vergnügt/erlöst/befreit
Gott nahm in seine Hände/Meine Zeit
Mein Fühlen Denken/Hören Sagen
Mein Triumphieren/Und Verzagen
Das Elend/Und die Zärtlichkeit
Was macht dass ich so fröhlich bin
In meinem kleinen Reich
Ich sing und tanze her und hin
Vom Kindbett bis zur Leich
Was macht dass ich so furchtlos bin
An vielen dunklen Tagen
Es kommt ein Geist in meinen Sinn
Will mich durchs Leben tragen ...“

(H.D.Hüsch, *Das Schwere leicht gesagt*, Freiburg 1994, S. 45)

Segen (Anne)

So segne uns Gott heute und an allen Tagen

unseres Lebens mit der Gewissheit und der Erfahrung: Gottes Geist trägt mich „vom Kindbett bis zur Leich“ und Gottes Geist wird mich auch durch den Tod hindurch tragen! Die Tür des Heils ist geöffnet. Wir können uns und einander immer neu mit Öl versorgen und unser Lebenslicht leuchten lassen – nicht nur hier auf dem Kirchentag.

**Dialogbibelarbeit zu Mt. 25, 1–13, Kirchentag in Stuttgart, 6.6.2015*

Musikalische Begleitung: Band Habakuk, Frankfurt/M

*Nikolaus Schneider,
geboren 3. Sept.
1947, verheiratet
Studium der Theologie in Wuppertal,
Göttingen, Münster
Mitarbeit am Institut für neutestamentliche Textforschung, Münster
1977–1984 Gemeindepfarrer, Duisburg-Rheinhausen*

*1984–1991 Diakoniefarrer, Moers
1991–1997 Gemeindepfarrer, Moers
1987–1997 Superintendent, Kirchenkreis Moers
1997–2003 Vizepräsident der Ev. Kirche im Rheinland
2003–2013 Präsident der Ev. Kirche im Rheinland, seit 2010-2014 Präsident der EKD*

*Anne Schneider,
geboren 9.1.1949,
Studium der Theologie,
Lehrerin i. R.,
verheiratet mit Nikolaus Schneider
2 Kinder, 3 Enkelkinder*



Nikolaus und Anne Schneider

Leonhard Ragaz' Beitrag zum jüdisch-christlichen Dialog

Messianismus ohne Messias – Messias ohne Messianismus

Von Willy Spieler

Zu seinem 70. Geburtstag am 28. Juli 1938 erhielt Leonhard Ragaz eine „Gabe aus dem Heiligen Lande“, bestehend aus 21 Briefen und der Mitteilung, er gelte als „Gerechter unter den Völkern“, zu seinen Ehren sei ein Baum im Herzwald gepflanzt worden.¹ Unter den Briefautoren befand sich auch Martin Buber. Er fühle sich „keinem christlichen Theologen [...] so nahe wie diesem Israeliten“, hatte Ragaz zu Bubers 60. Geburtstag im selben Jahr geschrieben.² Buber seinerseits würdigte Ragaz nach dessen Tod am 6. Dezember 1945 als den „echtesten Freund, den das jüdische Volk in unserer Zeit besessen hat“³.

Wer war dieser Ragaz, der auch schon „der bekannteste Unbekannte der neueren

Theologiegeschichte“⁴ genannt wurde? Wie kam er zur Formel, die meinem Referat den Titel gibt? Was hiess für Ragaz „Messianismus ohne Messias“, was „Messias ohne Messianismus“? Woran scheidet die Synthese eines „Messianismus mit Messias“ im jüdisch-christlichen Dialog?

1. Ragaz, ein Befreiungstheologe avant la lettre

Ragaz kam 1868 als Sohn einer Bergbauernfamilie im bündnerischen Tamins zur Welt. Nach seinem Theologiestudium in Basel, Jena und Berlin wurde er Pfarrer in Flerden am Heinzenberg, dann Stadtpfarrer in Chur und Basel. Ragaz solidarisierte sich mit der Arbeiterbewegung und deutete sie gar als Vorboten des Reiches Gottes. Im Basler Münster hielt Ragaz 1903 seine „Maurerstreikpredigt“, die in den Worten gipfelt: „Die soziale Bewegung ist eben doch weitaus das Wichtigste, was sich in unseren Tagen zuträgt. [...] Sie ist eine Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse, ebenso gross wie die Reformation und grösser als die Französische Revolution. [...] Wenn das offizielle Christentum kalt und verständnislos dem Werden einer neuen Welt zuschauen wollte, die doch aus dem Herzen des Evangeliums hervorgegangen ist, dann wäre das Salz der Erde faul geworden.“⁵

1906 gründet Ragaz zusammen mit andern Theologen die religiös-soziale Bewegung und die Zeitschrift *Neue Wege*, die er bis zu seinem Tod redigieren wird. Von 1908 bis 1921 ist Ragaz Professor für syste-



Leonhard Ragaz im Jahr 1905

matische und praktische Theologie in Zürich. 1912 ergreift er Partei im Zürcher Generalstreik. Sein damaliges Auftreten habe ihn „zum gefürchtetsten und gehassten Mann der Schweiz“ gemacht, schreibt Ragaz im Rückblick auf seine „geistige Entwicklung“.⁶ Rechtsbürgerliche Kreise hatten vom Zürcher Regierungsrat verlangt, er möge diesen „Brunnenverderber und Buhler um die Volksgunst“ gefälligst „aus den Hallen hinausweisen, in denen man Lehrer des Volkes erzieht“.⁷ 1913 wird Ragaz Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Sein Schritt erinnert an die befreiungstheologische Option für die Armen: „Wir gehören auf die Seite des Proletariates, der Armen im grossen, alten biblischen Sinne, das heisst, der Verkürzten, Enterbten, Unterdrückten.[...] Das ist ewig der Ort, wo stehen muss, wer zu Christus gehört, und zwar nicht als Missionar, [...] sondern als ‚Genosse‘.“⁸

1921 erklärt Ragaz den Rücktritt von seiner Professur. Er sieht sich ausserstande, weiterhin Pfarrer für eine verbürgerlichte Kirche heranzubilden. Aber wie er im erwähnten Rückblick schreibt, ging es ihm noch um weit mehr: „Ich musste persönlich aus der Kirche heraus, musste Christus ‚in freier Luft‘ dienen, ohne Bindung an Staat, Kirche und Gesellschaft.“⁹ Ragaz übersiedelt mit seiner Familie vom Zürichberg ins Arbeiterquartier Aussersihl. Man kann sich Ragaz nunmehr als Befreiungstheologen *avant la lettre* vorstellen.

2. Die Ragazsche Messias-Messianismus-Formel

Kurz nach seinem akademischen Befreiungsschlag hält Ragaz im Winter 1921 das Referat „Judentum und Christentum. Ein Wort zur Verständigung“. Er folgt damit der Einladung einer „Vereinigung für sozi-

ale und kulturelle Arbeit im Judentum“. Ragaz sagt gleich zu Beginn, das Thema beschäftige ihn schon lange, aber „überschwere Arbeiten und Kämpfe anderer Art“ hätten ihn bis jetzt daran gehindert, „gewisse Gedanken über den Sinn des Judentums und sein Verhältnis zum Christentum [...] für einen grösseren Kreis auszusprechen und damit zugleich dem auch unter uns sich stärker regenden Antisemitismus entgegenzutreten“ (Judentum 1922, 3). Seine *captatio benevolentiae* erfolgt auch in eigener Sache: „Sie wussten, dass ich [...] als einer rede, dem die Sache des Judentums nicht eine fremde, sondern die eigene ist, weil ein Teil der Sache Gottes und des Menschen überhaupt, ein Teil jener Aufgabe Israels in der Welt und für die Welt, die auch Sache und Aufgabe des Christen sein soll“. Aber wer so rede, „stehe jenseits von Kirche und offiziellem christlichem Wesen“ (ebd. 5).

Zu Recht sagt der Ragaz-Biograph Markus Mattmüller, es handle sich bei diesem Referat um „die erste nichtmissionarische Schrift eines christlichen Theologen über das Judentum“¹⁰, derweil Theologen wie Karl Barth und Emil Brunner noch mit aller Selbstverständlichkeit von Judenmission daher redeten, ganz zu schweigen vom herrschenden Antijudaismus in der katholischen Kirche, der offiziell erst mit der Konzilserklärung „*Nostra Aetate*“ 1965 beendet sein wird.¹¹ Der Vortrag habe „Sensation“ erregt, schreibt Ragaz in seinen Memoiren, es sei „dabei jüdisch lebhaft, ja leidenschaftlich“ zugegangen. „Die Zunft freilich“ habe „diese Gedankentat, wie manche andere vorher und nachher, ignoriert.“ (Mein Weg, 294) Nicht viel besser wird es ihm 20 Jahre später mit der Schrift „Israel, Judentum, Christentum“ ergehen, von der noch zu reden sein wird.

Worin das Judentum sich vom Christen-

tum unterscheidet, ist nach diesem Vortrag ein „Messianismus ohne Messias“. Ragaz sagt denn auch: „Israel hofft auf eine Erlösung der Welt durch Gott. Es denkt sich diese Erlösung vorwiegend in politischer und sozialer Gestalt; das ist sein Messianismus.“ (Judentum 1922, 28) Umgekehrt brachte das Christentum „der Welt den Messias, vergass aber nach und nach den Messianismus, das heisst, die Hoffnung auf die Gottesherrschaft über die Erde“ (ebd. 31f.). Ragaz prägt so die dialektische Formel, „das Christentum habe den Messias vertreten ohne den Messianismus, das Judentum aber den Messianismus ohne den Messias“ (ebd. 45). Die Aussage ist zu griffig, um wahr zu sein. Ragaz räumte denn auch ein, sie sei „zugespitzt ausgedrückt“ (ebd. 41) und jedenfalls eine „nicht gar zu stark zu pressende Formel“ (ebd. 45). Ich meine, sie würde besser zum Verhältnis von Christentum und Marxismus passen, für das Ragaz sie ebenfalls verwendete. So war sie ursprünglich auch gedacht, aber nicht von Ragaz, sondern vom französischen Theologen Wilfred Monod, dem Ragaz sie entlehnt hat.¹²

3. Der jüdische „Messianismus ohne Messias“

„Die Seele des Judentums ist der Messianismus, das heisst, die Hoffnung auf die Gottesherrschaft auf Erden, welche Gerechtigkeit, Frieden und Güte bringt und die Erlösung aller Kreatur schafft“, heisst es im Vortrag von 1921 (ebd. 38). Das ist die eine Seite; doch dieser „Messianismus [...] leidet darunter, dass er vom Messias getrennt ist“, das wäre die andere Seite (ebd. 38).

Für den Messianismus im Judentum führt Ragaz historische „Tatsachen“ an: „Das Judentum ist immer vornean gestanden,

wo es galt, gegen Nationalismus, Militarismus, Imperialismus, gegen die ganze Herrschaft des Gewaltsystems der Weltreiche zu kämpfen und an dessen Stelle die Herrschaft des Rechts zu setzen.“ (Ebd. 39) „Diese ganze Art kommt besonders in der Weltbewegung des Sozialismus zum Vorschein.“ Ragaz betont seine Nähe zum Sozialismus eines Martin Buber und eines Gustav Landauer, „die einen staatsfreien und gewaltlosen Sozialismus im Sinne einer auf Liebe gebauten wirklichen Gemeinschaft der Menschen verkündigen“, dann aber auch zum ethischen Sozialismus von Hermann Cohen und seiner neukantianischen Marburger Schule (ebd. 41).

Marx und Lassalle sind ebenfalls „Söhne Israels“. Ragaz versucht vor allem, den Marxismus tiefer zu ergründen, als dieser sich selbst zu verstehen scheint. Es sei nicht der Marxismus als „Wissenschaft“, der seine „hinreissende Wirkung“ erkläre, sondern der „Messianismus“, diese „alte neue Verkündigung des Reiches der Gerechtigkeit für die Elenden“, lesen wir im Vortrag von 1921 (ebd. 40). In einem späteren Artikel „Die religiös-soziale Botschaft“ nennt Ragaz den „Marxismus [...] ein Aufschäumen aus dem Feuerstrom des Messianismus, der die Botschaft der Propheten und Jesu Christi von der Gerechtigkeit für alle, besonders aber für die Entrechteten, bedeutet. Er ist ein Messianismus ohne Messias (Wilfred Monod!), weil die Christenheit den Messias haben wollte ohne den Messianismus.“ (NW 7–8/1938, 202).

In seiner nächsten Schrift zum Thema, „Israel, Judentum, Christentum“, fügt Ragaz 1942 weitere „messianische Bewegungen“ hinzu, vor allem den Chassidismus, den er durch Buber kennengelernt hatte, und den Zionismus, den er auf seine Weise deutet. Es geht ihm um „das Zion der Propheten“, den „Berg der Gerechtigkeit Gottes

für die Völkerwelt“ (Israel 1942, 61). Noch in seinen Lebenserinnerungen sagt Ragaz: „Mein Zion ist [...] nicht der ‚Judenstaat‘, sondern das freie, unstaatliche, auch widerstaatliche Gottesvolk, das Gottes Willen, die Gerechtigkeit des Reiches Gottes in der Welt, vertritt.“ (Mein Weg, 298) Der „Judenstaat“ wäre eine „neue Form der alten Versuchung für Israel, zu sein ‚wie die Völker‘“, bekräftigt ein letzter Kommentar von Ragaz im Novemberheft 1945 (NW 11/1945, 596).¹³

Zur Ragazschen Formel gehört nun aber auch das Fehlen des Messias Jesus im Judentum. Wie der Messias ohne Messianismus dem Christentum „zum Fluch“ werde, so sei der jüdische Messianismus ohne Messias „nicht weniger folgenschwer“, heisst es im Vortrag von 1921. Das Judentum harre noch „der vollen Offenbarung der Wirklichkeit Gottes“. Damit überkomme es „die Unruhe der ungestillten Sehnsucht, die es auf allerlei falsche Wege treibt“. Das Judentum suche die „Wirklichkeit Gottes [...] dann gern am falschen Ort“, vor allem „in Besitz, politischer und sozialer Macht“ (ebd. (41f.).

Dieser „unerlöste Messianismus“ könne in einen kapitalistischen „Mammonismus“ oder in einen „Gewaltsozialismus“ wie bei den prominenten Juden unter den Bolschewiki münden (ebd. 43f.). Aber Ragaz hat wohl eingesehen, dass seine Dialektik den Blick auf die geschichtlichen „Tatsachen“ eher trübt als freigibt, zumal der christliche Glaube an den Messias Jesus Gewalt und Raffgier gewiss nicht weniger verhindert hat, nicht einmal im kirchlichen Gewand. Die spätere Schrift „Israel, Judentum, Christentum“ wiederholt dieses Konstrukt nicht mehr, ersetzt es aber durch zwei andere ebenso „unmögliche Vorstellungen“, wie Ernst-Ludwig Ehrlich einmal sagte¹⁴: zum einen durch die Zumutung, die Juden dürf-

ten „Judenverfolgung und Antisemitismus als eine Sühne für die Verwerfung Jesu auffassen“, zum andern gehöre „Leiden“ nun einmal „zur Aufgabe Israels“, da es „der stellvertretend für die Andern leidende Gottesknecht“ sei“ (Israel 1942, 59). Ragaz beeilt sich hinzuzufügen, das sei beileibe keine „Rechtfertigung für die Andern“; auch „die Christen“ würden Jesus verwerfen, und zwar „täglich“. Doch was für Christusgläubige Schuld sein kann, ist Jüdinnen und Juden, die an einen Messias Jesus nicht glauben können, gewiss nicht vorzuwerfen.

4. Der christliche „Messias ohne Messianismus“

„Das Christentum [...] brachte der Welt den Messias, vergass aber nach und nach den Messianismus, das heisst die Hoffnung auf die Gottesherrschaft über die Erde“, heisst es im Vortrag von 1921 (Judentum 1922, 31f.). „Die Botschaft vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde“ steht für Ragaz im Zentrum seines Denkens.¹⁵ „Dein Reich komme“, das „ist die zentrale Bitte des Christen“, das ist oder wäre der Messianismus im Christentum. „Auf Erden soll das Reich kommen, die Erde soll dadurch umgestaltet und erlöst werden. Es ist freilich nicht von dieser Welt, aber für sie. [...] So teilt das Christentum die ganze vorwärts gewendete Art Israels. Es ist wie dieses vor allem Hoffnung, Hoffnung auf eine Welt Gottes, die zugleich die des Menschen ist. Es ist Messianismus.“ (Judentum 1922, 21f.)

Doch das Christentum hat die Botschaft vom Reiche Gottes seit dem 3. und 4. Jahrhundert verjenseitigt, spiritualisiert und individualisiert, bis es den Herrschenden in Staat und Kirche nicht mehr gefährlich, sondern im Gegenteil zur Stütze wurde.

Aus der „Begriffswelt“ der griechischen Philosophie übernahm es eine „Auffassung der Gottheit, wonach diese eine ewige Idee, also eine ruhende Macht ist“. Darin erstarrte „der Feuerstrom des schaffenden Lebens, der von dem lebendigen Gott ausgeht“. Das Christentum wurde zu einer Jenseitsreligion: „Die Hoffnung auf den vollen Sieg Gottes über die Welt rückt zuletzt in das Jenseits des Grabes hinüber.“ (Ebd. 32) Damit geht eine Individualisierung einher, die „das religiöse Streben auf das Heil des Einzelnen konzentriert und die Sache Gottes und des Menschen in der Welt vergisst“. An Stelle des Reiches Gottes tritt die individuelle Erlösung durch den Erlöser und in diesem Sinne „an Stelle des Messianismus der Messias“ (ebd. 34).

Die Institution, die diese Entwicklung vorantreibt und aus ihr Macht und Herrschaft schöpft, ist die katholische Kirche, die sich im Geist des römischen Rechts verfasst, ja selbst „an die Stelle des römischen Imperiums tritt“¹⁶. Oder wie Alfred Loisy zwanzig Jahre vor Erscheinen des Ragaz-Referates schrieb: „Jesus verkündete das Reich Gottes, statt dessen kam die Kirche.“¹⁷ Was für Loisy eine soziologische Notwendigkeit nach dem Parusieverzug meinte, ist für Ragaz der Irrweg von der Reich-Gottes-Bewegung zu einer „Religion“ (Judentum 1922, 35).

Die Botschaft vom Reich Gottes verblasst oder geht überhaupt verloren – so dass Ragaz jetzt, 1921, das Christentum anklagt, es trage die Mitschuld am Ersten Weltkrieg. Dieser habe nur ausbrechen können, „weil man die Hoffnung auf das in die Völkerwelt kommende Reich Gottes verloren hatte, [...] weil man vergass, dass der Gott der Propheten und Jesu Christi ein Gott der Gerechtigkeit ist, ein Vater der Kleinen und Geringen, weil man die grosse Umwertung der Werte vergass, die das Reich

Gottes bringen will“, kurz: „weil man den Messianismus vergass“ (ebd. 36).

Nicht vergessen ging die Gute Nachricht vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit in den verschiedenen Ketzereibewegungen. Ragaz zieht in seinem Referat den Bogen „von den Montanisten bis zu den religiösen Sozialisten“ (ebd. 35). Er wird den Ketzern noch in seinem Todesjahr eine „Geschichte der Sache Christi“¹⁸ widmen, in der dann auch die Waldenser, die Täufer um Thomas Münzer, die Hussiten, die Frühsozialisten oder der subversive Nichtketter Franz von Assisi in diese „Reichslinie“ gegen die „Kirchenslinie“ (Israel 1942, 53) gestellt werden.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, dass Ragaz die Bewegung des religiösen Sozialismus in die „Reichslinie“ der Ketzereistellt, schliesslich vereinigte sie zahlreiche Pfarrer und weitere kirchlich aktive Christinnen und Christen. Es entstand denn auch schon bald so etwas wie eine Dissidenz in der Dissidenz, als Hermann Kutter, Pfarrer am Zürcher Neumünster, und kurz nach ihm Karl Barth meinten, der Christ könne zwar Sozialdemokrat, aber nicht religiös-sozial sein. Das Reich Gottes sei „das ganz andere“ gegenüber jedem Menschenwerk, und heisse es Sozialismus. Menschen könnten auf das Reich Gottes nur warten, aber nichts zu seinem Kommen beitragen. Barth distanzierte sich von der „Bindestrich-Theologie“ der Religiös-Sozialen, während diese Karl Barth eine „Wartsaal-Theologie“ vorwarfen.¹⁹ Für Ragaz kann das Reich Gottes nur kommen, wenn Menschen „da sind, die darauf warten, die darum bitten, die für sein Kommen arbeiten, kämpfen, leiden“²⁰. Er reagierte empört auf die „Verkirklichung und Theologisierung“ der Bewegung, die doch angetreten sei, um sich „von Religion und Theologie wie vom Kirchentum“ zu befreien. Aber nein: „Das Reich Gottes der Religiös-Sozialen zog

einen schwarzen Rock an und las die Liturgie.“²¹ Mattmüller erinnert sich an eine persönliche Äusserung Karl Barths: „Ragaz und ich brausten wie zwei Schnellzüge aneinander vorbei. Er aus der Kirche heraus, ich in die Kirche hinein.“²²

5. „Messianismus mit Messias“?

Zur Dialektik gehört auch die Synthese. Ragaz gibt sich zuversichtlich: Judentum und Christentum müssen, „um vorwärts kommen zu können, zuerst rückwärts gehen, zurück zu der eigenen, ursprünglichen, tiefsten Wahrheit“. Diese ergibt sich aus der gemeinsamen Wurzel: „Judentum und Christentum [...] gehören in Wirklichkeit aufs allerengste zusammen und sind bloss zwei Strömungen in einer Bewegung, zwei Stämme aus einer Wurzel.“ (Judentum 1922, 8)

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Referat, aus dem ich eben zitiert habe, radikalisiert Ragaz seine Metapher von der gemeinsamen Wurzel in der Schrift „Israel, Judentum, Christentum“: „Judentum und Christentum sind die beiden Stämme, in welche der Baum, der Israel heisst, sich gespalten hat.“ (Israel 1942, 7). Dass „Israel“ nicht mit Judentum gleichgesetzt wird, sondern das Fundament sowohl des Judentums als auch des Christentums sein soll, ist hier das schon fast provokativ Neue. „Christentum und Judentum“, sagt Ragaz weiter, „gehören zu Israel. Israel lebt in beiden, aber in beiden unvollkommen. Israel wird nicht in dem einen oder dem andern, oder gar in beiden verkörpert, sondern geht durch beide durch, geht über beide hin, fliesst als unterirdischer Strom in der Tiefe der beiden. Und Israel richtet die beiden. Das Vorhandensein Israels einigt die beiden, macht sie zu Verbündeten, das Fehlen Israels bei seinem vermeintlichen Vorhan-

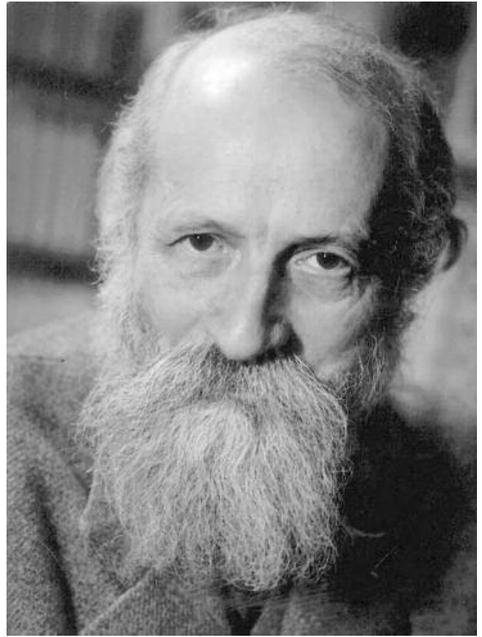
densein trennt die beiden, macht sie zu Konkurrenten.“ (Ebd. 56)

Die Schrift „Israel, Judentum, Christentum“ habe „die stärkste Annäherung des Christentums an das Judentum bedeutet, die je geschehen ist“, sagt Ragaz in seinen Lebenserinnerungen (Mein Weg, 299). Trotzdem habe auch das Judentum diese Schrift weitgehend ignoriert. Dahinter sei nicht nur die Angst gestanden, „sich mit mir zu kompromittieren“, sondern auch der „alte Anspruch der Juden, das Israel zu sein“ (Mein Weg, 300). Nicht ignoriert wurde die Schrift durch Martin Buber, der in seiner Trauerrede für Ragaz sagte: „Für ihn waren wir, was wir in unserem innersten Selbstwissen und Selbstverständnis für uns selber sind: die Schmetterlingspuppe, in der der Falter Israel seine Erneuerung erwartet.“ (NW 11/1947, 504) Ragaz habe „mit einer Deutlichkeit und Eindringlichkeit wie kaum ein anderer Christ, erklärt, unsere Erwählung sei nicht aufgehoben, sondern das von Gott erwählte Israel sei von dem Kommen Jesu an nicht mehr bloss in das Judentum, sondern auch in das Christentum gelegt, ohne dass bisher weder das eine noch das andere es wahrhaft verwirklicht hätte“ (ebd. 506).

In seinem letzten Brief an Martin Buber fasst Ragaz seine Schrift von 1942 nochmals zusammen: „Ich sehe immer mehr die Einheit dieser Entwicklung, sehe Jesus auf der Linie der Propheten, sie abschliessend und weiterführend, sehe auch Paulus auf dieser Linie, sehe die Geschichte sich zu dem Gegensatz Israel und die Völkerwelt vereinfachen und sehe Christentum und Judentum als die beiden Konfessionen Israels, beide mit ihrem besonderen Recht, aber beide bestimmt, sich in Israel aufzulösen. Wobei beide sehr fundamentale Revisionen vorzunehmen haben.“²³

Die Synthese scheitert nicht am Messia-

nismus, sondern am Messias. Ragaz unternimmt sein Möglichstes, um dem Judentum den Juden Jesus nahezubringen. Schon für den Ragaz des Vortrags von 1921 ist Jesus „als der Menschensohn die Vollendung Israels, führt aber damit über Israel als einzelnes Volk hinaus in die Menschheit, die Israel-Menschheit“ (Judentum 1922, 51). Je mehr das Judentum Israel verwirkliche, umso eher werde „aus der Seele des Judentums vielleicht eine ungleich kongenialere Erfassung und Verwirklichung der Sache Jesu erstehen, als sie bisher auf unserm Boden vorgekommen ist“ (ebd. 64).



Martin Buber

Doch das Judentum kann Jesus bestenfalls in einer prophetischen Tradition sehen. Weitergehende Messias-Attribute stossen auf unüberwindliche Schranken. Ragaz weicht keiner Frage aus, hat aber für jede eine andere Antwort als das traditionelle Christentum. So meint er, das Dogma von der Gottheit Christi stehe gar nicht im Neuen Testament. Die Frage sei vielmehr, ob Jesus „als die vollkommene und letzte Offenbarung dessen gelten“ dürfe, „was Gott ist“ (Israel 1942, 30). Ragaz kennt auch den Einwand von jüdischer Seite, dass mit dem Messias die volle Erlösung komme, das Christentum behaupte zwar, „dass der Messias gekommen sei, aber wo ist die Erlösung?“ (Ebd. 33) Wie er in seinem Dankesbrief für die Ehrungen zu seinem 70. Geburtstag antwortet, ist jedoch „Jesus als Christus nicht der Erfüller, sondern der Anfänger, Begründer, Offenbarer der Erlösung“²⁴.

Auch in der Israel-Schrift von 1942 hält Ragaz fest, mit dem Messias Jesus sei die Erlösung nicht schon geschehen oder gar „abgeschlossen“ (Israel 1942, 34). Das Neue Testament schliesse vielmehr mit der Bitte: „Komm, Herr Jesus!“ (ebd. 35) So sei das Reich Gottes „zugleich gekommen und kommend. Es kommt, weil es gekommen

ist.“ (Ebd. 36) Und nun die Rückfrage von Ragaz: „Darf ein Jude nicht anerkennen, dass in Jesus, dem Christus, die volle Wahrheit Gottes und seines Reiches aufgebrochen sein könnte, aber so, dass sie von ihm aus erst noch die Welt erobern müsste?“ (Ebd. 37) Darauf hat Martin Buber Ragaz in seiner Gedenkrede postum geantwortet:

„Ich glaube fest daran, dass die jüdische Gemeinschaft im Zug ihrer Wiedergeburt Jesus rezipieren wird, und zwar nicht bloss als eine grosse Figur ihrer Religionsgeschichte, sondern auch im lebendigen Zusammenhang eines sich über die Jahrtausende erstreckenden messianischen Geschehens, das in der Erlösung Israels und der Welt münden wird. Aber ich glaube ebenso fest daran, dass wir Jesus nie als gekommenen Messias anerkennen werden, weil dies dem innersten Sinn unserer messianischen Leidenschaft, also eben dem, was

Ragaz an uns so wichtig für das Kommen des Reiches Gottes erscheint, widersprechen würde. [...] Für uns gibt es keine Sache Jesu, nur eine Sache Gottes gibt es für uns.“ (NW 11/1947, 507) Und das, möchte ich mit Ragaz sagen, wäre ja nun doch die „Hauptsache“ (Judentum 1922, 21).

Mehrfach zitierte Literatur

Leonhard Ragaz, *Judentum und Christentum.*

Ein Wort zur Verständigung, Erlenbach-Zürich 1922 (Judentum 1922)

Leonhard Ragaz, *Israel, Judentum, Christentum, Zürich 1942 (Israel 1942)*

Leonhard Ragaz, *Mein Weg, Band II, Zürich 1952 (Mein Weg)*

Hans Ulrich Jäger, Markus Mattmüller, Arthur Rich (Hg.), *Leonhard Ragaz in seinen Briefen, 3. Band: 1933–1945, Zürich 1992 (Briefe III).*

Textgrundlage für Referat am 4. November 2014

- 1 Siehe Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz als Briefschreiber, in: Briefe III, Nr. 392 (31. August 1938): An Freunde in Israel, 167ff.*
- 2 In: NW 2/1938, 70.
- 3 Martin Buber, *Ragaz und ‚Israel‘, in: NW 11/1947, 504. Die Gedenkrede war am 4. Februar 1946 in der Jerusalemer Gemeinde Emeth w'Emuna gehalten worden.*
- 4 Ekkehard Stegemann, *Ein Bürger des Reichs der Freiheit. Editorial zur Ragaz-Sondernummer der ZEITSCHRIFT (Reformatio), April 1997, 82.*
- 5 Leonhard Ragaz, *Ein Wort über Christentum und soziale Bewegung (Maurerstreikpredigt), in: Ruedi Brassel und Willy Spieler (Hg.), Leonhard Ragaz. Eingriffe ins Zeitgeschehen. Reich Gottes und Politik, 29f.*
- 6 Leonhard Ragaz, *Meine geistige Entwicklung, Anhang in: Markus Mattmüller, Leon-*

hard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie, Band 1, Zollikon 1957, 245.

- 7 Zit. Markus Mattmüller, *ebd.* 188.
- 8 Ragaz, *Religiös-Soziales, in: NW 5/1935, S. 223.*
- 9 A.a.o. 245.
- 10 Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz als Briefschreiber, in: Briefe III, 20.*
- 11 Siehe Urs Altermatt, *Katholizismus und Antisemitismus, Frauenfeld 1999.*
- 12 Siehe Ragaz, *Die religiös-soziale Botschaft, in: NW 7-8/1938, 311; nachgedruckt in: Leonhard Ragaz und Otto Bauer, Neuer Himmel und neue Erde, Zürich 1938, 12. Die Formel bei Monod heisst: „l'Église tend à prêcher un Messie sans messianisme, tandis que le socialisme prêche un messianisme sans Messie.“ (Zit. <http://www.mu-seeprotestant.org/de/notice/wilfred-monod-1867-1943/>). Die Formel ist um 1900 in „L'espérance chrétienne“ entstanden.*
- 13 Als der Staat Israel gegründet wurde, sprach die dem inzwischen verstorbenen Ragaz tief verbundene Margarete Susman vom „Vollzug einer bitteren Notwendigkeit“ und stellte zugleich die Doppelfrage: „Kann in einer solchen Wirklichkeit das messianische Erbe noch verwaltet werden? Ist in ihr – es ist dieselbe Frage – die Verwirklichung des einfach Menschlichen noch möglich.“ Siehe Susman, *Israels Weg, in: NW 11/1948 509f. Es handelt sich bei diesem Text um das Vorwort zur 2. Auflage von Susmans ‚Das Buch Hiob und das Schicksal des Jüdischen‘, Zürich 1948.*
- 14 So Ernst Ludwig Ehrlich in einem Vortrag zum 50. Todestag von Ragaz an der Uni Basel gesagt. In: ZEITSCHRIFT (Reformatio), April 1997, 112.
- 15 Zum Beispiel: *Sollen und können wir die Bibel lesen und wie? 2. Aufl., Zürich 1948, 23.*

- 16 Ebd. 32.
17 Siehe Alfred Loisy, *Evangelium und Kirche*, Kirchheim, München 1904, 112f. Hier lautet die Übersetzung: „Jesus kündete das Reich Gottes an und gekommen ist die Kirche.“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Loisy)
18 Bern 145, 129ff.
19 Siehe Willy Spieler, Stefan Howald, Ruedi Brassel-Moser: *Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus*, Zürich 2009, 93ff.
20 *Die Bibel – eine Deutung*, Bd. V, Zürich 1949, 139.
21 *Die Religiös-Sozialen – ein Versuch*, in: NW 1/1918, 13.
22 Markus Mattmüller, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, Band II, Zürich 1968, 229.
23 Briefe III, Nr. 514 (8.10.1945): An Martin Buber, 388f.
24 Briefe III, Nr. 392, 168f.

Willy Spieler

Geboren am 6. August 1937 in Glarus, aufgewachsen in Glarus und Zürich.
Katholisch sozialisiert, vor allem im Benediktinerkollegium Engelberg, dem ich mich nach 5

Jahren in einem ersten emanzipatorischen Anflug entzog. Das Präsidium des Schweizerischen Studentenvereins 1961/62 konfrontierte mich mit dem damaligen Parteikatholizismus. Ich zog den „Skandal“ vor, der SP beizutreten. Nach Juristerei und Philosophie an den Universitäten Zürich und Löwen (Belgien) verfasste ich sozialetische Schriften wie „Kirche und Mitbestimmung“ (1976 hg. von der Nationalkommission *Justitia et Pax*). Ich vertrat ab 1977 die „Christen für den Sozialismus“ in der Redaktion der *Neuen Wege*. Sozialismus interessierte mich auch in der Praxis, z.B. in meiner früheren Wohngemeinde Küssnacht, wo ich 1982 bis 1990 Gemeinderat (Fürsorgevorstand) war, oder später im Zürcher Kantonsrat, insbesondere als Präsident der SP-Fraktion (bis 2001). Die *Neuen Wege* habe ich noch bis zur Zentenarfeier unserer Zeitschrift im Jahr 2006 redigiert.



Willy Spieler

Die Protestantin Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ – Teil II

Widerständig glauben und leben

Von Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke

Diese Worte von der „Ausrottung der deutschen Juden“ formuliert Elisabeth Schmitz schon im Sommer 1935.

An diesem hellsichtigen Wort wird eines deutlich: Die Geschichte des Nationalsozi-

alismus ist weitgehend die Geschichte seiner Unterschätzung. Dass wenige Jahre später Auschwitz die Coda in der Todesfuge sein würde, konnte selbst Elisabeth Schmitz nicht ahnen.

In dem Nachtrag vom Mai 1936 spricht sie – eine Formulierung der englischen Zeitung *Times* aufnehmend – von „einem kal-

ten Pogrom“. Sie schließt diesen Teil ihrer Denkschrift mit folgenden Worten:

„Aus Schweden ist zu Anfang das vernichtende Wort berichtet worden: „Die Deutschen haben einen neuen Gott, das ist die Rasse, und diesem Gott bringen sie Opfer.“ – Wer wagt, dieses Wort Lügen zu strafen? Was sollen wir antworten einst auf die Frage: Wo ist dein Bruder Abel? Es wird auch uns, der Bekennenden Kirche, keine andere Antwort übrig bleiben als die Kainsantwort: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“

Mit großer Erschütterung registriert sie, dass sich die von der Rassengesetzgebung Betroffenen von der Kirche verlassen fühlen. So tritt ihre Freundin Dr. Kassel aus Enttäuschung über das Verhalten der Kirche aus der evangelischen Kirche aus. Elisabeth Schmitz schreibt: „Was soll man antworten auf all die verzweifelten, bitteren Fragen und Anklagen? Warum tut die Kirche nichts? Warum lässt sie das namenlose Unrecht geschehen? Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalsozialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teiles ihrer Glieder richten? Warum schützt sie nicht wenigstens die Kinder?“

Und wenn die Kirche um ihrer völligen Zerstörung willen in vielen Fällen nichts tun kann, warum weiß sie dann wenigstens nicht um ihre Schuld? Warum betet sie nicht für die, die dies unverschuldete Leid und die Verfolgung trifft? Warum gibt es keine Fürbittengottesdienste, wie es sie gab für die gefangenen Pfarrer? Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen.“

Ihren im Mai 1936 verfassten Nachtrag zur Denkschrift leitet sie mit drei kurzen Sätzen ein: „Die Nürnberger Gesetze sind bekannt. Eine Wertung ist sinnlos. Es bleibt nur übrig, auf einige Folgen hinzuweisen.“

Elisabeth Schmitz' Hoffnung, die Kirche werde sich der Verfolgten annehmen, erfüllt sich nicht. Ihre selbstverständlich anonym verfasste Denkschrift wird auf der Dritten Bekenntnissynode der Bekennenden Kirche der Altpreußischen Union vom 23. - 26. September 1935 in Berlin-Steglitz nicht behandelt. Das von Elisabeth Schmitz in ihrer Denkschrift angesprochene Thema, die Verfolgung und die Entrechtung von Menschen aus rassistischen Gründen, von Menschen, die mehrheitlich keine Glieder der Kirche sind, und für die sie ein Wort der Bekenntnissynode erwartet, liegt für die Synodalen – wie schon für die Synodalen der Bekenntnissynode von Barmen vom 29. - 31. Mai 1934 – selbst nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze völlig außerhalb ihres Blickfeldes. Es geht ihnen lediglich um die Kirche, nicht um die rassistisch verfolgten Menschen. Um der Existenz der Kirche als Institution willen halten es die meisten für inopportun, etwas gegen die Politik des NS-Staates zu sagen. Das Hemd des Bekenntens in eigener Sache ist der „bekenntnenden“ Kirche doch näher als der Rock des Einstehens für andere Verfolgte. Wolfgang Gerlach, der Verfasser einer theologischen Dissertation, konstatiert, dass die Judenfrage auch von der Bekennenden Kirche lange Jahre als lästige, sie belastende und daher von ihr zögerlich zu behandelnde Frage empfunden wurde. Die kirchliche Verschleppung der Judenfrage begünstigte die staatliche Verschleppung der Juden.

Die Reaktion der Bekennenden Kirche auf Elisabeth Schmitz' Denkschrift zeigt deutlich: Im Selbstverständnis der Bekennenden Kirche war der Kirchenkampf primär eine ekklesiologische und damit eine nach innen gerichtete Auseinandersetzung um das angemessene Verständnis von Kirche.

Im Rückblick auf die Steglitzer Synode

schreibt Elisabeth Schmitz: „Damals, vor der Steglitzer Synode bestand die leise Hoffnung, die von vielen Gliedern der Bekennenden Kirche auf das dringendste geteilt wurde, daß die Kirche – spät, viel zu spät, aber immer noch besser zu spät als gar nicht – ein Wort in dieser Sache spreche. Denn für die Kirche handelt es sich nicht um eine Tragödie, die sich vollzieht, sondern um die Sünde unseres Volkes, und da wir Glieder dieses Volkes sind und vor Gott verantwortlich für dieses unser Volk, um unsere Schuld. Die Kirche hat dieses Wort bis heute nicht gefunden.“

Elisabeth Schmitz' Denkschrift wird 1948 von Wilhelm Niemöller unverständlicherweise der Verfasserin einer anderen, thematisch enger gefassten Denkschrift, Marga Meusel, zugeschrieben. Es ist das Verdienst einer Berliner Schülerin und späteren Freundin von Elisabeth Schmitz, der Pfarrerin Dietgard Meyer, Jahrzehnte später nachgewiesen zu haben, dass Elisabeth Schmitz die Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ verfasst hat.

Elisabeth Schmitz spricht auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als es gefahrlos möglich ist, nicht von ihrer Denkschrift, auch nicht zu ihr sehr nahestehenden Personen.

In Wolfgang Gerlachs Hamburger theologischen Dissertation wird sie wie folgt gewürdigt: „Keine Denkschrift, kein Protest in Wort oder Schrift, geschweige denn irgendeine Synodalerklärung hatte sich in solchen Akkorden des Aufschreis und der Anklage vernehmen lassen. Keine Stimme war je zuvor in die Flammenschrift solch leidenschaftlichen Engagements transponiert worden.“

Die Situation verschärft sich für Elisabeth Schmitz. Der Druck nimmt zu. Sie fühlt sich außerstande, den Unterricht im Sinne der nationalsozialistischen Lehrpläne zu erteilen. Am Tag der sog. Reichskristallnacht,

am 9. November 1938, erteilt sie zum letzten Mal Unterricht. Sie beschließt im Alter von 45 Jahren, den Dienst zu quittieren. Es ist ihr völlig ungewiss, ob sie eine Pension erhalten würde. Das fürsorgliche Angebot ihrer Dezernentin, das Ruhestandsgesuch allein auf medizinische Gründe zu stützen, lehnt sie ab. Sie begründet es am 31. Dezember 1938 geradezu provozierend mutig mit dem Zusatz: „Es ist mir in steigendem Maß zweifelhaft geworden, ob ich den Unterricht bei meinen weltanschaulichen Fächern – Religion, Geschichte, Deutsch – so geben kann, wie ihn der nationalsozialistische Staat von mir erwartet und fordert. Nach immer wiederholter eingehender Prüfung bin ich schließlich zu der Überzeugung gekommen, dass das nicht der Fall ist. Da dieser dauernde Gewissenskonflikt untragbar geworden ist, sehe ich mich genötigt, den obigen Antrag zu stellen.“

Sie wird zum 1. April 1939 in den Ruhestand versetzt und erhält – entgegen ihren Erwartungen – dank der sehr couragierten Unterstützung ihrer Vorgesetzten – die ihr zustehende Pension.

Der 9. November 1938 ist für Elisabeth Schmitz ein Anlass, ihre Kirche ein weiteres Mal an ihr Wächteramt zu erinnern und die sie lebenslang bewegende Frage nach dem Verhältnis von Christen und Juden zu thematisieren. In ihrem Brief vom 15. November 1938 an Helmut Gollwitzer, Martin Niemöllers Nachfolger in Berlin-Dahlem, schreibt sie:

„Es ist einfach ganz unmöglich, dass ein Volk oder vielmehr die Kirche eines Volkes, in dem diese Dinge geschehen sind, in der Woche danach einen Landes-Bußtag feiert, und von dem allen soll keine Rede sein.“ Sie fordert, dass jemand Maßgebliches ein persönliches Schreiben an den Berliner Rabbiner Dr. Baeck oder die jüdische Gemeinde

richtet und dass mit Geld den betroffenen Gemeindegliedern geholfen wird.

Helmut Gollwitzer nimmt Elisabeth Schmitz' Anregung auf und thematisiert als einer der wenigen Pfarrer in dem Bußtagsgottesdienst vom 16. November 1938 zu Luk. 3.3 -14 den Reichspogrom :

„Wer soll denn heute noch predigen? Wer soll denn heute noch Buße predigen? Ist uns nicht allen der Mund gestopft an diesem Tag? Können wir heute noch etwas anderes als nur schweigen? Was hat nun uns und unserem Volk und unserer Kirche all das Predigen und das Predigthören genützt, die ganzen Jahre und Jahrhunderte lang, als dass wir nun da angelangt sind, wo wir heute stehen ? Was muten wir Gott zu, wenn wir jetzt zu ihm kommen und singen und die Bibel lesen, beten, predigen, unsere Sünden bekennen, so, als sei damit zu rechnen, dass Er noch da ist und nicht nur ein leerer Religionsbetrieb abläuft! Ekeln muss ihn doch vor unserer Dreistigkeit und Vermessenheit. Warum schweigen wir nicht wenigstens? Ja, es wäre vielleicht das Richtigeste, wir säßen heute hier nur schweigend eine Stunde lang zusammen, wir würden nicht singen, nicht beten, nicht reden, nur uns schweigend darauf vorbereiten, dass wir dann, wenn die Strafen Gottes, in denen wir ja schon mitten drin stecken, offenbar und sichtbar werden, nicht schreiend oder hadernd umherlaufen: wie kann Gott so etwas zulassen ? – ach, wie viele von uns werden's dann ja tun und in ihrer Blindheit keinen Zusammenhang sehen zwischen dem, was Gott zulässt, und dem, was wir getan und zugelassen haben. Wer Gott gegenüber seine Schuld nicht mehr eingestehen kann, der kann sie auch bald den Menschen gegenüber nicht mehr eingestehen. Da beginnt dann der Wahnsinn, der Verfolgungswahn, der den anderen verteufeln muss, um sich selbst

zu vergöttern. Wo die Buße aufhört, ist es auch mit der Humanität zu Ende, da muss die Gemeinschaft zerbrechen.

„Ihr Otterngezücht !“ - so wird ein ganzes Volk angeredet. Würde der Täufer Johannes heute den gleichen Ruf erheben, so würde er wahrscheinlich als Landesverräter verschrien, und sicher würde sich in der evangelischen Kirche eine Einheitsfront finden, die ihn als Volksschädling und als Schädling der Kirche verurteilt und die Beziehungen zu ihm abbricht.

Es steckt ja in uns allen, dass man erleben kann, wie biedere Menschen sich auf einmal in grausame Bestien verwandeln; wir sind alle daran beteiligt, der eine durch die Feigheit, der andere durch die Bequemlichkeit, die allem aus dem Wege geht, durch das Vorübergehen, das Schweigen, das Augenzumachen, durch die Trägheit des Herzens.

Was sollen wir denn tun? Zur Antwort rückt dir der Täufer Johannes im Augenblick der Vergebung deinen Nächsten vor die Augen ... er hat nicht, was du hast. Du hast zwei Röcke, er hat keinen, – du hast zu essen, er hat nichts mehr, – du hast Schutz, er ist schutzlos, – du hast Ehre, ihm ist sie genommen, – du hast Familie und Freundschaft, er ist vereinsamt, – du hast noch etwas Geld, er hat keins mehr, – du hast ein Dach über dem Kopf, er ist obdachlos. Außerdem ist er dir noch ganz preisgegeben, deiner eigennützigen Gewinnsucht (erkenne dich im Spiegel der Zöllner) und deinem Machtgefühl (erkenne dich im Beispiel des Soldaten !).

Nun wartet draußen unser Nächster, Not leidend, ehrlos, hungernd, gejagt und umgetrieben von der Angst um seine nackte Existenz, er wartet darauf, ob heute die christliche Gemeinde wirklich einen Bußtag begangen hat. Jesus Christus wartet darauf!“

Elisabeth Schmitz dankt ihm in ihrem Brief vom 24. November 1938 und schreibt: „So, und nur so kann und darf nach dem, was geschehen ist, eine christliche Gemeinde in Deutschland zusammen sein.“

Sie verweist auf ein Gespräch im Herbst 1938, in dem sie forderte, die Kirche müsse ein Wort zur Behandlung der Juden sagen und konstatiert: „Das Wort der Kirche ist nicht gekommen“

Dann formuliert sie als Erste, noch vor Dietrich Bonhoeffer, ein bewegendes Schuldbekenntnis: „Dafür haben wir das Grauenhafte erlebt und müssen nun weiterleben mit dem Wissen, daß wir daran schuld sind. Als wir zum 1. April 33 schwiegen, als wir schwiegen zu den Stürmerkästen, zu der satanischen Hetze der Presse, zur Vergiftung der Seele des Volkes und der Jugend, zur Zerstörung der Existenzen und der Ehen durch sogenannte „Gesetze“, zu den Methoden von Buchenwald – da und tausendmal sonst sind wir schuldig geworden am 10. November. Und nun? Es scheint, daß die Kirche auch dieses Mal, wo ja nun wirklich die Steine schreien, es der Einsicht und dem Mut des einzelnen Pfarrers überläßt, ob er etwas sagen will und was.“ Anders als das „Wort zur Judenfrage“ der EKD vom April 1950 relativiert sie ihr Schuldigsein nicht durch das bezeichnende Wort „mitschuldig“.

Die Kirche aber blieb stumm, wo sie hätte schreien müssen, weil das Blut der Unschuldigen zum Himmel schrie.

Auf die Bitte von Propst Grüber vom November 1938, um der Gefahr für die Juden willen von einer Fürbitte abzusehen, schreibt sie: „Ich glaube nicht an diese Gefahr. Die Absichten der Regierung halte ich für so radikal, nämlich im Jahr 1940 mit der „Ausrottung“ der Juden im wesentlichen fertig zu sein, daß von einer „Gefahr“ gar nicht mehr zu reden ist. Ich

halte dieses Argument für völlig unkirchlich. Die Kirche hat ja gar keine Wahl, es ist ihr geboten, die Fürbitte zu tun.“

Geradezu prophetisch erscheinen ihre Worte: „Es gehen Gerüchte um – und Derartiges hat auch in ausländischen Zeitungen gestanden – daß ein Zeichen an der Kleidung beabsichtigt sei. Unmöglich ist nichts in diesem Lande. Wir haben die Vernichtung des Eigentums erlebt, zu diesem Zweck hatte man im Sommer die Geschäfte bezeichnet. Geht man dazu über, die Menschen zu bezeichnen – so liegt ein Schluß nahe, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, daß diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen.“

Elisabeth Schmitz' Hinweis auf die beabsichtigte Kennzeichnung der Juden ist im Hinblick auf die Verordnung vom 1. September 1941 bemerkenswert. Wahrscheinlich besitzt sie weiterhin Kontakte zu Kreisen, die über die zukünftigen Pläne der Regierung gut unterrichtet waren. Vorschläge für eine persönliche Kennzeichnung der Juden wurden wenige Tage zuvor, am 12. November 1938, auf einer großen Sitzung im Reichsluftfahrtministerium mit mehr als 100 Teilnehmern unter Görings Vorsitz erörtert.

Elisabeth Schmitz' theologische Grundposition wird an einem erstaunlichen Satz in ihrem Brief an Helmut Gollwitzer vom 24. November 1938 deutlich. Sie schreibt: „Ich bin überzeugt, daß – sollte es (gemeint ist die Vernichtung der Juden) dahin kommen – mit dem letzten Juden auch das Christentum aus Deutschland verschwindet. Das kann ich nicht beweisen, aber ich glaube es.“

Ähnlich formuliert – wiederum zwei Jahre später – Dietrich Bonhoeffer: „Eine

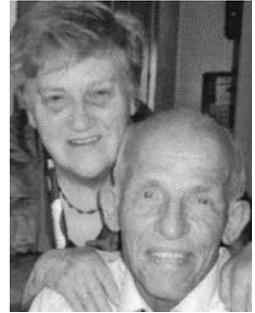
Verstoßung der Juden aus dem Abendland muss die Verstoßung Christi nach sich ziehen; denn Jesus Christus war Jude.“

Was sie damit zum Ausdruck bringt, ist die Einsicht, dass Judentum und Christentum auf demselben Fundament ruhen: Der Dekalog der Israeliten ist auch das unveränderliche Gesetz der Christen. Das Evangelium wird, wie es im Römerbrief heißt, zuerst den Juden verkündigt (Römer 1,16; 2,10). Von Anbeginn an war und bleibt das Christentum im Schoß des Judentums aufgehoben. Christentum war zunächst ein innerjüdisches Projekt. Es war nie als Antithese zum Judentum gedacht. Jesus ist für Elisabeth Schmitz stets ein gekreuzigter Jude. Die Juden sind für sie, wie es Papst Paul II. bei seinem Besuch der Großen Synagoge in Rom, dem ersten Besuch eines Papstes in einer Synagoge, im Jahre 1986 formulierte, die älteren Brüder im Glauben. Damit gibt sie den Juden nach jahrhundertelanger Diskriminierung ihre biblisch begründete theologische Würde zurück.

Jahrzehnte später hat der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel die für die gesamte Christenheit niederschmetternde, von Eli-

sabeth Schmitz schon 1938 erkannte Wahrheit ausgesprochen: „Der nachdenkliche Christ weiß, dass in Auschwitz nicht das jüdische Volk gestorben ist, sondern das Christentum.“

Gabriele Lüdecke-Eisenberg, geb. Eisenberg; geboren am 28. Februar 1941 in Hanau, Studium in Marburg und Frankfurt, Realschullehrerin, tätig überwiegend in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis, Ruhestand seit Beginn des Jahres 2001.



Gabriele Lüdecke-Eisenberg und Gerhard Lüdecke

Gerhard Lüdecke, geboren am 26. Juli 1938 in Prenzlau/ Uckermark, Studium in Hamburg und Berlin, als Richter am Landgericht Darmstadt und an den Amtsgerichten Groß-Gerau und Offenbach am Main tätig, Ruhestand seit August 2003.

Zwei Kinder, eine 1974 geborene Tochter und ein Sohn (Jahrgang 1978).

Carl Lutz – der vergessene Judenretter

Von Herbert Pruner

Vor 40 Jahren – am 12. Februar 1975 – starb in Bern, vergessen und in seiner Heimat unbedankt, der Schweizer Diplomat Carl Lutz, Retter von über 60.000 ungarischen Juden während des 2. Weltkriegs.

Als deutsche Truppen im März 1944 Ungarn als letztes Land in Europa besetzten, intensivierten die Nazis und ihre Helfer die Transporte der ungarischen Juden in die

Konzentrationslager, besonders nach Auschwitz. In der Folge wurde Carl Lutz, damals Schweizer Vizekonsul in Budapest, zum Gegenspieler von Adolf Eichmann. In Verhandlungen mit ihm beruft sich Lutz auf ein angebliches britisches Mandat, durch das 8.000 Jüdinnen und Juden die Emigration nach Palästina erlaubt werden sollte. Überraschenderweise akzeptiert das Führerhauptquartier in Berlin dieses Kontingent, wohl auch weil Lutz während seiner früheren Tätigkeit in Palästina bei der Wahrnehmung

deutscher Interessen im Jahre 1940 gute Dienste geleistet hatte.

Lutz lanciert daraufhin ohne Bewilligung des offiziellen Bern eine beispiellose Schutzbriefaktion, welche die Hilfe suchenden Menschen unter den diplomatischen Schutz der Schweiz stellt. Er überschreitet dabei das ihm von den Berliner Stellen zugestandene Kontingent um ein Mehrfaches und lässt die Pässe immer wieder von 1 bis 7999 nummerieren. Er mietet den Schauraum einer Glasfabrik, das sogenannte Glashaus, und erklärt es zur Außenstelle der Schweizer Gesandtschaft. Hier stellen nun jüdische Freiwillige im Schichtbetrieb die Schutzbriefe her. Im Laufe der sich zuspitzenden Ereignisse werden das Glashaus und weiter 76 unter Schutz gestellte Gebäude für viele Juden zum lebensrettenden Refugium, das sie vor der Deportation in die Vernichtungslager bewahrt.



Carl Lutz

Er blieb allerdings in der Schweiz als quasi „seine Kompetenzen überschreitender Beamter“ zu Lebzeiten und noch viele Jahre nach seinem Tod völlig ungewürdigt. Erst 1995 wurde er offiziell „rehabilitiert“. Immerhin erging es ihm besser als dem schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der in Budapest ebenso Juden gerettet hatte: Dieser wurde 1945 nach Moskau verschleppt; sein weiteres Schicksal ist bis heute ungeklärt.

Carl Lutz wurde 1964 von Yad Vashem mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“

Von den 800.000 ungarischen Juden wurden 600.000 von den Nazis ermordet. Etwa die Hälfte der 124.000 Budapester Juden, die überlebt haben, verdankt dies dem mutigen Diplomaten Carl Lutz.

geehrt. Seit 2004 besteht in Ungarn eine Carl-Lutz-Stiftung, die u.a. eine Wanderausstellung über sein Wirken konzipiert hat, welche seit 2013 auch in einer neuen deutschsprachigen Fassung in vielen Städten der Schweiz und in Berlin gezeigt wurde. Hoffentlich ist sie bald auch in Österreich zu sehen.

Herbert Pruner

Geb. 1939

Nach der Handelsakademie Eintritt beim Landesarbeitsamt Vorarlberg Laufbahn vom Berufsberater für Jugendliche zum Leiter des Arbeitsamtes (jetzt Arbeitsmarktservice) für den Bezirk Bregenz (bis 2000)

2 Jahrzehnte Landesvorsitzender der Österreichischen Kinderfreunde 1975–81 Stadtrat für Kultur und Jugend in Bregenz

Dzt. Funktionen in verschiedenen Seniorengremien

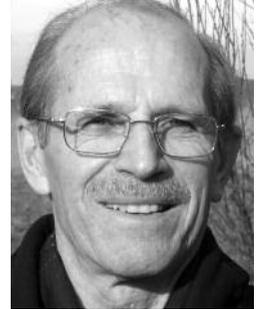
Vorarlberger Landessprecher der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS)

Mitarbeit in der Gedenkgruppe Bregenz, im Ökumenischen Bildungswerk Bregenz und bei den Ökumenischen Gesprächen Bregenz

Beide Großväter waren bereits in der Arbeiterbewegung aktiv; einer davon, Samuel Spindler, war u.a. Landessekretär der Textilarbeitergewerkschaft; als Jude hat er in der Nacht vor dem erwarteten Abtransport in ein Vernichtungslager sich das Leben genommen.

Seine Tochter Fanny wurde als Widerstandskämpferin zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt (Frauenzuchthaus Waldheim).

Ich selbst bin verheiratet, 3 Kinder (eine Tochter, Mitglied des österr. Bundesrates), 6 Enkel.



Herbert Pruner

Der evangelische Kriegsdienstverweigerer Hermann Stöhr (1898–1940)

Von Karlheinz Lipp

Zur Erinnerungskultur des Zweiten Weltkrieges gehört auch, an jene Menschen zu denken, die sich diesem Krieg und dem NS-Staat, der absoluten Negation der Menschenrechte, widersetzen. Einer von diesen Kriegsgegnern heißt Hermann Stöhr, der vor 75 Jahren als Kriegsdienstverweigerer hingerichtet wurde.

Vom Militär zum Pazifisten

Stöhrs Lebensweg führte nicht geradlinig zum Pazifismus – im Gegenteil. Als Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg trat er der Kaiserlichen Marine bei und erlebte den Fronteinsatz auf dem Schlachtkreuzer „Göben“ im Schwarzen Meer als Marinezahlmeister.

Nach dem Kriegsende studierte Stöhr Volkswirtschaft, öffentliches Recht und Sozialpolitik in Kiel, Berlin und Rostock. Ursprünglich wollte er, nach Aussage seines Bruders, eine Dissertation über die im Ersten Weltkrieg versenkte Tonnage verfassen. Durch die Beschäftigung mit der Friedensbewegung der jungen Weimarer Republik änderte Hermann Stöhr jedoch sein Thema, das nun, bezeichnend für sein weiteres Denken und Wirken, hieß: Die Auslandshilfe. Mit dieser Arbeit wurde er in Rostock 1922 zum Dr. rer. pol. promoviert.

Von 1923 bis 1925 arbeitete Stöhr als Hilfssekretär auf der Geschäftsstelle der pazifistischen und ökumenischen Zeitschrift Die Eiche, beim Internationalen Versöhnungsbund sowie als Sprachlehrer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost. Diese drei Organisationen sind aufs engste mit Friedrich



Hermann Stöhr

Siegmund-Schultze (1885-1969) verknüpft, dessen intensives Engagement für den Frieden in einer langen Zeitdauer vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Von 1926 bis 1928 wirkte Stöhr als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Wohlfahrtspflege des Centralausschusses für die Innere Mission in Berlin. Das Ergebnis dieser Arbeit bildete die Veröffentlichung von „Die Wohlfahrtsgesetzgebung in den außerdeutschen Staaten“. Von Januar bis Herbst 1930 erfolgte Stöhrs Studienreise durch die USA. Ab 1931 war Stöhr de facto arbeitslos.

1933 – ein Jahr von mehreren Protesten Hermann Stöhrs gegen den Nationalsozialismus.

Im ersten Regierungsjahr des NS-Staates zeigte sich Stöhrs bemerkenswertes politisches Engagement gegen den Nationalsozialismus an drei Beispielen.

1. Am 27. Mai 1933 wandte sich Stöhr in einem Brief an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats (EOK), Kapler. Dieser Kirchenfunktionär hatte als Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses am 26. Mai die Empfehlung zur Beflaggung kirchlicher Gebäude anlässlich des zehnjährigen Todestages von Leo Schlageter ausgesprochen. Schlageter, ein



Gedenkstätte Plötzensee, Gedenktafel Hermann Stöhr

Kriegsfreiwilliger und Offizier des Ersten Weltkriegs, beteiligte sich an einer Aktion (misslungene Sprengung einer Brücke im Ruhrgebiet) gegen die französische Besatzungsmacht und wurde daher zum Tode verurteilt und 1923 hingerichtet. Der junge NS-Staat wollte Schlageter zu einem ihrer Märtyrer stilisieren – und die Leitungsgremien der evangelischen Kirche zogen ganz staatstreu eifrigst mit.

Stöhr protestierte gegen die empfohlene Beflaggung in einem Brief an Kapler. Vor allem befürchtete Stöhr Ressentiments gegen Frankreich, die eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich blockieren könnten.

„Das Kirchenflaggen wird dazu beitragen, die weithin vorhandenen feindseligen Gefühle gegen unser Nachbarvolk im Westen zu steigern. Hatte man schon in den letzten Monaten Vaterlandsliebe und Antisemitismus gleichgesetzt, so vollzieht sich jetzt die Gleichung, Vaterlandsliebe ist auch gleich Franzosenhass.“ (Zitiert nach Röhm, S.110)

Stöhrs Kritik am EOK enthält auch einen wichtigen grundsätzlichen Aspekt.

„Man scheint dort zu vergessen, dass der EOK nicht Filiale der NSDAP, sondern Teil der einen Kirche ist. Wenn man auf dem eingeschlagenen Wege fortfährt, nichts gegen den unchristlichen Antisemitismus zu sagen wagt, uns gar nächstens noch einen Horst-Wessel-Tag für die Kirche beschert, wird manches Kirchenmitglied auch darauf verzichten, seiner Kirche in einem Brief, seine Bedenken kundzutun. Die gegenwärtige Leitung der Kirche macht es ihren Gliedern heute immer schwerer, in der Alt-preussischen Kirche einen Teil der Una Sancta zu sehen.“ (Zitiert nach Röhm, S. 110f.)

Horst Wessel gehörte der NSDAP an und starb 1930 bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen KPD und NSDAP. Die Hintergründe seines Todes waren privater Natur. Stöhrs aufrüttelndes Schreiben blieb unbeantwortet.

2. Der zweite briefliche Protest Stöhrs datiert vom 31. Juli 1933 und umfasst nur wenige Zeilen, in denen der Pazifist beim EOK anfragt: „Ist für evangelische Seelsorge unter den 18 000 Insassen der Konzentrationslager des Deutschen Reiches gesorgt?“ (Zitiert nach Röhm, S. 118)

Der Brief flankierte ein Gebet, das acht Punkte umfasste und in einem Punkt eine Fürbitte für Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten und Juden beinhaltete.

Nach der Verordnung zum „Schutz von

Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 im Zusammenhang mit dem Brand des Reichstages, errichtete der NS-Staat provisorische Konzentrationslager, besonders für die politischen Gegner des Nationalsozialismus. Am 20. März 1933 entstand in Dachau das erste offizielle Konzentrationslager, weitere folgten sukzessive. Stöhrs Zahl von 18 000 Inhaftierten, die er der offiziellen Presse entnahm, ist zu gering angesetzt. Ende Juli 1933 saßen ca. 26 000 Menschen in angeblicher Schutzhaft.

Zu einer direkten Antwort des EOK, der inzwischen vollständig von der nationalsozialistischen Glaubensbewegung der Deutschen Christen dominiert wurde, kam es nicht, wohl aber zu zwei indirekten.

Oberkonsistorialrat Friedrich Peter, Mitglied der NSDAP und der Deutschen Christen, versah Stöhrs Schreiben mit handschriftlichen Notizen, die sich sehr deutlich von dem Anliegen des Pazifisten distanzieren.

Schließlich antwortete Oberkonsistorialrat August Freitag, ebenfalls Mitglied der Deutschen Christen und deren Reichspresseleiter sowie Mitglied der NSDAP, in der Zeitschrift *Evangelium im Dritten Reich*. Sonntagsblatt der Deutschen Christen (Nummer 34/1933). Freitag kommentierte Stöhrs Brief, ohne den Namen des Autors zu erwähnen, ebenso ablehnend wie sein Kollege Peter.

Eine Fürbitte für Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten und Juden, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren, wurde als Hochverrat abqualifiziert. Freitag unterstellte Stöhr ein „pathologisches Christentum“.

Stöhr entdeckte erst im Oktober 1933 zufällig Freitags Kolumne. Bereits am 19. und 31. August hatte Stöhr zwei freundliche und gleichzeitig hartnäckige Briefe in der gleichen Angelegenheit geschrieben. Freitags Kommentar beantwortete Stöhr am 18. November in einem Brief an den EOK anhand

von sieben Fragen, stets mit Bibelstellen fundiert. So heißt es u.a.:

„4. Ist es ‚unzeitgemäß und innerlich unbegründet‘, wenn man darum bangt, daß unser Volk nicht nationalem Hochmut und ungerechtem Tun verfällt? Darf man eine solche Bitte ‚ein Gott in den Arm fallen‘ nennen? Jes. 13,11.

5. Ist ‚religiös gesehen die Aufforderung besonders anstößig‘, für die Benachteiligung und Verfolgten sowie für die Gefangenen der Konzentrationslager zu beten? Liegt hierin ‚eine Aufreizung zum Ungehorsam, eine Zersplitterung der Seele des Volkes‘? Matth. 25,36 u. 43.“ (Zitiert nach Röhm, S. 127). Oberkonsistorialrat Freitag beantwortete auch diesen Brief Stöhrs nicht.

3. Hermann Stöhrs dritte schriftliche Intervention beschäftigte sich mit dem Austritt des NS-Staates aus dem Völkerbund – im Jahre 1925 war Deutschland dem Völkerbund beigetreten.

Am 14. Oktober 1933 verkündete Reichskanzler Hitler, dass Deutschland die Abrüstungskonferenz in Genf und den Völkerbund verlassen werde. Ohne eine politische Notwendigkeit setzte der NS-Staat für den 12. November Neuwahlen an, die gleichzeitig mit einer Abstimmung über die Politik der Reichsregierung verknüpft wurde. Bei einer Wahlbeteiligung von 96% votierten 95% der Deutschen für die Politik Hitlers – und damit für den Austritt aus dem Völkerbund. Große Teile des deutschen Protestantismus unterstützten Hitlers Kurs uneingeschränkt – von den Deutschen Christen bis zum Pfarrernotbund.

In einem Protestbrief an den evangelischen Reichsbischof Ludwig Müller, der Hitlers Anliegen durch einen Aufruf befürwortete, erklärte Stöhr seine Kritik am Austritt aus dem Völkerbund. Eine solche Politik sei, so der Pazifist, kontraproduktiv hinsichtlich der internationalen Abrüstung und der Völ-

kerverständigung. Stöhr kritisierte, dass Müllers Aufruf eine Entscheidung zugunsten einer politischen Partei sei. Ferner problematisierte Stöhr Hitlers Zugriff auf die Jugend – und forderte die Kirche auf, sich von der Erziehungspolitik des NS-Staates zu distanzieren. Auch dieser schriftliche Protest Stöhrs blieb unbeantwortet.

Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und ihre Folgen

Im Jahre 1936 führte das nationalsozialistische Deutschland die Allgemeine Wehrpflicht, die 1919 abgeschafft wurde, wieder ein – ein klarer Verstoß gegen den Versailler Vertrag. Der militaristische Kurs auf den geplanten Zweiten Weltkrieg nahm dadurch weiter zu, denn nur mit einer großen Armee von Wehrpflichtigen konnten Nachbarvölker überfallen werden.

Am 28. Februar 1939 teilte das Wehrbezirkskommando Stettin I Hermann Stöhr mit, dass sich dieser zu Pflichtübungen im Reserve-Offizierskorps bereithalten solle. Stöhr antwortete umgehend am 2. März, indem er den Dienst mit der Waffe ablehnte. Neben gesundheitlichen Gründen führte er theologische Gründe an.

„Den Dienst mit der Waffe muß ich aus Gewissensgründen ablehnen. Mir wie meinem Volk sagt Christus: ‘Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen.’ (Matth. 26, 53) So halte ich die Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr. Was meinem Volk gefährlich und verderblich ist, daran vermag ich mich nicht zu beteiligen.

Positives Christentum weist meines Erachtens den Völkern höhere Ziele, als sich in Kriegs-Rüstungen gegenseitig zu übertreffen und einen immer größeren Prozentsatz der nationalen Energien hierfür einzusetzen. Das KDF-Schiff ‘Wilhelm Gustloff’ rettete auf seiner Probefahrt schiffbrüchige

Engländer. Deutsche Flugzeuge bringen im Februar 1939 dem Erdbebengebiet in Chile Hilfe. Zu derartigen Taten nationaler Hilfsbereitschaft hat Gott unser hochbegabtes Volk berufen.

Sie sollten nicht nur gelegentlich erfolgen und in Fällen krasser Not, sondern unsern nationalen Willen sein Hauptgepräge geben – bis hin zur praktischen Betätigung von Feindesliebe. Angesichts solcher Gottesgebote zu helfen und zu dienen, erscheint mir der Dienst mit der Waffe überflüssig und schädlich. [...]

Sollte mir statt militärischer Übungen ein entsprechender Arbeitsdienst zuerkannt werden, dann bin ich hierzu bereit, auch wenn ich durch vermehrte und schwierigere Arbeit die Aufrichtigkeit meiner Gewissensbedenken gegen den Militärdienst erhärten sollte.“

(Zitiert nach Röhm, S. 167)

Diese Argumentation Stöhrs bildete die zentrale Grundlage seiner Argumentation gegen die Wehrpflicht in den folgenden juristischen Auseinandersetzungen mit dem NS-Staat.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges galt das Militärstrafgesetzbuch in der Fassung vom 16. Juli 1935. Hinzu kam die Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938, die am 26. August 1939, dem Tag der Mobilmachung in Kraft trat. Während in der Zeit des Ersten Weltkrieges Kriegsdienstverweigerer überwiegend in Heilanstalten oder Gefängnissen eingeliefert wurden, hatte der NS-Staat seine Konsequenzen gezogen, denn für „Wehrkraftzersetzung“ und „Fahnenflucht“ konnte jetzt die Todesstrafe verhängt werden.

Prozesse, Verurteilung und Hinrichtung

Stöhr wurde zum 22. August 1939 der Einberufungsbescheid zugestellt, den dieser

erneut verweigerte. Daraufhin erfolgte in Stettin am 31. August die Verhaftung des Pazifisten und am 17. September seine Überstellung in die Untersuchungshaft nach Kiel, wo sich am 25. September die Anklage wegen Fahnenflucht anschloss.

Die Hauptverhandlung endete am 10. Oktober mit der Verurteilung Stöhrs zu einem Jahr Gefängnis. Wegen Verfahrensfehler musste der Prozess neu angesetzt werden, so wurde Stöhr am 1. November erneut zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und am 7. November in das Wehrmachtgefängnis Torgau überstellt.

Stöhr weigerte sich am 17. November, den Fahneid auf Hitler zu leisten, daher erfolgte ein neues Verfahren gegen den Pazifisten. Am 16. März 1940 verurteilte der 3. Senat des Reichskriegsgerichts Stöhr wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode. Ein Gnadengesuch lehnte Hitler ab. In den letzten Wochen seiner Haft schrieb Stöhr sein Laien-Pfingstspiel „Lasset uns mit Jesu ziehen“, das aus drei Teilen bestand: Nachfolgen, Leiden und Sterben. Am 21. Juni wurde Stöhr im Alter von 42 Jahren in Berlin-Plötzensee enthauptet – an diesem Tag diktierte der NS-Staat dem besiegten Frankreich den Waffenstillstand.

Weitere Kriegsdienstverweigerer aus religiösen Gründen

Aus der evangelischen Kirche sind noch drei weitere Kriegsdienstverweigerer zu nennen. Der Jurist Martin Gauger (1906-1941) konnte zunächst in die Niederlande flüchten, wurde jedoch nach dem deutschen Überfall auf dieses Land verhaftet und in der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein vergast.

Der Frankfurt Vikar Ernst Friedrich (1909-1985) lehnte ebenfalls den Kriegsdienst ab, leistete aber mit Rücksicht auf seine Eltern einen Sanitätsdienst. Wilhelm Schümer

(1909- vermisst 1943), Sohn des Pazifisten Georg Schümer (1883-1945), kritisierte den Nationalsozialismus und das Militär. Er absolvierte auch einen Sanitätsdienst aus Rücksicht auf seinen Vater, dem staatliche Repressionen drohten.

Folgende katholische Kriegsdienstverweigerer tötete der NS-Staat: Michael Lerpcher, Josef Ruf, Franz Reinisch, Ernst Volkmann, Franz Jägerstätter und Richard Reitsamer. Josef Fleischer überlebte. Auch sie waren, wie die protestantischen Kriegsdienstverweigerer völlig auf sich allein gestellt und konnten keine Unterstützung von ihrer Kirche erwarten.

Der Quäker Gerhard Halle wurde aus medizinischen Gründen ausgemustert. Manfred Pollatz, ebenfalls ein Quäker, wurde Soldat, da seine Eltern mit dem Tode bedroht wurden. Die Mennoniten verzichteten am 10. Januar 1938 auf das Prinzip der Wehrlosigkeit.

Mindestens acht Mitglieder der ca. 500 Personen umfassenden Sieben-Tages-Adventisten-Reformationsbewegung wurden wegen Fahneidverweigerung hingerichtet.

In historischer Perspektive vertraten die Zeugen Jehovas am konsequentesten die Kriegsdienstverweigerung. Von ca. 20 000 Menschen (Stand: 1939) dieser Religionsgemeinschaft hatten schätzungsweise ca. 6000 bis 7000 während des Zweiten Weltkrieges den Kriegsdienst verweigert.

Erinnerungskultur

Hermann Stöhr wurde am 25. Juni 1940 auf dem evangelischen St. Johannis-Kirchfriedhof in Berlin-Wedding beigesetzt. Sein Grab fiel im Jahre 1978 dem Plan einer Autobahn, die nie gebaut wurde, zum Opfer.

Im Jahre 1997 – nach 57 Jahren – hob das Landgericht Berlin das Urteil gegen Stöhr

auf. Am 4. Januar 1998, Stöhrs 100. Geburtstag, benannte der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einen Platz nahe dem heutigen Ostbahnhof nach Hermann Stöhr, und es wurde ein Gedenkstein eingeweiht. Damit wurde erstmals in Deutschland ein zum Tode verurteilter Kriegsdienstverweigerer geehrt. Im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein evangelisches Gemeindehaus nach Stöhr benannt. In Pforzheim (Baden) und Buchholz (Nordheide) gibt es jeweils eine Hermann-Stöhr-Straße.

Zum Weiterlesen

Böhm, Boris: „Die Entscheidung konnte mir niemand abnehmen.“ Dokumente zu Widerstand und Verfolgung des evangelischen Kirchenjuristen Martin Gauger. Dresden 1997

Bredemeier, Karsten: Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich. Ausgewählte Beispiele. Baden-Baden 1991

Garbe, Detlef: Zwischen Widerstand und Martyrium: Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“. München, 4. Auflage 1999

Haase, Norbert/Gerhard Paul (Hg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1995

Hartmann, Albrecht und Heidi: Kriegsdienstver-

weigerung im Dritten Reich. Frankfurt am Main 1986

Lipp, Karlheinz/Reinhold Lütgemeier-Davin/Holger Nehring (Hg.): Frieden und Friedensbewegung in Deutschland 1892-1992. Ein Lesebuch. Essen 2010

Mader, Ernst T./Jakob Knab: Das Lächeln des Esels. Das Leben und die Hinrichtung des Allgäuer Bauernsohnes Michael Lerpcher (1905-1940). Blöcktach 1988

Putz, Erna: Gefängnisbriefe und Aufzeichnungen. Franz Jägerstätter verweigert 1943 den Wehrdienst. Linz 1987

Röhm, Eberhard: Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898-1940) und die ökumenische Friedensbewegung. Stuttgart 1985

Dr. Karlheinz Lipp
Studium der Geschichte und Evang. Theologie
Studienrat an einer Berliner Sekundarschule
Seit 1995 Mitglied im Arbeitskreis Historische Friedensforschung



Dr. Karlheinz Lipp

100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre Fall der Mauer

Lernen aus der Geschichte – ein Manifest 2014

Von Helmut Donat

Der publizistische Hype zu 100 Jahren Erster Weltkrieg ging hierzulande einher mit geschichtspolitischem Re-

visionismus, einer Dethematisierung der sozialen und politischen Kräfte, die sich gegen den Krieg von 1914 stellten, sowie einer außenpolitischen Diskursverschiebung in Richtung „Neue Macht – neue Verantwort-

tung“. Diesen Schlussfolgerungen, die Bundespräsident, Verteidigungsministerin, Außenminister und Kanzlerin in Reden und Statements unisono ziehen, hatte Helmut Donat in einem „Offenen Brief an Bundespräsident Gauck“ vom 21. Juli 2014 widersprochen. Mit dem folgenden „friedenspolitischen Grundsatzprogramm“ mischt er sich in die aktuelle Auseinandersetzung über die Lehren aus dem Ersten Weltkrieg ein. Diese Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen, neue Formen anzunehmen.

Lernen aus der deutschen Geschichte bedeutet Lernen aus zwei Weltkriegen. Am 8. Mai 1945 standen nicht nur die Deutschen vor einem Scherbenhaufen, auch die Sieger waren nicht ohne Schäden und Opfer, Elend und Not davongekommen. Anders als nach 1918 teilten sie den deutschen Staat in Besatzungszonen auf und nahmen dem deutschen Volk seine Souveränität.

Niemand beschwerte sich darüber, sondern schickte sich in die neue Lage als Folge der Niederlage und eines Verbrechens, das bis heute unübertroffen ist. Offenbar war das Schuldbewusstsein im Zeitraum von 1945 bis 1948/49 ungleich höher, als es in den Jahrzehnten danach der Fall gewesen ist. Anders als nach 1918 gab es keine Proteste gegen den Deutschland auferlegten Besatzungsstatus. Durch eigene Schuld war man dahingekommen, wo man sich jetzt befand. Fortan vermochten weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik außenpolitisch als eigenständige Kraft aufzutreten. Sie hatten sich den jeweiligen Bündnisverpflichtungen und deren Interessen weitgehend, wenn nicht gar völlig, unterzuordnen. Sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg gingen viele Menschen auf die Straße bzw. brachten zum Ausdruck, nie wieder Krieg führen zu wollen bzw. je-

mals wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen.

Die Menschen in Europa und in den beiden deutschen Staaten erlebten eine nie zuvor dagewesene Zeit ohne Krieg. Vielfach ist zu hören, das habe an der militärischen Stärke der Bundeswehr und ihrer Verteidigungsbereitschaft gelegen. Wer so redet, denkt ahistorisch und verkennt gründlich, dass die Konflikte zwischen Ost und West weder von der einen noch von der anderen deutschen Seite verursacht und beeinflussbar gewesen sind. Die „deutsche Frage“ hat die verfeindeten Blöcke eher „vereint“, als dass sie den Kalten Krieg angeheizt hätte. Man führe sich nur den Mauerbau vom 13. August 1961 vor Augen, als sich die Großmächte darin einig zeigten, lieber die Trennung von Deutschen hinzunehmen, als sich wegen der deutschen Probleme in einen kriegerischen und selbstmörderischen Schlagabtausch zu begeben. Schließlich war die Teilung Deutschlands in erster Linie eine Folge der deutschen Politik selber. Wegen des Mauerbaus befand sich die Welt nicht am Rand eines Atomkrieges – anders als in der Kuba-Krise, wo sich die USA in ihrer territorialen Integrität von der Sowjetunion bedroht fühlen mussten.

Mit der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen hatte man den Kriegs-factor par excellence im Europa des 20. Jahrhunderts ausgeschaltet. Das hat nicht zuletzt den Deutschen selber, manchen wohl gegen ihren Willen, gut getan. Und es hat vor allem – das sollte man insbesondere als Deutscher nicht vergessen – die angrenzenden Nachbarn ruhiger schlafen lassen, so etwa die Franzosen, Belgier, Luxemburger und Holländer, die von den Deutschen im 20. Jahrhundert gleich zweimal überfallen und unterdrückt worden sind.

Pazifismus, Antimilitarismus und Friedensbewegung in Deutschland

Das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, die DDR und die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik sind durch eine schlimme Tradition bzw. Kontinuität gekennzeichnet: die Hoch- und Überschätzung von Macht und Gewalt und die Geringschätzung von Ethik und Moral. Damit verbunden ist eine Haltung, die dem Militärischen größere Bedeutung zumisst als dem Denken in zivilen Kategorien. Gegen die Dominanz des Militärischen über die Politik haben sich viele Persönlichkeiten gewandt, unmissverständlich, mutig und im Geiste republikanischen Freiheitsdranges – so etwa Alfred Hermann Fried, Otto Umfrid, Friedrich Wilhelm Foerster, Hellmut von Gerlach, Carl von Ossietzky, Hans Paasche, Eduard Bernstein, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, Wilhelm Foerster, Georg Friedrich Nicolai, Richard Grelling, Hermann Fernau, Friedrich Wilhelm Foerster, Heinrich Ströbel, Ludwig Quidde, Theodor Lessing, Carl Mertens, Fritz Küster, Hans Schwann, Wilhelm Lamszus, Oskar Stillich, Bertha von Suttner, Elsbeth Bruck, Lilli Janasch, Auguste Kirchhoff, Helene Stöcker, Elisabeth Rotten, Anna Siemsen, Paul Freiherr von Schoeneich, Kurt Tucholsky und viele andere.

Für diese Freiheit und das Recht, das Militär überall dort in die Schranken zu weisen, wo es sich anmaßt, die Probleme der Welt zu lösen und dabei die Menschen – möglicherweise sogar gegen ihren erklärten Willen – ins Schlepptau zu nehmen, haben sie gekämpft: wider den Slogan „Befehl ist Befehl!“ und Untertanengesinnung, gegen Militärfrömmigkeit und Militärpatriotismus.

Immer, wenn es in Deutschland darum ging, militärpolitischen Notwendigkeiten,

Erwägungen und Interessen Rechnung zu tragen, waren die Machthaber und ihre Vertreter bestrebt, Krieg, Remilitarisierung und Militäreinsätze zu rechtfertigen. Dazu gehört es dann früher oder später auch, die dabei ums Leben gekommenen Soldaten zu ehren oder ihre „Ehre“, wo sie denn verloren zu gehen droht, wiederherzustellen. Seit Pazifisten in Deutschland tätig geworden sind, hat man die Gerichte und die Rechtsprechung, die Presse und einen willfähigen Kreis von Intellektuellen bemüht, gegen sie vorzugehen bzw. sie als fehlgeleitet hinzustellen. Der Zweck solchen Vorgehens ist klar: den politischen Kontrahenten durch Kriminalisierung und Verächtlichmachung ins Abseits zu stellen. Beleidigungsprozesse gegen Pazifisten hat es in Deutschland wie Sand am Meer gegeben. Es gab sie im Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik, es gab sie im Dritten Reich, wo man mit Pazifisten kurzen Prozess machte, und es gab sie in der Bundesrepublik.

Die Verfolgung von pazifistischen und antimilitaristischen Standpunkten ging zugleich immer mit einer Schmähung und Diffamierung von Vertretern der Friedensbewegung einher, die man als „Landesverräter“, „Geisteskranke“, „Friedenshetzer“, „Friedensschwärmer“, „utopistische Traumtänzer“ oder „Zwecks-, Gesinnungs- oder aggressive Pazifisten“ verleumdete und beschimpfte. Demgegenüber standen Töne wie die „Schlag zu“-Parole von Reichswehrminister Wilhelm Groener aus dem Jahr 1928: „Nur ein wehrhaftes Volk kann sich behaupten.“ Und wenn es um die „Beinträchtigung der Wehrkraft und des Wehrwillens der Nation“ ging und darum, dem „Defätismus aller Art“ den Garaus zu machen, war der Gegner schnell ausgemacht.

Als die Umfragen in den Jahren 1951/52 zeigten, dass 75–80% aller Westdeutschen

die Aufrüstung, den Wehrdienst und den Krieg ablehnten, griffen die herrschenden Kreise erneut zu falschen Anschuldigungen, Böswilligkeiten und Herabsetzungen. So suchte man die von Gustav Heinemann, damals Präses der EKD-Synode, und Helene Wessels, Vorsitzende der Zentrumsparterie, am 21. November 1951 in Düsseldorf ins Leben gerufene „Notgemeinschaft für den Frieden in Europa“, die sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aussprach, lächerlich zu machen. Im Braunschweiger Dom sagte Bundestagspräsident Hermann Ehlers, zugleich Oberkirchenrat der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg, in seiner Rede „Was ist echter Friede und wie verteidigt man ihn?“ wenige Tage vor Weihnachten 1951, die Christen dürften die Forderung nach Frieden nicht dadurch erfüllen, indem sie sich in die Ecke stellen. Vielmehr müsse jeder nach seinen eigenen Überzeugungen und seinem eigenen Willen handeln. Die Bibel sei „kein Rezeptbuch für politische Entscheidungen“ – eine Auffassung, die darauf hinausläuft, die Bibel als Rezeptbuch für den Küchengebrauch, aber nicht für das sittliche und politische Verhalten von Politikern zu betrachten. Die Militärbefürworter nehmen dabei für sich in Anspruch, „Verantwortungsethiker“ zu sein, und kanzeln ihre Kontrahenten als „Gesinnungsethiker“ ab, die sich, wie man es heute wieder hört, um der reinen Lehre des Pazifismus willen der Realität verweigerten und sich vor der schweren Bürde der Verantwortung drückten.

Die Argumente der Gegner der Wiederbewaffnung in der „Wehrdebatte“ tat der CSU-Abgeordnete Richard Jäger nach dem Motto „Wer anders denkt, ist Bolschewist!“ als „kommunistische Propaganda“ ab und schürte neue „Russenfurcht“ und neuen Hass auf Russen, der nach dem Urteil des

einstigen Marineoffiziers Heinz Kraschutzki im August 1952 wieder auf dieselbe Höhe getrieben worden sei, „auf der er damals stand, als Goebbels noch Propagandaminister war“. Jäger, seit 1933 Mitglied der SA, war 1951 öffentlich für die Begnadigung aller verurteilten NS-Kriegsverbrecher eingetreten, stand 1953–62 dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages als Vorsitzender vor und amtierte 1965/66 als Bundesjustizminister. Während der führende französische Sozialist Salomon Grumbach in der Zeitung „Le Populaire de Paris“ im Januar 1952 feststellte, „dass gerade die vom Standpunkt der Demokratie aus sicheren und gesündesten Teile des deutschen Volkes der Wiederbewaffnung starken Widerstand entgegenzusetzen würden“, sprach Bundeskanzler Konrad Adenauer mit Blick auf die Gegner der Remilitarisierung von „Wirrköpfen oder Verrätern“.

Nach dem Attentat auf Bundeskanzler Konrad Adenauer am 27. März 1952, das einem Münchener Sprengmeister das Leben kostete und die bislang größte bundesweite Fahndung auslöste, erklärte der Südwestfunk bereits am nächsten Tag in den Abendnachrichten, dass die Spuren des Attentäters in einen „pazifistischen Münchener Kulturkreis“ führen würden. Das war zwar blanker Unsinn, aber es offenbart, wie aufgeladen die Stimmung in manchen Kreisen gegenüber den Gegnern der Wiederbewaffnung gewesen ist.

In der DDR lehnten die Führungsspitzen und die „Friedenskämpfer“ östlicher Prägung den bürgerlichen und christlichen Pazifismus nicht minder ab. Deren Vertreter ließen sich als grundsätzliche Gegner jedes Krieges – wie es in einem am 20. Juli 1950 in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel heißt – „lieber erschlagen ... statt sich zu verteidigen, wenn die Imperi-

alisten angreifen“. Das genügte, um sie auszugrenzen und als Gefahr an den Pranger zu stellen.

Historisch betrachtet, sind die „Verantwortungsethiker“ und „Realpolitiker“ gescheitert. Denn nicht sie behielten Recht, sondern die „von jeher in Deutschland verächtlich gemachten und verfolgten Pazifisten“. Als „Warner vor dem totalen Krieg Hitlers und des deutschen Militärs“ (Erich Lüth) waren sie in den ersten Jahren 1945 rehabilitiert, fanden sich aber schon bald erneut stigmatisiert, des Kommunismus oder der „Gesinnungsethik“ verdächtigt und isoliert.

Nach 1989: „Neue Macht – neue Verantwortung“

Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland wieder Subjekt der Politik. Seine ökonomische Stärke sowie seine zentrale Lage in Europa weisen ihm – so scheint es – besondere Aufgaben zu. Es kann seine außenpolitischen Interessen anderen gegen über selbstbewusst artikulieren und sich daran orientieren, seinen nationalen Belangen Geltung zu verschaffen. Die aus dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Konsequenzen sind aufgehoben. Ein von vielen nicht erkannter, gleichwohl geradezu unglaublicher wie weltgeschichtlich einmaliger Vorgang. Welche Folgen ergeben sich daraus? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen oder sollten gezogen werden?

Deutschland hat seit 1989 seine Außenpolitik militarisiert. Die Träger und Befürworter neuerlicher deutscher Militärpolitik knüpfen an die Haltung nach 1918 an, so als sei danach nichts geschehen. Sie glauben offenbar, die alte Machtpolitik unter veränderten Bedingungen fortführen zu können. Da ist die Rede davon, dass nicht mehr der Friede, sondern der Krieg der „Ernstfall“ sei. Früher nannte man es „Kul-

turrungenschaft“, heute spricht man vom blutigen Ernst. Das Ergebnis bleibt das gleiche: Konflikte sind nicht auf politischem und zivilem Wege zu lösen, also nicht durch Verhandlungen und Rechtssprüche, sondern mit dem Einsatz von Waffen, also durch Krieg und Gewalt.

Der Rückgriff auf das militärpolitische Denken der Jahre vor 1914 und nach 1918, das nach 1933 noch in einem gesteigerten Maße galt, ist nicht ungefährlich. Es transportiert eine Haltung, welche die europäischen Nachbarn früher oder später in einen Widerspruch bzw. Gegensatz zur deutschen Militärstrategie führen wird.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Scheitern einer Politik, die Konflikte nicht mithilfe von Schiedsgerichten und auf friedlichem Wege, sondern mit gewalttätigen Mitteln zu erreichen gesucht hat? Nach den beiden Weltkriegen durfte man von Deutschland, seit es wieder als selbständiger Staat zwischen Ost und West sowie ohne Rücksicht auf die Siegermächte aufzutreten vermag, eine Besserung seiner Politik erwarten. Allein unsere Politik hat offenbar nicht viel dazugelernt. Sie stellt sich in einem zunehmende Maße auf die Seite derer, die, wie es Graf Kielmannsegg bereits 1991 formulierte, den Krieg erneut zum „Ernstfall“ erklären. Die Haltung des einstigen NATO-Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte war seinerzeit eine krasse Außenseiterposition und von dem Glauben durchdrungen, notfalls mit Gewalt deutsche Interessen durchzusetzen. Die unter dem Slogan „Neue Macht – neue Verantwortung“ segelnde und nach Aufgaben für eine neue deutsche Weltpolitik suchende Nation hat die am Hindukusch traumatisierten Soldaten noch nicht heimgeholt, schon ist ein neuer Einsatzplan in Afrika im Gespräch. Es scheint, als wiederhole sich die Geschichte. Wohin

die Wahl auch fällt, Hauptsache wir sind dabei und stellen uns den Verpflichtungen, die uns die „neue Macht“ auferlegt. Besser als Wilhelm Liebknecht es in seiner im Jahr 1900 publizierten Rede „Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg“ getan hat, kann man die gegenwärtige Suche oder Sucht nach „Verantwortung“ wohl kaum beschreiben: „Plan- und ziellos, wie unsere Weltpolitik ist, erinnert sie mich an einen Expressisenbahnzug, der dröhnend voranstürmt mit Volldampf voraus, doch ohne einen Maschinisten auf der Lokomotive – ohne einen Mann, der die Maschine kennt, der die Gegend kennt, der das Ziel kennt –, aber mit einer Anzahl Unberufener, die über die Richtung uneinig sind und von denen jeder an die Kurbel der Maschine zu kommen sucht und auch gelegentlich einen Ruck rechts, einen Ruck links gibt, sodass der Zug im taumelnden Zickzackkurs hin und her schwankt. Wie wird das enden? Es ist nicht das erste Abenteuer dieser Art, welches das ›geehrte‹ Europa macht.“

Welche Lehren sind aus unserer Geschichte zu ziehen?

1. Von Zielen, die sich nicht auf dem Wege der Verständigung und des Kompromisses verwirklichen lassen, weil andere Mächte oder Staaten dazu nicht bereit sind, ist grundsätzlich Abstand zu nehmen. Im anderen Fall schafft man einen Boden, auf dem sich eine Kriegsgefahr ausbreiten kann. Ein Beispiel: Kein polnischer Politiker – von rechts bis links – ist nach 1918 bereit gewesen, mit sich über eine Revision seiner Westgrenze auch nur verhandeln zu lassen. Das war in Deutschland in politisch versierten Kreisen bekannt. Gleichwohl hat keine der Weimarer Regierungen jemals ein Ost-Locarno anerkannt. Indem man der Öffentlichkeit vorgaukelte, Deutschland habe ein Recht auf eine Revision der Grenze,

redete man damit – ob gewollt oder ungewollt – einer Lösung das Wort, die sich nur auf dem Gewaltwege verwirklichen ließ.

2. Einer wie auch immer gearteten deutschen „Weltpolitik“, die mit Militäreinsätzen einhergeht, auf machtpolitischen Erwägungen beruht und damit Macht im physischen Sinne meint, ist eine klare Absage zu erteilen. Wohin sie geführt hat, welche Opfer und Leiden mit ihr verbunden gewesen sind, aber auch welche Irrtümer, liegt auf der Hand. Die Bundeswehr hat einen Verteidigungsauftrag. Solange die deutsche Sicherheit in ihrer Territorialität nicht bedroht ist, gibt es keinen Grund, in Krisengebiete der Welt Soldaten zu entsenden. Weder in Afghanistan noch in Mali oder in anderen Regionen der Welt sind Deutschlands Grenzen gefährdet. Politik-Konzepten, die sich auf bloße Stärke, Waffen, Krieg und Gewalt stützen, ist entgegenzuhalten, dass sie nicht in der Lage sind, Probleme zu lösen, sondern neue schaffen und zudem mit Tod und Schrecken einhergehen.

3. Deutschland steht weltweit an dritter Stelle als Rüstungsexporteur und ist damit mitverantwortlich für Tod und Elend. Es liefert Waffen an Diktaturen, beschlossen in geheimen Sitzungen und ohne Parlamentsbeteiligung. Zivile Projekte werden hingegen nur drittklassig gefördert oder ganz vergessen. Jedweder Waffenexport ist zu stoppen. Lieferungen in akute Krisengebiete sind waghalsig, weil mit unberechenbaren Folgen verbunden. Menschen, die in Not geraten, auf der Flucht und vom Tod bedroht sind, sind mit zivilen Hilfsgütern rasch und uneigennützig zu retten. Ihre schwierige bis aussichtslose Lage darf kein Vorwand dafür sein, lange bewährte Haltungen in wenigen Tagen und Wochen über Bord zu werfen und Waffen zu liefern. Mit ihnen rettet man kei-

nen Menschen vor dem Verhungern und Verdursten.

4. Die Anschaffung und der militärische Einsatz bewaffneter „Drohnen“ ist verwerflich und abzulehnen. Die Behauptung des ehemaligen Verteidigungsministers Thomas de Maizière im Jahr 2012: „Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten“, stimmt nicht. Eine Drohne, wie er sie einsetzen will, ist ein Werkzeug zum Töten. Dessen bessere Zielgenauigkeit oder Effizienz, die sich de Maizière wünscht, hat mit dem Völkerrecht nichts zu tun. Auch mit dem Christentum steht er auf dem Kriegsfuß, heißt es doch: „Wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen“ (Matthäus 26, 52). Das meint so viel wie: „Zu einer Waffe zu greifen, ist denkbar unklug, denn der Krieg frisst seine Kinder.“ De Maizière denkt offenbar in Gewalt- und Machtkategorien und nimmt dabei die Ethik in sein Schlepptau. Er fragt nicht vorab nach der moralischen Haltbarkeit oder Verwerflichkeit von Drohnen, sondern er geht den umgekehrten Weg. Er will bewaffnete Drohnen einsetzen, hat sich dafür entschieden und unterlegt seinem Willen in einem zweiten Schritt eine „ethische“ Begründung. Für ihn ist der Krieg der Ernstfall und nicht der Frieden, wie Gustav Heinemann es einst gefordert und begründet hat. Konflikte mit Drohnen und Waffen zu lösen, hat nichts mit der Aufgabe zu tun, Frieden durch Recht zu schaffen und internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen. Einzuwenden ist auch Folgendes: Wenn ich ein Messer besitze, mag das vielleicht so etwas wie eine „neutrale Waffe“ sein. Ich kann damit ein Kunstwerk schnitzen, und ich kann damit einen Menschen hinterrücks erstechen. Drohnen sind damit nicht vergleichbare Waffen bzw. Mordwerkzeuge. Sie werden hergestellt, um zu töten – und nicht, um

mit ihnen ein Kulturgut zu schaffen. Die Bundeswehr mit Drohnen auszurüsten, hat nicht einmal etwas mit „Frieden durch Abschreckung“ zu tun, sondern dies dient einzig und allein dem Ziel, einen „Feind“, den man heute noch gar nicht kennt, effizienter und schneller zu töten. Gleiches gilt für Streubomben und Landminen.

Als Vorteil der bewaffneten Drohnen rühmte de Maizière ihre Zielgenauigkeit. Sein Motto: „Je besser man zielen kann, desto weniger Schäden gibt es.“ So wären die Vorgaben des Völkerrechts, bei einem militärischen Einsatz unbeteiligte Dritte nicht zu treffen, leichter einhaltbar. Der Kriegstod wie eine Hinrichtung bei der Todesstrafe? Hauptsache es wird „human“ gekillt?

Zudem dienten, so de Maizière weiter, Drohnen dem bestmöglichen Schutz der eigenen Soldaten. Tun das nicht Streubomben, Landminen und andere Waffen auch? Einen sauberen Krieg gibt es nicht. Mit Recht hat schon Hellmut von Gerlach klar gestellt: „Man kann den Krieg weder humanisieren noch moralisieren. Er ist seiner Natur nach der Gegenpol von Menschlichkeit.“

5. Statt Konflikte mit Waffengewalt zu lösen, gilt es, Politikkonzepte zu entwickeln, wie in Ländern und Staaten mit einem hohen Gewaltpotenzial die Zivilgesellschaft zu stärken und damit die Gefahr militärischer „Lösungen“ zu verringern bzw. einzuebrennen sind. Eine solche Politik ist mittel- und langfristig anzulegen und hat nach sorgfältiger Prüfung jene Kräfte und Initiativen zu fördern, die sich grundsätzlich daran orientieren, Frieden auf der Basis von Verständigung und der Anerkennung der Rechte des jeweils anderen zu schaffen.

6. Notwendig und erforderlich ist der Aufbau einer „Weltpolizei“, die unabhängig

von staatlichen und nationalen Interessen in der Lage ist, dort rasch und mit der erforderlichen Stärke einzugreifen, wo die Menschenrechte in flagranter Weise verletzt, mit Füßen getreten und Menschen oder Volksgruppen aus religiösen, ethnischen und politischen Gründen verfolgt und getötet werden. Eine Eingreiftruppe der NATO aus Freischärlern, bezahlten Söldnern und Freiwilligen ist ohne Diskussion zu verwerfen.

Es bedarf eines Instrumentariums der Früherkennung von „ethnischen Säuberungen“, um einen zum Völkermord bereiten Kontrahenten oder Clan sofort und machtvoll in die Schranken zu weisen. Auf dem Gebiet des Völkerrechts gilt es, den Ausbau und die Handhabung der inzwischen international anerkannten Regeln zu forcieren; sie erlauben es, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Friedens- und Freiheitsverrat, Mord, Racketeering, Terrorismus, Kriegsverbrechen, Wahlbetrug sowie Drogen- und Waffenhandel weltweit strafrechtlich zu verfolgen und die Täter vor Gericht zu stellen. Asyl oder andere Schlupflöcher für Völkermörder und Kriegsverbrecher darf es fortan nicht mehr geben. Macht, finanzielle, politische oder physische, darf nicht weiter vor Recht gehen. Die Weltstrafjustiz ist gründlich, umfassend und zügig weiterzuentwickeln.

7. In der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Zivilgesellschaften sind allen Tendenzen und Bestrebungen, die diese untergraben und aushöhlen, mit Kraft, Ausdauer, Intelligenz, Bürgerprotesten und zivilem Ungehorsam zu begegnen. Die bereits beschlossene und zurzeit institutionalisierte Militärjustiz ist rückgängig zu machen. Straftaten, die im militärischen Bereich begangen werden, sind von zivilen Gerichten zu behandeln. Wie es keine eigene Sondergerichtsbarkeit im Erziehungswesen,

der Wirtschaft oder der Verwaltung gibt, darf auch dem Militär keine Sonderrolle eingeräumt werden. Die Erfahrungen mit der Militärgerichtsbarkeit im Kaiserreich und im Dritten Reich sind Warnung genug, Militärrichter nicht erneut über Vergehen von Untergebenen oder Mitgliedern des Offizierskorps Urteile fällen zu lassen.

8. Die immer noch verbreitete Trennung von Moral und Politik bzw. Ethik und Politik ist als Bankrott moderner Schein-Errungenschaften zurückzuweisen und zu überwinden. Die so genannte Realpolitik, 1918 ebenso gescheitert wie 1945, hat sich als krude und verbrämte Machtpolitik erwiesen, die vorgab, nationalen Interessen und der Verteidigung der Freiheit zu dienen, aber Ziele anstrebte, die Völkerrechtsbrüche und die Anwendung von Macht im physischen Sinne bewusst in Kauf nahm.

9. Die geschichtspolitische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland, die mehr und mehr geführt wird, um die Geschichte und Geschichtsschreibung im Interesse politischer Ziele zu instrumentalisieren, ist durch einen historisch-politischen Diskurs zu ersetzen, der sich der nach wie vor ungeklärten Frage zuwendet: Wie konnte ein kulturell und wirtschaftlich so hoch entwickeltes Volk wie das deutsche einen Weg gehen, der zu dem bislang größten Verbrechen der Geschichte führte? Dabei ist jene Geistesverirrung der deutschen Politik, die vom Kaiserreich über den Ersten und Zweiten Weltkrieg zu den Gaskammern von Auschwitz reicht, nicht weiter oder erneut zu tabuisieren. Vielmehr sind in diesem Zusammenhang jene Initiativen, Gruppen und Persönlichkeiten zu würdigen und in Erinnerung zu rufen, die seit 1914 und erst recht seit 1918 mahnend ihre Stimme erhoben und vor dem weiteren Weg in die Barbarei gewarnt haben. Diese „vergessenen“ und vergessen gemachten Deutschen, ihre

Einsichten und Kritik, ihre Vorschläge und Ideen sind in den Diskurs über die Ursachen und Folgen des Dritten Reiches einzubeziehen. Ihr Wirken für ein von militaristischen und nationalistischen Kräften und Politikkonzepten befreites Deutschland, ihr republikanisch-pazifistisches Engagement für den Aufbau einer sozial gerechten Republik, für eine Aussöhnung mit Frankreich und Polen sowie für ein vereintes Europa auf der Basis der durch den Ersten Weltkrieg geschaffenen Realitäten, stellt ein wichtiges Erbe dar. Es spricht für eine Traditionspflege, die all jene als Vorbilder in Erinnerung ruft und als identitätsbildend begreift, die vor und nach 1933 den Nazis widerstanden, sich der blutigen Gefolgschaft als „Wehrkraftzersetzer“, Kriegsverräter oder Deserteure versagt und als Einzelne Verfolgte gerettet oder ihnen geholfen haben.

10. Die für die Zeit nach 1948/49 diagnostizierte Unfähigkeit einer großen Mehrheit der Deutschen, Trauerarbeit zu leisten und Reue zu zeigen, ist bereits nach 1918/19 zu konstatieren. Die Republik zog nicht den Strich zwischen sich und denen, die für die Verbrechen am und im Ersten Weltkrieg verantwortlich waren, sondern zwischen sich und denen, die seit 1914 in Opposition zur kaiserlichen Kriegs- und Katastrophenpolitik gestanden haben. Statt das Volk über die „große Zeit der Lüge“ (Hellmut von Gerlach) aufzuklären, hat sie es durch die von ihr finanzierte Kampagne von der Unschuld des kaiserlichen Regimes am Ersten Weltkrieg vergiften lassen, es psychologisch im Kriegszustand gehalten und damit zum eigenen Untergang selbst beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist danach zu fragen, inwieweit es denknotwendig und sinnvoll ist, das geläufige deutsche Geschichtsbild in gewichtigen Teilen infrage zu stellen und zu revidieren.

11. Wer das „Nie wieder Krieg“ mit

einem „Nie wieder Auschwitz“ verbindet und daraus kriegerische Einsätze ableitet, sucht einen pazifistischen Grundsatz bzw. eine sich aus zwei Weltkriegen für viele Deutsche ergebende Konsequenz der militärischen Zurückhaltung mit dem moralisch aufgeladenen Argument der Gefahr eines „Völkermordes“ außer Kraft zu setzen. Er vergisst dabei, dass, weil man dem „Nie wieder Krieg“ nach 1918 nicht gefolgt ist, der Zweite Weltkrieg und Auschwitz erst möglich gemacht worden sind. Für England und Frankreich lautet die Lehre aus den Erfahrungen mit einer zu allem entschlossenen gegnerischen Machtriege, kein neues „München 1938“ zuzulassen – eine Position, die sich aus der Sicht der Westalliierten in erster Linie darauf bezieht, einer drohenden Kriegsgefahr einen Riegel vorzuschieben, und die sich erst, wenn überhaupt, in zweiter Linie auf den Holocaust bezieht, den 1938 kaum jemand voraussahen in der Lage gewesen ist. Für Deutschland sieht das ganz anders aus. Es war für „München 1938“ hauptverantwortlich. Dennoch hat es sich die Mehrheit der Deutschen, sieht man von der kurzlebigen Phase von 1945 bis 1948/49 ab, nie zur Aufgabe gemacht, den mittel- und längerfristigen Voraussetzungen und Ursachen des „Münchener Abkommens“ auf den Grund zu gehen. Die Gefahr für den Weltfrieden ging von Deutschland, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Militär und Geistesleben aus. Insofern kommt es darauf an, in unserem Land nicht erneut zuzulassen, dass man – wie F.W. Steinmeier es kürzlich mit Blick auf die Gegenwart ausgedrückt hat – „angesichts der dramatischen Lage dafür [ist], bis an die Grenzen des politisch und rechtlich Machbaren zu gehen“. Wer in zugespitzten Krisensituationen so redet und offenbar bewusst und keineswegs als „Schlafwandler“ bis an den Rand des Krieges

geht, wie kann der garantieren, dass es nicht zu einer Grenzüberschreitung kommt? Nach den verheerenden Erfahrungen des blutigsten Jahrhunderts der Weltgeschichte sowie nach dem Irak-Krieg, nach Syrien, Libyen, Ägypten und nach Afghanistan darf es uns nicht gleichgültig sein, wenn die friedliche Kultur, die wir mit unserer Arbeit in den zurückliegenden Jahrzehnten mit aufbauen halfen, an deren langsamen Fortschritt wir vielerorts ernsthaft, fleißig und oft auch uneigennützig mitgewirkt haben, von Politikern und Militärs dem schleichenden Zerfall (seit 1992) preisgegeben wird.

Vom Völkermord bedrohten Menschen ist zu helfen, mit allem, was sie zum Überleben brauchen. Waffen ohne die geringsten Vorbehalte und ohne ein Konzept von einem Tag auf den anderen an eine der Kriegsparteien zu liefern, ist fahrlässig, unverantwortlich und möglicherweise sogar verbrecherisch, wenn sich herausstellen sollte, dass die Waffenempfänger sich in ein paar Jahren selber als Mörder erweisen sollten. Umso dringlicher wäre es, die UN auf den Plan zu rufen und sie oder eine neue, mit ihr verbundene Institution mit Mitteln auszustatten, die es der Weltgemeinschaft im Falle eines Völkermordes erlauben, rasch einzugreifen, möglichst präventiv. (Siehe Punkt 6)

Nochmals: In einem beispiellosen Hauruckverfahren werden ohne eine wirkliche öffentliche Debatte und gegen den Willen der großen Mehrheit der Deutschen Tatsachen geschaffen und ein Tabubruch herbeigeführt, der weitreichende Folgen hat und ohnegleichen ist. Die Haltung der Bundesregierung und der übergroßen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aus CDU/ CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen erinnern an jenes preußisch-deutsche Machtstaatsdenken, das der preußische

Kriegsminister Albrecht von Roon (1859-1874) im Februar 1862 folgendermaßen zum Ausdruck gebracht hat: Da Preußen unter den Großmächten ein Emporkömmling sei, habe es sich eben darum stets als verantwortungs- und kriegsbereit zu zeigen, und wo es „Händel“ gebe, da müsse Preußen dabei sein. Nicht anders redet Verteidigungsministerin von der Leyen, wenn sie zum „Tabubruch“ auffordert und behauptet: „Wer sich raushält, hat keinen Einfluss.“ Es geht also gar nicht um die Abwendung eines Völkermordes, sondern es geht darum, fortan militärische Machtpolitik zu betreiben. Der Völkermord wird benutzt, um Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und eine militärisch instrumentalisierte Außenpolitik durchzusetzen und zu legitimieren. Das ist ethisch nicht zu rechtfertigen. Es stellt sich die Frage: Wie lange noch will die überwältigende Mehrheit der deutschen Wählerinnen und Wähler die gegen den Geist des Grundgesetzes und des Völkerrechts sich entpuppende Kriegspolitik und Beteiligung an Kriegen widerstandslos und stumm hinnehmen?

12. Die oft festzustellende eurozentristische Geschichtsauffassung ist zu korrigieren zugunsten einer Dritten Welt-Perspektive. Am Zweiten Weltkrieg haben an der Seite der Kriegführenden über zwanzig Millionen Soldaten afrikanischer, arabischer, asiatischer, ozeanischer und lateinamerikanischer Herkunft teilgenommen, viele davon als Zwangsrekrutierte. Sie haben auf der Seite der faschistischen Mächte oder des Kaiserlichen Japans gestanden und mit ihnen kollaboriert, in einem überwiegenden Maße aber trugen sie zum Sieg über Menschenverachtung, Diktatur, Rassismus und andere, vor allem deutsche, aber auch europäische Verirrungen bei und ermöglichten somit den Europäern ein Leben in Frieden und

Freiheit. Von ihrem Blutzoll und von den zivilen Opfern aus den Regionen der Dritten Welt ist in den öffentlichen Debatten über den Ersten oder Zweiten Weltkrieg, wenn überhaupt, nur am Rande die Rede. Nur wenige der Überlebenden haben so etwas wie Renten oder Opferzahlungen erhalten. Das Rheinische Journalist(inn)en-Büro hat verdeutlicht (www.3www2.de), dass allein China im Zweiten Weltkrieg mehr Opfer zu beklagen hatte als Japan, Deutschland und Italien zusammen. Wichtige Teile der Kolonialgebiete waren, so das Büro weiter, Schlachtfelder oder dienten als Bezugsquellen für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Auf den Philippinen verloren während der japanischen Besatzung mehr als eine Million Menschen ihr Leben. Wenn heute die oftmals geschundenen Nachfahren aus Afrika zu uns streben, ist ihnen Respekt zu zollen und die Hand zu reichen, anstatt sie vor der „Festung Europa“ hilflos im Meer treiben und ertrinken zu lassen.

13. Statt Rüstung zu exportieren, Militäreinsätzen das Wort zu reden, die Bundeswehr auf Häuser- und Straßenkämpfe vorzubereiten oder bewaffnete Drohnen und andere todbringende Waffen anzuschaffen bzw. anzuwenden und damit das Gewaltpotenzial auf der Welt anzureichern, sollte Deutschland eine nichtmilitärische Verantwortung in einer konfliktreichen Welt über-

nehmen. Sich auf diesem Gebiet besonders zu engagieren, stünde uns Deutschen vor dem Hintergrund unserer kriegerischen Geschichte gut an. „Wer sein Volk“, mahnte Hellmut von Gerlach, „vernünftig und anständig erhalten will, muss den Frieden benutzen, um die Welt gegen den Krieg zu organisieren. Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen. Die im Irrtum verharren, das sind die Narren. Nie wieder 1914!“ Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Helmut Donat, geb. 1947, lebt und arbeitet in Bremen als Verleger, Historiker und freier Autor. Er hat den Arbeitskreis Historische Friedensforschung mitbegründet und zahlreiche Veröffentlichungen zu Pazifismus und Militarismus sowie zu geschichtspolitischen Kontroversen deutscher Geschichte herausgebracht. Für sein verlegerisches und publizistisches Engagement wurde er u.a. mit dem Carl von Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg ausgezeichnet.



Helmut Donat

Zur Entstehungsgeschichte des ersten Atombombeneinsatzes

Wie es zur Bombe kam

Von Elmar Klink

In diesem Jahr jährt sich am 6. und 9. August zum 70. Mal der bisher einzige Großeinsatz atomarer Kriegswaffen gegen die südjapanischen Küstenstädte Hi-

roshima und Nagasaki. Modernste nukleare Waffenarsenale samt Trägersysteme von kurzen bis globalen Reichweiten stellen nach wie vor ein unwägbares Gefahrenpotential und Belastungsrisiko für Mensch, Natur und Umwelt dar und bedrohen den

Weltfrieden. In einem nie geahnten Ausmaß kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gigantischen Rüstungswettlauf. Die Entwicklung und Bereitstellung immer neuer, noch zerstörerischer nuklearer Waffensysteme, kostete die Menschheit bisher einen ungeheuren materiellen Preis, Mittel, die anderweitig besser für soziale, kulturelle, wirtschaftliche und völkerverständigende Zwecke hätten verwendet werden können. Zeitweise kam es in einzelnen Phasen des Ost-West-Konflikts und Kalten Kriegs zu bedrohlich labilen Konstellationen in der internationalen Politik und mehrmals bis an den Rand eines Atomkriegs (Koreakrieg, Kubakrise, Sechstagekrieg 1967, NATO-Manöver „Able Archer“ im Herbst 1983). Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel, gehören als solche weltweit geächtet und wie die zivile Atomkraftnutzung, mit der sie eng korrelieren, restlos abgeschafft. Wie ist es damals zur Entwicklung dieser technologisch auf die Spitze getriebenen Weltuntergangswaffe unter einst begünstigenden Weltkriegsbedingungen gekommen?

Entdeckung der Kernspaltung

Dass es bereits während des Zweiten Weltkriegs einen Rüstungswettlauf um

den Bau der ersten einsatzfähigen Atombombe zwischen Nazideutschland und den USA gegeben haben soll, ist nach Abwägen aller bekannter Fakten und Erkenntnisse eine Legende. Es würde voraussetzen, dass beide beteiligte Seiten jeweils über einen ungefähren wissenschaftlich-technischen Gleichstand der Entwicklung verfügten und über den Fortgang der anderen genau im Bilde gewesen wären, was zumindest für die deutsche mit zunehmender Kriegsdauer nicht zutrifft. Fakt ist, dass zuerst in Deutschland Mitte Dezember 1938 von der Forschergruppe Otto Hahn/Fritz Straßmann am Berliner Kaiser Wilhelm Institut für Chemie die Urankernspaltung mittels langsamen Neutronenbeschusses entdeckt und sodann in der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* beschrieben wurde. Die jüdische Physikerin Lise Meitner, bis zum Sommer 1938 noch bei Hahn als Assistentin tätig und mit den Versuchsreihen dort aufs engste vertraut, bis sie nach Skandinavien emigrieren musste, und ihr Neffe, der Physiker Otto Frisch, ein Mitarbeiter des Kopenhagener Physikgenies Niels Bohr, nahmen im Februar 1939 eine erste theoretisch-kernphysikalische Deutung des Durchbruchs der Deutschen im internationalen Magazin *Nature*

vor. Besonders in England und den USA wurde sofort nach Bekanntwerden der Ergebnisse aus Berlin damit begonnen, diese theoretisch zu überprüfen und praktisch nachzuvollziehen, so dass dort ungefähr eine vergleichbare Ausgangssituation mit der deutschen angenommen werden kann. Der Verdacht, es könnte dabei auch zu einer militärischen



Explosion der Atombombe „Baker“ aus dem Crossroad-Test im Bikini-Atoll Juli 1945

Nutzung der bei einer Atomspaltung aufgrund der Kettenreaktion freiwerdenden riesigen Energiemengen kommen, wurde 1939 in den USA wohl zuerst von dem aus Ungarn stammenden, jüdischen theoretischen Physiker Leo Szilard nach entsprechenden eigenen Experimenten und Berechnungen geäußert. Es war der Beginn der späteren Anstrengungen der USA im großen Maßstab, einer angenommenen militärischen Ausnutzung der Kernspaltung über die Zwischenstufe eines Reaktors durch das Dritte Reich zuvorkommen.

Der deutsche „Uranverein“

Der in Deutschland zunächst weiter beschrittene Weg führte die beteiligten Wissenschaftler und Physik-Techniker bis etwa Mitte 1942 zur wissenschaftlich-technischen Projektierung eines Reaktors als erforderlicher Vorstufe für den möglichen Bau einer Bombe und zum Eintritt in die Phase praktischer Erprobung. Vorausgegangen waren von Frühjahr bis Herbst 1939 mehrere Treffen und Beratungen unter Beteiligung führender wissenschaftlicher Köpfe der deutschen Atomphysik, woraus der sog. Uranverein (Arbeitsgemeinschaft für Kernphysik) hervorging. Dieser war angesiedelt beim Heereswaffenamt (HWA), das alle Projekte dazu unter militärischer Verwaltung zusammenführen sollte. Man beschäftigte sich mit grundsätzlichen konzeptionellen Überlegungen und Plänen zur technischen Verwertung der Kernspaltung hinsichtlich eines zu bauenden Uranbrenners. Nur ganz wenige wie der theoretische Physiker Werner Heisenberg hatten damals einen auch nur ungefähren Überblick darüber, welche weitreichenden Konsequenzen die von ihm zusammen mit anderen angestellten Überlegungen und bald durchgeführten ersten Experimente haben würden. In einer Stellungnahme an das

Heeresamt im Dezember 1939 sprach Heisenberg auch von einer möglichen waffentechnischen Anwendung der Kernspaltung. Der geniale Quantentheoretiker war zwar kein Nazi-Anhänger und schon gar kein Antisemit, aber als Nationalpatriot durchaus „antibolschewistisch“ eingestellt. Seitens der beteiligten Vertreter der Naziadministration brachte man mit zunehmender Kriegsdauer wissenschaftlich-technischen Innovationen, die sich nicht kurzfristig zu kriegsentscheidenden Waffen zu Hitlers Gunsten entwickeln ließen, jedoch grundsätzlich Skepsis und Zurückhaltung entgegen. So auch dem Vorhaben des bei den erwähnten Experten-Treffen durchaus auch schon angesprochenen Baus einer möglichen Uranbombe, dessen Erfolg für sie wenn, dann eher nur mittel- bis längerfristig zu erwarten war. Die Forschungen im Dritten Reich sollten zwar weiterlaufen, aber in einem eher bescheiden ausfallenden Ausmaß von beteiligtem Personal und eingesetzten Finanzmitteln. Es konkurrierten zudem zwei Gruppen um Prof. Heisenberg/C. F. v. Weizsäcker/Karl Wirtz am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin und Dr. Kurt Diebner/Heeresversuchsanstalt (HVA) in Gottow und den Chemotechniker Paul Harteck in Hamburg um die sehr begrenzten wichtigen Ausgangsmaterialien Uranerz/-oxid und schweres Wasser als Bremssubstanz (Moderator) zur Steuerung einer sich selbst erhaltenden Kettenreaktion.

Die US-Atombombe

Ganz anders der Verlauf in den USA. In Chicago wurde in den Metallurgischen Laboratorien (Met. Labs) der dortigen Universität unter Leitung des aus Italien emigrierten Physikers Enrico Fermi bereits zielstrebig an einem Reaktor geforscht und man gelangte vor den Deutschen bis

zum Sommer 1942 zu ersten brauchbaren praktischen Ergebnissen mit einem steuerbaren kritischen Meiler. Gleich mehrere Forschungseinrichtungen in den USA verfügten anders als in Deutschland bereits über weit leistungsfähigere Hochspannungsanlagen und hochmoderne Zyklotrone für die Neutronenbeschleunigung. Wiederum war es Leo Szilard, der sich zuvor schon zusammen mit dem späteren Konstrukteur der Wasserstoffbombe, Edward Teller, ebenfalls aus Ungarn stammend, im August 1939 an Albert Einstein in dessen Domizil in Princeton gewandt hatte, um diesen zu seiner maßgeblichen Unterschrift unter ein vorformuliertes Memorandum an Präsident Roosevelt zu bewegen. Mit diesem Eingabebrief sollte die US-Regierung mit Nachdruck auf die Gefahr des möglichen Baus einer Atombombe durch Hitler-Deutschland hingewiesen und empfohlen werden, effektive Schritte und Maßnahmen einzuleiten, dem mit einem Eigenbau zuvorzukommen. Noch am Tag vor dem japanischen Überraschungsangriff auf die in Hawaii stationierte US-Pazifikflotte in Pearl Harbor (7. Dezember 1941), der den europäischen vollends zu einem Weltkrieg machte, wurde das Manhattan-Projekt zum Bau einer eigenen amerikanischen Atombombe administrativ auf den Weg gebracht. Unter optimalen Bedingungen weder eingeschränkter noch gestörter Kriegsforschung und -produktion gelang es den USA mit weit über Hundertfünfzigtausend beteiligten Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern binnen relativ kurzer Zeit ab 1942/43 das Prinzip einer funktionsfähigen Atombombe zu entwickeln. Besonders an den drei Hauptorten Los Alamos in New Mexico, Richland/Washington (Plutoniumproduktion der Hanford Engineer Works, heute teuerste Atomruine der Welt) und Oak

Ridge/Tennessee, wo man die erforderliche Isotopentrennung und Urananreicherung vornahm, konzentrierte sich die Arbeit. Der erste erfolgreiche Test „Trinity“ (Dreifaltigkeit) fand jedoch erst nach dem Ende des Krieges mit Nazi-Deutschland am 16. Juli 1945 in der Wüste New Mexicos bei White Sands statt. Mit gigantischer, nie zuvor gesehener Explosionswucht und „heller als tausend Sonnen“ (Robert Jungk) entwickelte die erste Atombombe ihre Dreifaltigkeitsallmacht. Die Auswirkungen des radioaktiven Niederschlags reichten vom Point Zero z. T. über Hunderte von Meilen bis zu den Städten Albuquerque, Santa Fé und Roswell.

„KZ“ für Nobelpreisträger

Auch die offiziellen Stellen in den USA trauten vor allem ihrem jungen wissenschaftlichen Personal nicht recht, das nicht selten als Mathematiker, Atomphysiker oder Physikochemiker seit den 1930er Jahren aus Deutschland und Europa über Exilwege in die USA gekommen war. Die wissenschaftliche Sektion in Los Alamos lag zwar führend in den Händen des noch keine 40 Jahre alten, äußerst organisations- und kommunikationsfähigen, deutsch-jüdisch abstammenden Physikers J. Robert Oppenheimer. Er verfügte zudem über ausgezeichnete Kenntnisse der deutschen Physikszenen aus seiner Göttinger Doktorandenzeit bei Max Born, wo er u. a. mit Heisenberg, Bohr, Fermi und Teller zusammentraf. Die Gesamtleitung des Projekts aber hatte das Militär inne in Gestalt des West Point-Absolventen und am Massachusetts Institute of Technology (MIT) ingenieurwissenschaftlich ausgebildeten Army-Generals Leslie R. Groves. Das eigentliche Kernforschungsgelände des National Laboratory bei Los Alamos, einem ursprünglich kleinen Gebirgsort am oberen

Rio Grande in über 2.200 Metern Höhe gelegen, war im Grunde ein hermetisch vom Militär abgeriegeltes und gesichertes geheimes Terrain. Hinter Stacheldrahtzäunen befanden sich Verwaltungsgebäude, Experimentierbaracken, Laboratorien, Militärunterkünfte, Wohnwagen und einfache Fertigungsbauwohnungen. Es hatte etwas vom Charakter eines improvisierten „Gefangenelagers“, wie es von manchen dort Lebenden und Arbeitenden empfunden wurde, andere sprachen gar drastisch vom „KZ“ für Nobelpreisträger. Spätestens seit der 2. Hälfte des Jahres 1944 wähten sich die USA aus eigenen Geheimdienstquellen zuverlässig darüber informiert, dass im von schweren Luftangriffen infrastrukturell stark kriegsbeschädigten Deutschland eine Atombombe absehbar nicht mehr zustande gebracht werden würde. Dies sickerte auch bald bis Los Alamos durch. Unter einigen Wissenschaftlern kamen daraufhin Unruhe und Bedenken auf. Man stellte, da Deutschland so gut wie am Boden lag, US-Truppen im Oktober 1944 mit Aachen die erste deutsche Großstadt eingenommen hatten, Überlegungen an, die Arbeit an der Bombenentwicklung einzustellen. Doch Groves und Oppenheimer überzeugten die Zweifler mit jeweils ihren eigenen zwingenden Argumenten, die Arbeit als nunmehr zur Beendigung des Krieges im Pazifik erforderlich fortzusetzen und vollenden. Die Protestnote einer Wissenschaftlergruppe um Leo Szilard drang nicht mehr bis zum bereits schwerkranken Präsidenten Roosevelt durch.

Das Ende deutscher Träume von „Uranmaschine“ und „Bombe“

Die einzige Lieferfabrik der Deutschen für das dringend benötigte Schwerwasser (D₂O), die Norsk Hydro-Werke im besetzten südnorwegischen Rjukan, war bis Ende

1943 durch Sabotageakte und alliierte Luftangriffe völlig zerstört worden. Wichtige Ersatz-Zulieferfirmen im Hitler-Reich wurden immer wieder bombardiert, Materialtransporte in Zügen verzögerten sich oder fielen aufgrund zerstörter Gleisnetze und Bahnhöfe auf Tage und Wochen aus, die Vorräte an Uranerz (z. B. aus belgisch-kolonialen und tschechischen Beständen) waren bereits ziemlich erschöpft, um deren Erhalt zusätzlich noch von den einzelnen Versuchsstellen kleinlich gestritten wurde. Im Lauf des Jahres 1944 war kriegsbedingt damit begonnen worden, die Uran-Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin ins südschwäbische Städtchen Hechingen unter der Burg Hohenzollern zu verlegen, wo die Gruppe Heisenbergs unter einfachsten Bedingungen im nahegelegenen Ort Haigerloch in einem Bier- und Weinkeller (heute Atommuseum) einer Gaststätte bunkergesichert im Kalkfelsen unterhalb der Schlosskirche an einem Versuchsreaktor arbeitete. Das war nicht mal annähernd noch die Dimension wie in den USA. Auch die Abteilung der Heeresversuchsanstalt bei Kummersdorf/Gottow südlich von Berlin, wo die Gruppe um das NSDAP-Mitglied Diebner weit zielstrebig und effektiver in Richtung Uranbombe tätig und dabei auch schon deutlich weiter als das Heisenberg-Team gekommen war, wurde nach einem Reaktorunfall (Experiment G III) noch nach Stadttilm in Thüringen umquartiert. Dort wurde die Weiterarbeit an einem neuen Reaktor nicht wieder aufgenommen.

Deutsche Kernwaffentests?

Stattdessen kam es unter strengster Geheimhaltung und SS-Oberaufsicht (Ebene Himmler) in Zusammenarbeit der Diebner-Gruppe mit noch anderen Versuchsstellen der Kriegsmarine auf Rügen und

noch vor den Amerikanern zur Durchführung erster kleinerer „nuklearer Kernwaffentests“. Über diese Anfang bis Mitte März 1945 durchgeführten Versuche gibt es jedoch nur spärliche und indizienhafte Anhaltspunkte, da alle Unterlagen offenbar gezielt beseitigt wurden und auch nach dem Krieg von den direkt Beteiligten strengstes Stillschweigen darüber bewahrt wurde. Es liegen inzwischen seriöse Messungen in dem einen angegebenen Testgebiet auf dem Truppenübungsplatz von Ohrdruf nahe Stadtilm vor, die teils deutlich erhöhte radioaktive Werte aufwiesen und in Bodenproben gefundene typische nukleare Spaltprodukte aufspürten. Dies scheint in Verbindung mit überlieferten Zeugenaussagen aus der Bevölkerung und einzelnen sowjetischen Spionagequellen von damals gesichert zu belegen, dass es mindestens in einem Fall dabei zu einem „nuklearen Ereignis“ in Form einer nächtlichen Mini-Atomexplosion mit tödlichen Verstrahlungsfolgen bei mehreren Hundert Zwangsarbeitern des KZ Ohrdruf und Anzeichen von Strahlenerkrankung in der Bevölkerung der näheren Umgebung gekommen sein muss (siehe dazu Rainer Karlsch: *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche*. München 2005).

Nur die Gruppe um Werner Heisenberg war bis zuletzt noch an einem Reaktor aktiv. Es gelang ihr aber mangels genügendem Ausgangsmaterial an Uran und Schwermwasser nicht mehr, eine sich stabilisierende Kettenreaktion zu erzeugen, bevor am 23. April 1945 die in vorderster Linie operierende amerikanische Spezialeinheit der ALSOS-Mission in Haigerloch eintraf, die Forscher gefangen nahm, alle Gerätschaft beschlagnahmte und abtransportierte. Heisenberg gab Anfang 1947 in einer ersten Denkschrift an, die Anzahl der Menschen,

die in Deutschland am Uranexperiment arbeiteten, habe wohl in keiner Phase einige Hundert überschritten. Hinsichtlich der von deutschen Behörden für das Uranvorhaben zur Verfügung gestellten Mittel, stellte er an gleicher Stelle fest, dass sie „gegenüber den von den Alliierten eingesetzten Mitteln verschwindend gering“ waren. Insgesamt hätte der in Deutschland unternommene Aufwand den tausendsten Teil des amerikanischen betragen (nach W. Heisenberg: *Über die Arbeiten zur technischen Ausnutzung der Kernenergie in Deutschland, Göttingen, Januar 1947* in: William L. Laurence: *Dämmerung über Punkt Null. Die Geschichte der Atombombe*, München 1949, S. 241–252). Die beiden dann „ersatzweise“ statt über Berlin und Mannheim/Ludwigshafen über den von US-Luftangriffen nahezu unbehelligten japanischen Industrie- und Hafenstädten Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben „Little Boy“ und „Fat Man“ sollten furchtbare und verheerende Auswirkungen für Hunderttausende Menschen und die Substanz ihrer Heimatstädte zeigen und noch über Jahrzehnte nach sich ziehen. Ihre Fertigstellung ließen sich die USA insgesamt etwa 2 Mrd. Dollar kosten, was heute einem Vielfachen davon entspräche. Enorme Finanzmittel, zu denen man im Dritten Reich, das schon an die 45 Mrd. Reichsmark (RM) in seine Wiederaufrüstung gepumpt hatte und finanziell dem Kollaps nahe war, zusätzlich weder bereit noch fähig gewesen wäre. Immerhin lag Rüstungsminister Speer in einem Gespräch mit v. Weizsäcker mit seiner Schätzung, man bräuchte für die Atomsache mindestens 100 Mio. RM, gar nicht so weit davon entfernt.

Vom Kriegsjahr zur deutschen Nachkriegssituation

Noch im Sommer 1945 wurden zehn

maßgeblich am deutschen Uranprojekt beteiligte wie nur vermeintlich beteiligte deutsche Wissenschaftler, darunter Bagge, Diebner, Hahn, Harteck, Heisenberg, v. Weizsäcker, Wirtz, auf dem mittelenglischen Landsitz Farm Hall bei Cambridge für ein halbes Jahr komfortabel interniert und immer wieder verhört. Man trieb Sport, betätigte sich in der Gartenpflege, aß und trank gut, ging musischen Neigungen nach, hielt einander Vorträge. Die Gespräche der Festgesetzten untereinander wurden von Mitarbeitern englischer und US-amerikanischer Geheimdienste systematisch abgehört, aufgezeichnet und ausgewertet (siehe Farm Hall-Protokolle). Man erhoffte sich davon weitere wesentliche Aufschlüsse über den erreichten Stand der deutschen Forschungen und die Rolle ihrer Protagonisten. Als am 6. August per Radio die Kunde zu den Internierten vom Abwurf der Hiroshimabombe durchdrang, stellten sich teils helle Verwunderung und Zweifel, teils fassungsloses Entsetzen bei den Versammelten ein. Heisenberg hielt es zuerst für eine Falschmeldung, um die Deutschen auf die Probe zu stellen, Otto Hahn soll sich aufgebrannt und bestürzt stundenlang in sein Zimmer eingeschlossen haben und musste erst wieder beruhigt werden. Er machte sich selbst schwere Vorwürfe, obwohl er als Chemiker am deutschen Uranprojekt gar nicht maßgeblich mehr weiter beteiligt gewesen war. Andere wie Kurt Diebner und Erich Bagge, die eher kühl argumentierend und sich wundernd auf die Nachricht reagierten, gehörten wie auch Karl Wirtz später in den 1950er Jahren zu den wichtigen Stützen des westdeutschen zivilen Atomversuchsprogramms und Befürwortern des Aufbaus einer eigenen Energie erzeugenden Atomwirtschaft (siehe Bagge/Diebner: Zur Entwicklung der Kernenergieverwertung in Deutschland,

in: Bagge, Diebner, Jay: Von der Uranspaltung bis Calder Hall. Hamburg 1957, S. 9-80). Insofern erwiesen sich ihre Beteiligungen zur Nazizeit am Uranprojekt in Kontinuität als wichtige Voraussetzung, dass dabei erworbenes Grundlagenwissen und erprobte technische Verfahren später nutzbringend wieder eingesetzt werden konnten, um der BRD einen Einstieg in die moderne Atomtechnologie zu ermöglichen. Der erste Nachkriegsreaktor nach Aufhebung des Atomforschungsverbots 1955 im ab 1956 neu geschaffenen Kernforschungszentrum Karlsruhe war im Prinzip noch ein getreues Abbild des zuletzt im Krieg entwickelten und getesteten Schwerwasserreaktors (siehe Informationsbroschüre Atommuseum Haigerloch und Egidius Fechter: Humburg in der Höhlenforschungsstelle; 2013).

Die Sowjetunion zieht ein nukleares Regime nach sich

Roosevelt starb noch im April 1945, sein Nachfolger, Präsident Truman, ließ die Kunde vom erfolgreichen Test der ersten US-Atombombe im Juli 1945 taktisch noch in die Potsdamer Siegerkonferenz hinein platzen. Man erhoffte sich davon eine schockartige Wirkung auf Stalin, Molotow und die sowjetische Delegation. Stalin wiederum, so wird kolportiert, soll nur verhalten darauf reagiert und die Hoffnung betont haben, dass damit der Krieg bald beendet sein möge. Man war keineswegs besonders überrascht davon, da man durch den eigenen Atomspion, den jungen deutschen theoretischen Physiker Klaus Fuchs (ein Sohn des religiösen Sozialisten Emil Fuchs), der über England nach Los Alamos gekommen war, und seine Mittelsleute in Santa Fé bis in Einzelheiten über das amerikanische Bombenprojekt informiert war. Fuchs arbeitete nach erfolgter Rückkehr

nach England am britischen Atombombenprojekt weiter, wo er 1950 enttarnt wurde. Er hatte nicht nur allgemein Pläne verraten, sondern den Sowjets auch in seine eigene maßgebliche wissenschaftliche Zuarbeit zur zweiten US-Plutoniumbombe detaillierten Einblick verschafft. Einige Jahre später wurde Fuchs gegen Spione der Gegenseite ausgetauscht und wurde in der DDR eine angesehene Persönlichkeit des öffentlichen wissenschaftlichen Lebens. Die Sowjetunion bediente sich für eine eigene Bombe reichlich geförderten Uranerzes vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone in Thüringen/später DDR (Wismut SAG) und deutschen technischen Know-hows (Manfred von Ardenne u.a.). Doch es sollte noch vier Jahre dauern, bis in identischer Bauart der amerikanischen Bomben die Sowjetunion Ende August 1949 ebenfalls soweit war, ihre erste Atombombe in der kasachischen Steppe bei Semipalatinsk erfolgreich zu zünden und damit das nur kurz bestehende Atombombenmonopol der USA zu brechen (siehe A. Heinemann-Grüder: Die sowjetische Atombombe. Münster 1992). Es mutet paradox an, dass Nazideutschland zwar keine eigene richtige Atombombe wie die Amerikaner konstruieren konnte, dafür aber in die USA emigrierte und geholte bzw. von der Sowjetunion verpflichtete deutsche Wissenschaftler und Techniker an den Anfängen für die Atombombenprogramme der ersten beiden nuklearen Supermächte nicht unwesentlich mit beteiligt waren (siehe H. und E. Barwich: Das rote Atom. Als deutscher Forscher in der UdSSR. Ffm. 1970).

Das Atomdilemma entfaltete von da an seine bis heute andauernde unumkehrbare und gefährliche Eigendynamik, in deren Folge sich ein labiles nukleares Weltregime des gegenseitigen „atomaren Schreckens“

etablierte. Aus den USA und der Sowjetunion wurden die ersten über Jahrzehnte in scharfem Systemgegensatz (Kalter Krieg) zueinander stehenden Atomstaaten der Erde. Es folgten Großbritannien (Atommacht seit 1952), Frankreich (1960), die VR China (1964) bis hin zu Indien (1974), Pakistan (1998), Südafrika (ab Mitte/Ende '70er Jahre; Ausstieg 1991), Israel (Ende '70er Jahre) und Nordkorea (2006), nicht mit einbezogen eine Reihe von sog. nuklearen Teilhabestaaten im Rahmen der nuklearen Abschreckungsdoktrin der NATO wie Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Türkei, die sich im Ernstfall die Option zum taktischen Einsatz von auf ihrem Staatsgebiet gelagerten US-Atomwaffen unter amerikanischer Kontrolle und mit eigenen Trägersystemen vorbehalten.

*Elmar Klink
Jg. 1953; Kriegsdienstverweigerung 1971; Zivildienst 1976/77 im Sozialen Friedensdienst (SFD); Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaften; verschiedene Erwerbstätigkeiten als Drucker und Bildungsreferent; bis Ende 2008 Verwaltungs- und Beratungstätigkeit bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK); aktiv in gewaltfreien Aktionsgruppen und in der Friedensbewegung; Mitarbeit im Redaktionsbeirat von CuS.*



Elmar Klink

Die Reformation radikalisieren, provoziert von Bibel und Krise – Teil I**94 Thesen**

Von Walter Altmann et al.

Martin Luther begann seine 95 Thesen von 1517 mit der Umkehrforderung Jesu: „Kehrt um, die gerechte Welt Gottes ist nahe“. Fünfhundert Jahre später leben wir in einer Zeit, die wie das biblische „Jobel-Jahr“ („Erlassjahr“, Lev/3. Mose 25) ebenfalls Umkehr und eine Veränderung hin zu gerechteren Verhältnissen anmahnt. Das sagen wir heute nicht im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche und den vielen in ihr verwurzelten Befreiungsbewegungen, sondern im Gegensatz zu den Strukturen des Imperiums, die gegenwärtig herrschen. Nur im Hören auf das Wort vom Kreuz (1 Kor 1,18) und das Seufzen der misshandelten Kreatur (Röm 8,22), nur wenn wir unsere Ohren öffnen für den Schrei der Opfer an der Unterseite unserer hyper-kapitalistischen Weltordnung kann das Reformationsjubiläum zum befreienden „Jubel-Jahr“ werden. Christliche Selbstgerechtigkeit, die dieses System stützt, ist der reformatorischen Rechtfertigung aus Glauben entgegengesetzt. Rechtfertigung wird nur gelebt in umfassender Solidarität.

Wir sind Theologinnen und Theologen – vorwiegend lutherische, aber auch reformierte, mennonitische, anglikanische und methodistische –, die sich zu einem noch andauernden Projekt zusammengefunden haben, um die biblischen Wurzeln und gegenwärtigen Herausforderungen reformatorischen Denkens neu zu bedenken. Die ungezügelte Zerstörung menschlichen wie nicht-menschlichen Lebens in einer vom totalitären Diktat des Geldes und der Gier, des Marktes und der Ausbeutung re-

gierten Welt erfordert eine radikale Rückbesinnung auf die biblische Weisung, wie sie auch am Beginn der Reformation stand. Das herrschende Wirtschaftssystem, gestützt durch imperiale politische Machtapparate, betreibt den Ausverkauf der Erde, des Menschen und der Zukunft unserer Kinder. Sowohl unsere Kirchen und Gemeinden als auch einzelne Christen und Christinnen haben sich vielerorts eingerichtet im gesellschaftlichen status quo und ihre kritisch-prophetische Kraft des Protestes, des Widerstandes und der Transformation verloren. Gottes Gerechtigkeit aus Gnade ist abgetrennt von sozialer Gerechtigkeit und wie „dummes Salz“ nicht mehr zu gebrauchen (Mt 5,13). Es gibt Irrwege reformatorischer Theologie, von denen wir umkehren müssen – mit Luther, aber auch gegen Luther. Reformation kann auch heute wieder neu zum Kairos der Transformation werden.

Die folgenden Thesen reflektieren unterschiedliche geographische und politische Kontexte sowie ein breites Spektrum reformatorischer Traditionen. Zu ihrer Begründung veröffentlichen wir Forschungsergebnisse in fünf Bänden. Nicht in allen Punkten waren wir uns alle einig, aber gemeinsam und gerade in dieser Vielstimmigkeit und Vielförmigkeit wollen wir aufrufen zur Auseinandersetzung mit diesen Problemen – und zur Umkehr. Die gegenwärtige Krise, mit der wir in allen Lebensbereichen und bis in den letzten Winkel unserer Erde konfrontiert sind, ist eine Chance zur Einsicht in die barbarischen und (selbst)zerstörenden herrschenden Kräfte und trägt den Hoffnungskeim des Neubeginns zu einer neuen Kultur des Lebens in sich.

„Zur Befreiung hat uns der Messias befreit“ (Gal 5,1)

1. Biblisch gesehen ist die erste und eigentliche Tat Gottes Befreiung. Auch die messianische Befreiung im Neuen Testament ist nach dem Muster des Exodus gestaltet. Im Römerbrief geht es Paulus darum, dass Christus Befreiung von der „Schreckensherrschaft der Sünde“ im Kontext des Römischen Reiches bringt (Röm 5,12-8,2). Wird Rechtfertigung dagegen nicht im Exodus-Muster verstanden, sondern wie weithin üblich in der Linie Augustin/Anselm von Canterbury auf (Ur-)Schuld und Vergebung reduziert, bedeutet das eine problematische Verengung mit erheblichen Verlusten gegenüber dem sozialen und politischen Reichtum der Bibel.

2. Paulus analysiert die Sündenmacht, die im Römischen Reich alle Menschen gefangen hält. Die zentralen Aussagen über die Sünde (hamartia) haben alle einen gemeinsamen Nenner: dass sie in Herrschaftsbeziehungen (nur sehr selten in Kategorien der individuellen Schuld und des sündigen Tuns) gedacht sind. Paulus denkt, wenn er von Sünde spricht, vor allem an ihre umfassende Schreckensherrschaft. Seine zentrale Vorstellung ist: Die Sünde herrscht über alle Menschen wie über Sklaven und macht sie so zu MittäterInnen im imperialen System.

3. Paulus spricht vom Beginn eines umfassenden Herrschaftswechsels. Seine Hoffnung richtet sich auf Gottes endgültiges Eingreifen, das für ihn mit Jesu Auferstehung bereits begonnen hat. Paulus verfolgt keine politischen Ziele. Andererseits hat aber der Glaube an die Herrschaft Christi und die Hoffnung auf den endgültigen Herrschaftswechsel sehr tiefgreifende politische Konsequenzen. Hier wird geglaubt, dass Christus allein der Herr (kyrios) ist,

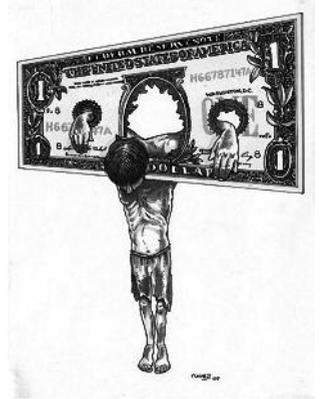
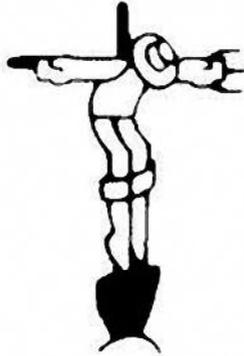
dass seine Befreiung die ganze Welt, alle Menschen und Völker, den ganzen Menschen betrifft.

4. Der Glaube führt dazu, dass die Glaubenden in ihrem gemeinschaftlichen Leben und in ihrem Leben mit anderen sehr konkret schon als befreite Menschen zu leben versuchen. Die Gemeinschaft der Glaubenden versteht sich als Anfang eines neuen Lebens für alle. Dieser Bezug auf die Befreiung aus einer realen totalitären Lebenswirklichkeit wie im Römischen Reich ist für Menschen, die unter der Herrschaft der Finanz- und Gewaltmärkte leben, hilfreicher als die traditionelle Generalisierung der Sünde als Erbsünde

„Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24)

5. Mindestens zwei Milliarden Menschen sind verarmt unter der Herrschaft des Geldes. Diese ist der heutige Ausdruck des Mammon und damit die zentrale Herausforderung des Glaubens. Geld ist inzwischen nicht einfach das von den Zentralbanken gedruckte Bargeld in der Tasche, sondern Geschäftsbanken haben das Recht, über Kredite grenzenlos mehr zinsbelastetes Schuldgeld zu schöpfen. Schon Luther nennt Mammon den allgemeinsten Gott auf Erden (Großer Katechismus zum 1. Gebot).

6. Diese Herrschaft des Geldes und der theologische Widerstand dagegen entwickeln sich historisch mit der Ausweitung der auf Geld und Privateigentum beruhenden Wirtschaft – von der Monetarisierung des Wirtschaftslebens in der Zeit der Propheten über den Handels- und Wucherkapitalismus der Zeit Luthers bis zum modernen Industrie- und Finanzkapitalismus. Der inzwischen globalisierte Kapitalismus der Moderne ist seit der Reformationszeit mit der europäischen Ausbeutung, Koloni-



sierung und den Völkermorden in Afrika, Asien und den Amerikas verbunden.

„Das Land darf nicht unwiderruflich verkauft werden, denn mir gehört das Land, und ihr seid Fremde und Leute mit Bleiberecht bei mir“ (Lev 25,23)

7. Eigentum ist also nur für den Gebrauch zum Leben gedacht. Im Gegensatz dazu macht der Kapitalismus das Privateigentum absolut und beginnt deshalb mit der Einzäunung gemeinsamen Landes und aller natürlichen Ressourcen. Das setzt sich heute u.a. in der Privatisierung (Patentierung) des genetischen Gemeinguts der Menschheit, des Landes (land grabbing), des Wassers, der Luft usw. fort.

8. Der antike und moderne Individualismus beginnt mit dem Eindringen von Geld und Privateigentum in das tägliche Leben.

Für die meisten Menschen in der globalisierten kapitalistischen Welt ist Individualismus selbstverständlich. Für Luther gibt es Menschsein als neutrales, beobachtendes und kalkulierendes Individuum nicht. Entweder ist ein Mensch von Gott bestimmt – dann lebt dieser Mensch mitfühlend und gerecht von den Anderen her und zwar

von den „Geringsten“ (Mt 25,31ff.) zuerst. Oder ein Mensch ist von der Macht der Sünde bestimmt – dann lebt dieser Mensch in sich selbst verkrümmt, ich-bezogen, die anderen Kreaturen zerstörend.

9. Die vom Kapital getriebene Wirtschaft erzwingt grenzenloses Wachstum. Dieses Wachstum gefährdet das gesamte Leben auf unserem Planeten. Menschen sind von Gott geschaffen mit dem Auftrag, „den Garten zu bebauen und bewahren“ (Gen 2,15). Luther zitiert zu Beginn seiner 95 Thesen Jesu Ruf zur Umkehr: „Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht: ‚Tut Buße‘ usw. (Mt 4,17), hat er gewollt, dass das ganze Leben der Gläubigen Buße sein soll.“ Das bedeutet für heute, dass wir täglich persönlich und gesellschaftlich aus der zerstörenden Geldherrschaft aussteigen und – vertrauend auf die befreiende Gerechtigkeit Gottes – mitfühlend und solidarisch in gerechten Beziehungen mit den anderen Menschen und Kreaturen leben.

**„Nach der Schrift gehören wir Menschen zu einem Leib mit vielen Gliedern, die einander dienen“
(1 Kor 12)**

10. Nach der kapitalistischen Logik und

Praxis besteht dagegen unser Menschsein in Konkurrenz und Wettbewerb. Nach Luther werden wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gottes geschaffen, erhalten und erneuert, um uns kooperativ in Wirtschaft, Politik und Kirche für Gerechtigkeit und Frieden zu engagieren (Von der Unfreiwilligkeit des freien Willens). Damit ist Luther nach ersten Anläufen im Mittelalter in den Armutsbewegungen, bei den Waldensern, Wiclif und Hus derjenige, der auf biblischer Basis die seit dem 8. Jh. v.u.Z. aufkommende egozentrische, kalkulierende Geldzivilisation fundamental in Frage stellt.

11. Die wirtschaftliche Individualisierung spiegelt sich religiös in der Individualisierung des Heils. Die Bibel und Luther sprechen dagegen von befreiten Personen in gerechten Beziehungen. Seit dem Mittelalter gibt es spiritualisierende Strömungen, die immer noch stark in unseren Kirchen sind. Jede rein individualistische Lektüre und Predigt biblischer Texte unterstützt willentlich oder unwillentlich die moderne kapitalistische Zivilisation.

12. Nach Jesus ist gerecht, wer Schulden vergibt, also wer das Gesetz der Schuldentrückzahlung um des Lebens der Verschuldeten willen verletzt (Mt 6,12). Nach Paulus macht die Sündenmacht (zu seiner Zeit verkörpert in der strukturellen Sünde der römischen Gierökonomie und totalitären imperialen Macht) das Gesetz zu einem Instrument des Todes (Röm 7,7ff.). Er sieht die Alternative im Aufbau solidarischer Gemeinschaften aus Juden und Griechen im Geist des vom Imperium gekreuzigten Messias, der die von Rom zu Feinden gemachten Menschen mit Gott und untereinander versöhnt.

13. Die Mehrheit der Kirchenväter interpretiert den Tod Jesu am Kreuz u.a. so, dass der Teufel ein illegitimes Lösegeld für die Befreiung der Menschen erpresst,

weil er niemals Schulden erlässt. Christus entlarvt dies und befreit uns. Anselm von Canterbury (1033–1109) kehrt diesen Ansatz in seiner sog. Satisfaktionslehre um. Nach ihm steht das Gesetz der Schuldentrückzahlung über Gott. Darum muss Gott seinen Sohn opfern, um ein Guthaben zu erwirtschaften, das die Menschen anzapfen können, um ihre unbezahlbaren Schulden gegenüber Gott abzuzahlen. Damit legt Anselm nicht nur den Grund für die mittelalterliche Bußpraxis des Schuldengeschäfts, mit deren Verwerfung durch Luther die Reformation beginnt, sondern auch für den Kapitalismus, der das Gesetz der Schuldentrückzahlung im Rahmen des Marktes absolut setzt.

14. Luther kehrt zur biblischen Wahrheit zurück, dass Gott Schulden umsonst vergibt und aus dem Vertrauen darauf die Solidarität mit den Nächsten erwächst. Konkret: wenn jemand in Not ist, reagieren Christinnen und Christen mit Geben, zinslosem Leihen und Schenken. Auch soll die Obrigkeit in den Markt intervenieren, wenn das Gemeinwohl gefährdet ist. Die kapitalistische Moderne hingegen – und auf ihrem Höhepunkt der Neoliberalismus – setzt den Markt absolut, und die Intervention des Staates wird nur zugunsten der Kapitalakkumulation eingesetzt. Dem müssen Kirchengemeinschaften in der Nachfolge Jesu auf der Basis der Bibel und der Reformation Widerstand entgegensetzen.

15. Der Geist Gottes bestätigt nach der Pfingstgeschichte kulturelle sprachliche Verschiedenheit (Apg 2). In der westlichen Christenheit seit dem 4. Jh. wurde die Bibel nur in Latein gelesen. Wiclif die späteren Reformatoren entdecken die Vielfalt wieder, indem sie die Schrift den Völkern in ihrer eigenen Sprache zu Gehör bringen. Neoliberaler Kapitalismus erzwingt erneut Uniformierung: Menschen werden konsu-

mierende Individuen, Landwirtschaft wird zu Agrobusiness, der regionale Verkauf von Gütern weicht transnationalen Ketten und die regionale Produktion der Export-Monokultur.

Die Bibel begründet eine politische „Ökonomie des Genug für alle“ durch Teilhabe an den geschenkten gemeinsamen Gütern (Ex 16)

16. Alle Reformatoren sind sich einig in der Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl und an den konkreten Bedürfnissen der Nächsten. Luther entwickelt dabei eine Interpretation des Kreuzes, die die Menschlichkeit vom Rande her bestimmt – von den Armen, den Schwachen und den Leidenden her. Heute rufen wir nicht zu einer Restauration des „Realsozialismus“ auf, der manche ähnlich zerstörerische Konsequenzen wie der Kapitalismus hatte. Vielmehr geht es um eine transmoderne Wirtschaft, die auf Gottes Gaben, den Gemeingütern aufbaut und Produktion und Verteilung aller Güter und Dienstleistungen für die Grundversorgung öffentlich demokratisch und ökologisch steuert.

17. Die Heilige Schrift bestätigt, dass alle Menschen als Mann und Frau nach dem Bilde Gottes und darum mit gleicher Würde geschaffen worden sind (Gen 1,26–28).

Das Buch der Richter und andere Texte der Tora zeigen, dass dieser Ansatz in Formen einer solidarischen Gesellschaft umgesetzt wurde. Diese Tradition wurde auch im Urchristentum aufgenommen (Apg 2 und 4). Stimmen der radikalen Reformation greifen auf diese Texte zurück und versuchen, nicht nur politische, sondern auch ökonomische Demokratie zu leben.

18. Luthers Lehre von der gnädigen Rechtfertigung durch Vertrauen allein auf Christus (Röm 5,1) ist eine legitime und befreiende Interpretation der Schrift inmitten der

Unterdrückungen spätmittelalterlicher Frömmigkeit und entgegen der aufkommenden, auf Zinswucher aufbauenden Geldwirtschaft. Vergebung der Sünde (und der Schulden) umsonst, Befreiung von teuflischer Macht und die Verheißung dauernden Lebens bedeutete in diesem Kontext nicht nur geistliche Freiheit, sondern Befreiung zur Versöhnung mit und Verantwortung für die Mitmenschen (Von der Freiheit eines Christenmenschen).

19. Obwohl die Rechtfertigung aus Gnade auch für Luther die Gleichheit der Menschen vor Gott zum Ausdruck bringt, versagt seine Reformation darin, dies auch sozial und ökonomisch umzusetzen. So konnte es auch dazu kommen, dass das spätere Luthertum soziale und ökonomische Ungleichheit sogar in eine gottgegebene Ordnung umwandeln konnte. Dies gipfelt in der Behauptung einer Eigengesetzlichkeit des Marktes oder des Staates, was nicht nur die Bibel, sondern auch Luther direkt kritisierte.

Nach der Schrift werden Menschen nach Gnade und nicht nach ihrer Leistung beurteilt (Mt 20)

20. Dem Leistungsmythos muss das Bedürfnisprinzip entgegengesetzt werden, das die genaue Entsprechung zur Glaubensgerechtigkeit darstellt. Die sozialethische Konsequenz, die gezogen werden muss, ist eine Kritik der heutigen Arbeitswelt, die von dieser Leistungsideologie und ihren negativen sozialen und psychologischen Folgen beherrscht ist.

21. Luthers Lehre von den zwei Reichen und Regimenten wurde in der späteren Wirkungsgeschichte weitgehend zur Rechtfertigung des Quietismus und des Untertanengehorsams (nach Rö 13,1) missbraucht. Sie muss deshalb neu interpretiert werden als Ruf zu politischer Wachsamkeit und

zum Engagement der Christinnen und Christen, damit sie ihre öffentliche Verantwortung für die „Nächsten“ wahrnehmen, indem sie sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Befreiung der Schöpfung einsetzen.

**„Passt euch nicht den Strukturen dieser Weltordnung an ...“
(Röm 12,2)**

22. Angesichts ihrer Wirkungen auf die einfachen Leute seiner Zeit sagt Luther ein klares „Nein“ zu Struktur und Handlungsweisen der Bank- und Handelsgesellschaften: „Sollen die Gesellschaften bleiben, so muss Recht und Redlichkeit untergehen. Soll Recht und Redlichkeit bleiben, so müssen die Gesellschaften untergehen“ (WA 15, 312). Da heute der dreifache Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Geldvermehrung und zur Privatisierung unseren Planeten in den Tod stürzt, helfen letztlich keine sozialen Abfederungen, sondern nur eine langfristige Überwindung des neoliberal-kapitalistischen Systems. Speziell ist eine neue Geld- und Eigentumsordnung nötig und möglich, die sich am Gemeinwohl orientiert und öffentlich-demokratisch verantwortet wird.

„Selig sind, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden“ (Mt 5)

23. Konkret kann dies im lokalen und regionalen Bereich beginnen. Hier haben auch Kirchen und Gemeinden große Möglichkeiten, z.B. Mitwirkung an dezentraler kommunaler alternativer Energieversorgung. Im Makrobereich können sich Kirchen mit sozialen Bewegungen verbinden, um schrittweise institutionelle Veränderungen zu unterstützen. „Wenn wir uns auf Politiker verlassen, erreichen wir zu wenig und

zu spät. Wenn wir es allein versuchen, erreichen wir zu wenig. Wenn wir aber zusammenarbeiten, kann es gerade ausreichen, und das zur rechten Zeit“ (Transition Town Movement)

„Von der Kreuzigung zu erzählen ... lässt Gottes Macht Wirklichkeit werden“ (1.Kor 1,18)

24. In vielen Kirchen und ihrer Verkündigung wird seit dem Mittelalter (Anselm von Canterbury) der Kreuzestod Jesu als Opferung des Gottessohnes verstanden, die die notwendige Sühne für unsere Sünden leistet. Diese Interpretation macht aus Gott einen sadistischen, Leid zufügenden Herrscher. Dies ist ein theologischer Irrtum. Gott erlöst von Gewalt, nicht durch Gewalt.

25. Das Kreuz war das Hinrichtungsinstrument des römischen Imperiums, insbesondere für Rebellen und entlaufene Sklaven, dem abertausende unschuldige Menschen zum Opfer seiner öffentlichen



Machtentfaltung gefallen sind. Das Bild eines Gekreuzigten mit der Gasmasken oder einer gekreuzigten Frau und die Darstellung eines gekreuzigten Campesino erinnern daran, dass bis heute viele Menschen auf vielfältige Weise den herrschenden Mächten zum Opfer fallen, und der gekreuzigte Jesus mit ihnen allen zutiefst verbunden ist.

Fortsetzung folgt

„Moses, Jesus und Marx – Utopisten auf der Suche nach Gerechtigkeit“

Links sein und Christ sein im Zentrum des Mammons

Von Landesarbeitsgemeinschaft Linke
Christ(inn)en in Hessen

1. Linke Christinnen und Christen sehen die Welt aus der Perspektive der Gedemütigten, Armen und Unterdrückten

„Es ist ein globales vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt.“ (Ökumenischer Rat der Kirchen, *Gemeinsam für das Leben*, 2012)

Wir leben in Hessen, dem Finanzmarktplatz und Zentrum des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, eines globalen und vom Mammon bestimmten Systems, das durch endlose Ausbeutung das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt. Wir leben in einer „marktkonformen Demokratie“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel). Die Demokratie steht unter einem Diktat des Geldes. Dieses Imperium des Geldes bedroht mittlerweile die gesamte Schöpfung Gottes und macht aus allem – sogar aus der Krankheit – ein Geschäft. Diese Herrschaft des Mammons führt bei uns und weltweit zu Armut, Zerstörung und Krieg. Wir leben in einem „Krieg in Raten“ (Papst Franziskus). Deshalb kämpfen wir als linke Christinnen und Christen für die Befreiung von der Diktatur des Geldes.

2. Linke Christinnen und Christen leisten Widerstand gegen die zerstörerische Herrschaft des Mammons

„Diese Wirtschaft tötet.“ (Papst Franziskus)

Als Christen bekräftigen wir mit der ökumenischen Christenheit, dass gegen dieses todbringende System Widerstand zu leisten ist. „Diese Wirtschaft tötet.“ So urteilt Papst Franziskus über sozioökonomische Verhältnisse, der sich die Mehrheit der Menschen unausweichlich ausgeliefert sehen. Nicht anders die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan: „Unsere ganze derzeitige globale Realität ist so voll von Tod und Zerstörung.“ Christinnen und Christen sehen in der gegenwärtigen Krise eine Chance zur Einsicht und Umkehr.

Deshalb kämpfen wir als linke Christinnen und Christen für eine neue Kultur des Lebens.

3. Linke Christinnen und Christen halten die Religionskritik wach

„Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1–35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“ (Papst Franziskus)

Wir wissen uns eins mit der großen Ökumene aller Kirchen weltweit: Die Herrschaft des Mammons ist ein Götzendienst, eine Verehrung falscher und todbringender Götter. So wie einst die Religion als „Opium des Volkes“ kritisiert wurde, so muss heute die Religion des Kapitalismus als „Opium des Volkes“ entzaubert werden. Kapitalismuskritik ist Religionskritik.

Deshalb kämpfen wir als linke Christinnen und Christen für eine andere Zivilisation und eine „Ökonomie des Genug für alle“.

4. Linke Christinnen und Christen nehmen die neue Aufmerksamkeit für die Religionen ernst

„Wir sehen viele Initiativen, wo Kirchen mit religiösen und säkularen Gruppen zum Wohl ihrer Mitmenschen zusammenarbeiten. Wir hören Gott, der uns aufruft aus unserem Glauben heraus zusammenzuarbeiten und eine Ökonomie des Lebens für diese Erde, für alle Geschöpfe, für Gerechtigkeit, Frieden und Gemeinschaft aufzubauen.“ (ÖRK, Ökonomie des Lebens, 2014)

Die Erwartung, die Bedeutung der Religionen werde von selbst schwinden, hat sich als irrig erwiesen. Religionen haben sich politisch und gesellschaftlich zurückgemeldet. Wir leben in einem „postsäkularen Zeitalter“ (Jürgen Habermas). Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge bringen in die postsäkulare Welt des Westens ihre Religion, die ihnen existentiell wichtig ist, öffentlich ein. Alle Religionen können Gutes und Wunderbares, aber auch Furchtbares und Böses bewirken. Religionen können den Menschen humanisieren, aber auch barbarisieren.

Deshalb treten wir linken Christinnen und Christen für eine Zivilisation des Lebens ein. Wir bringen unsere Bilder von einem guten und gerechten Leben für alle ein.

5. Linke Christinnen und Christen treten für die Trennung der Kirche vom kapitalistischen Staat ein

„Bedauerlicherweise sind auch Kirchen Komplizen in diesem System geworden und haben auf Finanz- und Wirtschaftsmodelle gesetzt, für die das Erwirtschaften von Geld wichtiger ist als Fortschritt und Wohlergehen der Menschheit.“ (Ökumenischer Rat der Kirchen, Erklärung zur Finanzkrise, 2009)

Wir wissen, dass der weltanschaulich neutrale Staat eine große freiheitsdienliche

Errungenschaft ist. Doch die laizistische Forderung der Trennung von Staat und Kirche ist unzeitgemäß. Sie wird der gegenwärtigen religionspolitischen Lage nicht mehr gerecht, denn sie befördert heute nur eine Gegenkultur der Religion neben der Gesellschaft. Die Kirchen müssen aber mit dem kapitalistischen Staat brechen: Es gibt keine theologische Begründung für ein kirchliches Sonderarbeitsrecht, staatliche Dotationen und Privilegien, Militärseelsorge und die Abhängigkeit der Kirchenfinanzierung von der Steuerpolitik des Staates. Wir brauchen freie Kirchen in einem freien Staat.

Deshalb setzen wir uns als linke Christinnen und Christen ein für die rechtliche Gleichstellung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften. Grund- und Arbeitnehmerrechte, Streikrecht, Mitbestimmungsrechte und das Betriebsverfassungsgesetz müssen auch in den Kirchen Geltung haben.

6. Linke Christinnen und Christen denken und handeln aus globaler Perspektive ökumenisch: Soziale und ökologische Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle

„Die eigenen Güter nicht mit den Armen zu teilen, bedeutet, diese zu bestehlen und ihnen das Leben zu entziehen. Die Güter, die wir besitzen, gehören nicht uns, sondern ihnen.“ (Kirchenvater Johannes Chrysostomus, 4. Jh.)

Wir wissen, dass der Kapitalismus ein System struktureller Sünde ist. Deshalb stellen wir die Systemfrage aus der Perspektive der Armen, der Gedemütigten und an den Rand Gedrängten. Maßstab für Gerechtigkeit sind die Armen. Nie waren die Menschen in Deutschland, aber auch weltweit wohlhabender und reicher. Aber auch nie waren Elend und Hunger größer. Armut mitten im unermesslichen Reichtum, Armut trotz Arbeit, ein ausufernder Niedriglohnssektor

oder die zunehmende Prekarisierung der Arbeit sind ein Skandal, der nicht hingenommen werden darf. Gleichzeitig sehen wir einen um sich greifenden Prozess der Refeudalisierung der Reichen, die ihre Privilegien auch militärisch verteidigen. Es ist der Reichtum, der die Armut schafft. Deshalb setzten wir mit dem Papst der Wirtschaft ein vierfaches „Nein“ entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung; Nein zur neuen Vergötterung des Geldes; Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen; Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt.

Die ineinander verflochtenen Finanz-, Sozial-, Klima- und Umweltkrisen sind Ausdruck einer grundlegenden Krise des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Die ethische Krise ist die Leugnung des Vorrangs des Menschen und des Lebens. „Die Ehre Gottes ist der Mensch, der lebt.“ (Kirchenvater Irenäus von Lyon, 2. Jahrhundert) Gott wird dadurch geehrt, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist.

Deshalb treten wir linken Christinnen und Christen ein für die Schöpfung und den unbedingten Vorrang des Lebens, der Würde des Menschen und seiner Rechte.

7. Linke Christinnen und Christen halten die Friedensfrage, die soziale Frage und die ökologische Frage zusammen

„Wir anerkennen unsere Mitschuld an der Zerstörung der Ressourcen der Erde und deren Auswirkungen auf die verwundbaren Völker der südlichen Hemisphäre. Wir bemühen uns weiter um Vergebung und Wiedergutmachung durch praktisches Handeln und die Suche nach Lösungen, die die ökologische Zerstörung bekämpfen.“ (Ökumenischer Rat der Kirchen, São Paulo-Erklärung, 2012)

Das Imperium des Geldes sichert seine

Herrschaft mit militärischer Gewalt ab. Es schändet die Mutter Erde und zerstört durch seinen Wachstumswahn die Schöpfung. Leben in Überfluss für alle bedeutet nicht Konsumismus, sondern Achtung des Lebens und Verbundenheit mit der ganzen Schöpfung Gottes. Gott hat wie ein guter Ökonom die Erde reichlich ausgestattet. Es ist für alle genug da. Wir leben im Zentrum des Geldes nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer. Der Lebensstil in unserem Wohlfühlkapitalismus geht auf Kosten anderer. Diese Lebensweise ist imperial, weil sie unbegrenzt auf die weltweit vorhandenen Ressourcen und billige Arbeitskraft zugreift. Primark und KIK sind so billig, weil die Arbeiterinnen in Bangladesch den wahren Preis zahlen.

Deshalb kämpfen wir als linke Christinnen und Christen für ein anderes Konsum- und Wirtschaftsmodell.

8. Linke Christinnen und Christen haben eine Vision

„Man betrachte, welche Ehre Gott uns angetan hat, indem er uns mit einer solchen Aufgabe betraute! Ich, sagt er gleichsam, habe Himmel und Erde erschaffen; ich gebe auch dir Schöpferkraft: Mache die Erde zum Himmel! Du kannst es ja!“ (Kirchenvater Johannes Chrysostomos, 4. Jh.)

Wir beziehen unsere Kraft zur Utopie aus dem Reich Gottes: Eine Welt ohne Krieg, Zerstörung, Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung des Menschen ist uns verheißen. Wir sind berufen zur Mitarbeit am Reich Gottes und wollen, dass es möglich wird.

Deshalb bekräftigen wir linken Christinnen und Christen die Einsichten des konziiliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Ohne den Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Be-

wahrung der Schöpfung ist die Kirche nicht die Kirche Jesu.

9. Humanität, soziale und ökologische Gerechtigkeit im Erbe von Christen und der Linken.

„Solidarität meint, die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, wenn Arbeitsplätze fehlen, Land oder Wohnraum nicht zur Verfügung stehen, wenn Sozial- und Arbeitsrechte vorenthalten werden. Solidarität heißt, sich zu konfrontieren mit den zerstörerischen Auswirkungen des Imperiums des Geldes: Zwangsumsiedlungen, leidvolle Migration, Menschenhandel, Drogen, Krieg, Gewalt. Solidarität in ihrer tiefsten Bedeutung, meint eine bestimmte Art, Geschichte zu gestalten. Und das ist es, was die sozialen Bewegungen praktizieren.“ (Papst Franziskus)

Christ sein heißt, für eine andere, eine demokratische, gerechte und friedliche Welt für alle einzutreten. Mit den Gütern auf dieser Welt muss achtsam umgegangen werden. Sie müssen gerecht verteilt werden. Christen stehen für demokratische Verhältnisse auf der Welt ein, sie stehen für Frieden auf, stellen die Gerechtigkeitsfrage aus der Perspektive der Armen, der Gedeimigten und Kleingehaltenen und stellen die private

Verfügung über Land, öffentliche Güter und Produktionsmittel in Frage. Deshalb sind wir als linke Christinnen und Christen demokratische Sozialisten.

Linke Christen und die Linke verbindet ein gemeinsames Erbe der Humanität und Gerechtigkeit. Gemeinsam kämpfen sie gegen Habgier, soziale Ungerechtigkeit und Sozialabbau, gegen die Zerstörung des Planeten, gegen Egoismus, gegen neue Feindbilder und alle Erscheinungsformen von Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Sie treten ein für gewaltfreie Konfliktbewältigung auf allen Ebenen.

Deshalb kämpfen wir linken Christinnen und Christen für eine sozial und ökologisch gerechte Politik, die achtsam mit allen Bewohnern der Erde und den Gütern dieser Erde umgeht und Frieden schafft.

Die Erde gehört allen, die sie bewohnen und nicht denen, die sie zu einer Ware machen.

Beschlossen bei der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft LINKE CHRISTINEN UND CHRISTEN IN HESSEN am 7. Februar 2015 in Frankfurt/Main

Kontakt: benno.poertner@die-linke-hessen.de

Teil I

Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass*

Von Franz Segbers

Die Politik hat die Krise für beendet erklärt. Sie verweist auf gute Wirtschaftsdaten, die sinkende Arbeitslosenquote und die zunehmende Beschäftigung. Um es gleich zu sagen: Diese Krise

ist nicht vorbei, wenn die Politik ihr Ende erklärt. Sie ist vorbei, wenn Armut, die soziale Spaltung der Gesellschaft und prekäre Beschäftigung vorbei sind. Wir haben es mit einer Krise neuen Typs zu tun, auf die wir auch als Christinnen und Christen eine klare Antwort geben müssen, wenn wir

nach unserer Nachfolgepraxis fragen. Denn im Unterschied zu den Kirchen in der damaligen DDR, die sich immerhin fragte, was es heißt, „Kirche im Sozialismus“ zu sein, gibt es hierzulande auch mitten in der Großen Krise“ keinen Diskurs darüber, was es heißt, Kirche sein und Nachfolgepraxis angesichts des „befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“ – so Collin Crouch.

Der Kapitalismus befindet sich in einer Vielfachkrise, die seit Jahren anhält: eine Bankenkrise, eine Krise der Staatsfinanzen und eine Wirtschaftskrise und eine alles überlagernde Ökologiekrise. Dabei konnte die ökonomische und politische Klasse einen Überraschungscoup landen. Sie vermochte es, die Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umzudefinieren. Jetzt sind nicht mehr die Banken die Schuldigen, sondern der Staat und vor allem die Bürger, die über ihre Verhältnissen gelebt haben. Vergessen gemacht wurde, dass die Bankenrettung mit Abermilliarden nichts weniger als ein Staatsstreich war, der gegen die Regierungen und die Bevölkerung gerichtet war. Bei diesem Staatsstreich sind nicht Militärs aufmarschiert, sondern es wurde ein autoritäres Schuldenregime etabliert, das demokratisch legitimiertem Regierungshandeln jeden Spielraum nimmt.

1. Entdemokratisierung des Kapitalismus seit der Großen Krise 2008

Nach herrschender Meinung gehören Marktwirtschaft und Demokratie zusammen. Milton Friedmann war Berater Pinochets bei der neoliberalen Zerstörung Chiles und sprach trotz des von ihm gelobten Putsches in Chile über „Kapitalismus und Freiheit“ wie siamesische Zwillinge. Bundespräsident Joachim Gauck hatte jüngst bei seiner Jubiläumsrede der Walter-Eucken-Gesellschaft allein die Freiheit beschworen und dabei den anderen tragenden Grundpfeiler der

Sozialen Marktwirtschaft still beiseite geräumt. Die Soziale Marktwirtschaft hatte ein Nachkriegsversprechen: Nach dem Desaster des freien Kapitalismus und gegenüber dem Sozialismus hatte sie eine konzeptionelle Balance zwischen Freiheit und Gerechtigkeit versprochen. Doch nun konnte Gauck den Pfeiler „Gerechtigkeit“ beseitigen und die Freiheit rühmen. Er mokierte sich geradezu darüber, dass der Neoliberalismus unter Verdacht geraten sei und lobte das breite Spektrum des Liberalismus von Eucken bis hin zu Friedrich August von Hayek. Gauck entpuppt sich als Propagandist eines neoliberalen Freiheitsverständnisses, wenn er sagt: „Wie freiheitlich eine Wirtschaftsverfassung ist, bemisst sich am Ende nicht allein daran, was in den Geschäften zu kaufen ist, sondern daran, ob sie allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf ein selbstverantwortliches Leben eröffnet, ob sie möglichst vielen möglichst viele Optionen bietet.“ Nicht mehr „Wohlstand für alle“ wie bei Ludwig Erhard kann der Bürger erwarten, sondern nur noch „Chancen auf ein selbstverantwortliches Leben“.

Hier ist eine wichtige Unterscheidung angebracht: Die neoliberalen Herolde der Freiheit sind nicht unbedingt auch Demokraten im Sinne des von den demokratischen Volksbewegungen und der sozialistischen Arbeiterbewegung erkämpften modernen Staates. Für den von Gauck gelobten Hayek war die parlamentarische Demokratie eine „totalitäre“ Demokratie. Er wollte sie durch einen elitären „Rat der Weisen“ ersetzen. Für Hayek und andere Chefdenker des Neoliberalismus hat die Politik, genauer der Staat, nur eine Doppelaufgabe, das Privateigentum zu schützen und die Sicherheit der Tauschakte auf dem Markt zu garantieren.

Diese Freiheit ist nur die Freiheit des Marktes und seiner Akteure. Schon in den späten 90er Jahren hatte Pierre Bourdieu

mit dem Namen des Präsidenten der deutschen Bundesbank Tietmeyer eine Politik kritisiert, die sich den Bewegungen der Finanzmärkte unterwirft, den Sozialstaat abbaut und letztlich die Demokratie aushöhlt. Er nannte es „Modell Tietmeyer“. Vollmundig hatte dieser Tietmeyer auf dem World Economic Forum in Davos 1996 den versammelten Regierungschefs angedroht: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ (3.2.1996) Freiheit der Kapitalinteressen ist seitdem zum Programm geworden. Die Finanzkrise ist das Ergebnis genau einer solchen Politik der Unterwerfung unter die Finanzmärkte.

2. Wende zu einem autoritären Kapitalismus: Durchsetzung sozialstaatlicher Kürzungspolitik und Schuldenabbau

Unter dem Banner der Freiheit der Finanzmärkte ist der Kapitalismus entdemokratisiert worden. Dieser Prozess ist seit der Krise von 2008 weit vorangekommen. Angela Merkel fordert eine ungeniert eine „marktkonforme Demokratie“. Demokratie untersteht damit einer doppelten Verpflichtung – gegenüber ihren Wählern und den Finanzmärkten. Doch unter dieser doppelten Verpflichtung setzen sich die Finanzmarktakteure durch. Sie verlangen eine Politik, die ihren Interessen entspricht. Die Freiheit der Finanzmarkt-Akteure bedeutet eine Abkehr vom alten Demokratieverständnis. Der Staat ist nicht mehr allein seinen Bürgern gegenüber. Der demokratische Souverän ist abgelöst, und Politik wird allein den Finanzmärkten gegenüber rechenschaftspflichtig. Ist die Politik nicht finanzmarktkonform, dann wird ihr das Vertrauen der Finanzmärkte entzogen.

Auch wenn die geläufige Formel „mehr Markt und weniger Staat“ einen Rückzug des Staates unterstellt, hat er sich jedoch keineswegs zurückgezogen. Vielmehr wurden die Beziehungen zwischen Märkten und den Staaten neu strukturiert. Den Nationalstaaten kam die Aufgabe zu, regulatorische Regime bereitzustellen, die darauf ausgerichtet sind, die Kapitalbewegungen zu erleichtern und zu fördern. Die Gesamtheit dieser Prozesse führt zu einer Wende zu einem autoritären Kapitalismus, der den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und die Interessen der Finanzmarkt-Akteure zum einzigen Maßstab für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung erklärt und durchsetzt. Neue Staatsziele sind Wettbewerbsfähigkeit und Abbau der Schulden. Zur Anpassung der Politik an diese Sachzwänge gibt es keine Alternative. Basta! So der frühere Bundeskanzler Schröder.

Der Staat bekommt ein grandioses Comeback am Kranken- oder Totenbett des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Seine Rückkehr ist keine Rückkehr zum demokratischen Nachkriegskapitalismus, sondern eine Verstärkung der disziplinierenden Elemente des Staates. Der autoritäre Kapitalismus diszipliniert weniger durch politische Gewalt als vielmehr über die Steuerungsmechanismen und die Anpassungszwänge der Märkte. Dieser Anpassungszwang setzt sich bis zu den Beschäftigten und den Erwerbslosen durch, von denen erwartet wird, dass sie sich dem offen auftretenden autoritären Hartz IV-Regime, den Sanktionen und der Prekarisierung ihrer Arbeitsbedingungen ausliefern.

Um die Kernschmelze des Kapitalismus abzuwenden, leitete Präsident Obama eine der größten ökonomischen Staatsinterventionen ein, die es je in der amerikanischen Geschichte gegeben hatte. Ähnlich gilt auch für die Europäische Union: Die Staatsver-

schuldung im Verhältnis zum BIP stieg von 59 Prozent (2007) auf 80 Prozent (2010).

Das Krisen- und Schuldenmanagement in der EU hat für die Durchsetzung der Interessen einer kleinen geradezu neo-feudalen Finanzoligarchie ein autoritäres Wettbewerbs- und Kürzungsregime etabliert. Sie werden anonymisiert und „Märkte“ genannt, sind jedoch in Investmentbanken, Hedgefonds, Schattenbanken, Ratinagenturen greifbar. Aber hinter ihnen und in deren Dienst steht eine kleine Finanzelite. Sie ist die derzeit herrschende Weltmacht. Jüngst hat die englische Entwicklungshilfeorganisation Oxfam geradezu zynisch-obszöne neue Daten veröffentlicht:

- Ein Prozent der Bevölkerung verfügt über fast die Hälfte des weltweiten Reichtums.
- Dieses eine Prozent verfügt über so viel, wie die ganze ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
- Diese ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über genauso viel, wie die reichsten 85 Menschen haben.

Diese Reifeudalisierung wird politisch vorangetrieben. So stellt die führende US-Bank Goldman Sachs mittlerweile alle führenden Finanzpolitiker: Mario Draghi, der Präsident der EZB, der frühere griechische Präsident Papademos ebenso wie der frühere italienische Präsident Monti – beide übrigens ohne demokratische Wahlen an die Macht gekommen. Mit Draghi und Monti hatten zwei italienische Wirtschaftswissenschaftler Regierungsposten inne, die auch auf der Lohnliste der höchst umstrittenen US-Bank Goldman Sachs standen. Und es sei daran erinnert, dass es auch die Bank Goldman Sachs war, die Griechenland dabei geholfen haben soll, einen Teil seiner Staatsschulden zu verschleiern, um überhaupt in den Euroraum aufgenommen zu werden. Das „Handelsblatt“ nannte die Bestellung von Papademos zum griechischen Präsidenten einen

einen „stillen Putsch“ und sprach davon: nun „bekommen die Finanzmärkte, was sie wollen“. Die Überschuldung der Staaten ist das Vehikel, die Politik der Logik der Finanzmärkte zu unterwerfen.

Politisches Handeln ist auf das einzige Ziel ausgerichtet, das „Vertrauen der Finanzmärkte“ zu gewinnen. So hatte der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi im Wallstreet Journal 2012 angekündigt, dass das Sozialstaatsmodell ausgedient habe und nun oberstes Ziel sein müsse, das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herzustellen. „Vertrauen in die Finanzmärkte“ besteht dann, wenn die bisherige Politik der Vermögensvermehrung weiterhin als oberstes und einziges Ziel durchgesetzt wird. Dafür werden massive Angriffe auf Wohlfahrtsstaat und Demokratie, auf soziale und demokratische Rechte durchgesetzt und demokratische Spielregeln wie beim ESM-Vertrag ausgehebelt. Der neue autoritäre Sicherheitsstaat sichert die Interessen der Kapitalfraktion durch Schuldenbremsen, Fiskalpakte, EU-Spardiktate sowie Forderungen nach tiefen Einschnitten im Sozialen und dem Abbau hart erkämpfter Arbeitnehmerrechte. Es findet ein Verteilungskonflikt zwischen Rentnern und Rentiers statt, bei dem es darum geht, welche Ansprüche Vorrang haben: Die Ansprüche der Bürger oder die der Kreditgeber. Der Sozialabbau dient dem Zweck, den Kreditgebern ihr Geld samt Zinsen zurückzugeben.

Wie die lateinamerikanischen Staaten in der Schuldenkrise zu autoritären Sicherheitsstaaten umgebaut wurden, so nun auch die demokratischen und sozialstaatlichen Rechtsstaaten in Europa zu Sicherheitsstaaten: sie sollen sicherstellen, daß alles Regierungshandeln sich dem Abbau von Schulden unterzuordnet. Die Finanzmärkte können dann ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit unbehelligt von fixierten Staatsaufgaben

exekutieren. Für den Schuldenstaat ist Schuldenabbau keineswegs ein Oberziel, sondern nur ein Mittel zur Etablierung eines autoritäres neoliberalen Regimes. Die Durchsetzung sozialstaatlicher Kürzungspolitik und Schuldenabbau werden zur obersten Aufgabe der Politik.

Schuldenrückzahlung bekommt dabei den Rang eines Menschenrechts. Das meint jedenfalls ein Hedgefonds, der laut der New York Times vom 19. Januar 2012, gegen den Teilschuldenerlass beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg mit der Begründung klagt, dass die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden. Einer der Beschwerdeführenden Investoren wird in der New York Times zitiert: „What Europe is forgetting is that there needs to be respect for contract right.“ Die Vertragsrechte, die die Rückzahlung der Schulden regeln, stehen hier im Rang eines Menschenrechts.

3. Aus Schulden werden Krisen

Was heißt überhaupt Schuldenkrise? Schulden sind Guthaben der Gläubiger. Schulden und Guthaben sind die zwei Seiten einer Medaille. Beide Partner, Gläubiger und Schuldner verfolgen ihren Vorteil. Wird nun die Bedienung der Schulden zweifelhaft, hat der Investor ein Problem. Die Investoren haben keine realen Guthaben. Ihr Guthaben ist ein Anspruch, den sie bei den Gläubigern haben und deshalb auch zunächst nur ein fiktives Guthaben, das allein durch Schuldenrückzahlung zu einem realen Guthaben werden kann. Bekommt Griechenland einen neuen Kredit? Zu welchem Zinssatz? Geld wird verliehen, damit es mit Zinsen vermehrt zurückkommt. Doch wie kann man die Bedienung und Tilgung von Schulden sichern? Das Problem bei Staatsschulden lässt sich leicht illustrieren: Wenn Sie ein Haus kaufen, dann wird es von der Bank, wo sie den Kredit beantragen, mit einer Hypothek be-

liehen. Das Haus gehört der Bank als Sicherheit. Doch bei der Staatsverschuldung gibt es solche Sicherheiten für Hypotheken nicht. Deshalb kommen jetzt Macht und sogar Gewalt ins Spiel.

In der Finanzkrise werden private Schulden und Geldansprüche der Vermögenden in öffentliche Schulden umgewandelt. Aus Staatsbürgern werden „verschuldete Menschen“, die für die Staatsverschuldung haftbar gemacht werden. „Der ‚verschuldete Mensch‘ ist dem Machtverhältnis Gläubiger-Schuldner unterworfen und wird sein ganzes Leben lang von ihm begleitet, von der Geburt bis zum Tod.“¹ Alle sind in der einen oder anderen Weise, ob als Konsument bei einem Wohnungs- oder Autokauf oder als Bürger, verschuldet, denn es gibt im Schuldenstaat kein Jenseits eines Universums der Verschuldung.

Die überschuldeten Nationalstaaten werden zu Protektoraten des Finanzkapitalismus. Eine Troika aus EU, Weltbank und EZB setzen dabei deren Interessen durch. Ein Blick nach Griechenland zeigt, wie unerbittlich ein Land in bittere Armut gestürzt wird, nur damit die Schulden bezahlt werden, genauer gesagt: Das Vermögen sich mehren kann. In Griechenland breiten sich weiter Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne wurden um 22 Prozent abgesenkt, das Gesundheitswesen zurückgefahren. Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die Arbeitslosigkeit beträgt 33 Prozent, bei den jungen Arbeitnehmern bei über 60 Prozent. Angestellte bekommen ihr Gehalt nicht. Patienten werden nur noch gegen Bares behandelt. Jeder vierte ist arbeitslos. Die EU schreckt nicht einmal davor zurück, in bestehende Gesetze wie Tarifverträge einzugreifen. Unter dem Vorwand der Anti-Krisenpolitik werden Löhne gekürzt und Gewerkschaftsrechte eingeschränkt werden.

Die Troika scheut nicht vor Angriffen auf die Gewerkschaften und Tarifautonomie zurück. Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Elend sind nach Europa zurückgekehrt. Der Work Report des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat im Jahr 2013 darauf hingewiesen, dass sich in 27 Mitgliedsländern der EU weltweit das höchste Potenzial für soziale Unruhen konzentriert.

Die vielen Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als zur Sicherstellung der Interessen von Finanzinvestoren. 90 Prozent der Schuldtitel lagen vor 2010 bei Banken, Hedgefonds und anderen privaten Gläubigern. Ab 2010 bekam Griechenland Hilfskredite in Höhe von knapp 188 Milliarden Euro vom EU-Rettungsschirm und dem Internationalen Währungsfonds ausgezahlt. Und währenddessen kam es im Jahr 2012 zu einer großen Umwandlung: 2012 befinden sich nur noch rund 10 Prozent der Gesamtschulden – in den Händen von privaten Gläubigern. Für 90 Prozent der ehemals privaten Schuldtitel garantieren oder haften jetzt – direkt oder indirekt – die europäischen Steuerzahlerinnen und -zahler. Banken, Hedgefonds und andere private Gläubiger, die sich einst aus freien Stücken zum Kauf von griechischen Staatsschulden entschlossen und lange Zeit daran gut verdient hatten, konnten sich binnen knapp zwei Jahren fast vollständig aus dem Staub machen.

Mit der Umdeutung der Finanzkrise in eine Schuldenkrise wurden die Bürger schuldig, weil sie Schulden gemacht haben. Die Bürger sollen jetzt zahlen mit Kürzungen von Sozialleistungen, Sparpaketen und Schuldenbremsen. Doch das wird mit wohlklingenden Begriffen wie Stabilisierung des Euro, Rettungsschirmen, Fiskalpakt, Schuldenbremse vertuscht. Gerettet werden allein die Gut-

haben der jetzigen und künftigen Gläubiger zu Lasten der Allgemeinheit.

Mit der Krise seit 2008 wurde eine neue Phase in der Entwicklung des neoliberalen Hegemoniezyklus eröffnet. Die Banken nehmen mit ihren Problemen jetzt ganz Europa in Geiselhaut von Irland, Island bis Griechenland. Es begann mit den Schieflogen deutscher Banken und Kundenschlangen vor der britischen Bank Northern Rock, dann ging mit Island fast ein ganzes Land unter. Anschließend griff die Krise auf die Banken in Irland, Lettland, Holland, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich auf Griechenland und Spanien über. Die Banker hinterlassen eine Blutspur durch ganz Europa. Die Steuerzahler gaben für Rettungsschirme, Hilfen oder Garantien an die Banken 1,6 Billionen ab: jeder einzelne Deutsche ist durch die Bankenkrise mit 20.000 Euro verschuldet – etwa zwei Drittel eines durchschnittlichen Jahreslohns. Oder als müsste jeder Deutsche, ob Kleinrentner oder Milliardär, ein Drittel seines Geldvermögens abgeben. Griechenland und die Bürger Europas stecken in einer modernen Form der Schuldknechtschaft des autoritären Kapitalismus.

Die Attacke des Finanzsektors bedroht nicht nur Griechenland oder Zypern oder Spanien. Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, die für eine Umstrukturierung des Kapitalismus und des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus genutzt wird. Der Schuldenabbau ist ein Modus im Klassenkampf der Vermögenden. Der US Milliardär Warren Buffet spricht klar aus, worum es geht: „Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht.“ Die Verschuldung der Staaten ist kein Naturereignis sondern Ergebnis neoliberaler Politik. Der Staat betreibt eine Politik, die es den vermögenden Klassen erlaubt, privates Überschusskapital zu bilden, das ren-

diteträchtige Anlagen beispielsweise in Staatsanlagen sucht. Der Staat wiederum braucht Kapital, das er nicht über Steuern einzieht, sondern als Kredit bei den Vermögenden, die zuvor steuerlich entlastet worden sind, aufnimmt. Damit verewigt der Schuldenstaat die soziale Ungleichheit und die Macht der Vermögenden.

Fortsetzung folgt

1 Lazzarato, Maurizio, *Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben*, Hamburg 2012, 35, 43f.

*Vortrag in Münster, 2.8.2014

Dr. theol. Franz Segbers, geb. 1949
Professor em., studierte kath. und ev. Theologie sowie Sozialwissenschaften, war Betriebsseel-

sorger und Dozent an der Ev. Sozialakademie Friedewald, Referent für Arbeit, Ethik und Sozialpolitik beim Diakonischen Werk Hessen und Nassau, bis 2014 Professor für Sozialethik in Marburg; Gastprofessor auf den Philippinen.

Neueste Bücher: *Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik*, Butzon & Bercker, Kevelaer, Neukirchen-Vluyn 2015; *Mit Simon Wiesgickl (Hg.): „Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus). Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus*, Hamburg 2015



Frank Segbers

Vom richtigen Leben im Falschen*

Von Bärbel von Wartenberg-Potter

1 Ein Wort der Hebräischen Bibel (des Alten Testaments), des Neuen Testaments und auch des Koran wölbt sich wie das Firmament über alles Geschaffene: das Wort *Gerechtigkeit Gottes – sedaka*. Unter diesem Firmament kann alles Leben wachsen und gedeihen und sich entfalten; da ist Liebe und Verzeihen. Da gibt es Brot und Frieden und Gerechtigkeit – für alle.

Gott selbst kommt in Gestalt der Gerechtigkeit zu den Menschen, reine unverfälschte Gerechtigkeit. Gottes Gegenwart fließt in die Beziehungen zwischen Gott und Mensch, in die Beziehung zwischen den Menschen, zwischen Menschen und Tieren, ja allem Geschaffenen: (Hier in Stuttgart gilt das auch für die Stuttgarter(innen) und den Juchtenkäfer.)

Wie denn können wir in einer Welt voller Unrecht gerecht – also Gottgefällig – leben? Wie können wir einander gerecht werden?

Gerechtigkeit – sedaka – das ist nicht die Frau mit den verbundenen Augen, die nichts sieht. Im Gegenteil: sie sieht, besser als wir, die Not und das Unrecht um uns her, sieht, wie die Lebensrechte von Menschen, Tieren, ja der Erde selbst beschnitten werden durch unmäßige menschliche Lebensweise, Selbstsucht, Gier, Hass und Gewalt. Gerecht leben heißt gemäß der Bibel: „in gerechten Beziehungen leben“, zu Gott, zu den Mitmenschen und den Mitgeschöpfen.

Von dieser Gerechtigkeit erzählt die Geschichte, die wir gerade gehört haben.

Sie erzählt nicht von einem unehrlichen und gerissenen Verwalter. So wurde sie uns oft ausgelegt.

Wir lesen sie heute einmal nicht aus der Perspektive des Großgrundbesitzers, für den sein Eigentum das Höchste ist. Wir lesen sie mit den Augen des in die Klemme geratenen Verwalters. Und mit den Augen der überschuldeten Pächter, für die bei Zahlungsunfähigkeit die Schuld-Sklaverei droht, auch für Frauen und Kinder. Wir versuchen, wie Jesus selbst, die Geschichte mit den Augen der Armen und Bedrückten anzusehen.

Für Jesus waren Gottes Weisungen niemals nur für das persönliche Leben gültig, sondern gerade auch für das ökonomische Leben, unter dem viele Menschen leiden. Ganz oft spielt das Ökonomische eine wichtige Rolle in seinen Parabeln, etwa wenn er vom rabiaten Schalksknecht spricht, der seine eigenen Schuldner erbarmungslos würgt, vom reichen Kornbauern, der nicht weiß, wohin mit dem wachsenden Reichtum, vom reichen Jüngling, der keinen Weg zu Jesus findet. *Jesus fragt nach den inneren Antriebskräften des ökonomischen Handelns, der inneren Logik, dem „logos tes oikonomias“ (V. 2).*

Unter der römischen Kolonialmacht zur Zeit Jesu funktionierte die Sache so:

Es gab Großgrundbesitzer, die viel Land geerbt, gekauft, kolonial in Besitz genommen, oder sich von verschuldeten Bauern angeeignet hatten. Sie wohnten meist in den großen Städten oder gar im Ausland und kamen einmal im Jahr, um sich bei ihrem Verwalter den Gewinn abzuholen, der von den Sklaven, den Pächtern oder Kleinbauern erwirtschaftet worden war. Das konnte bis zu 50% des Ertrages sein. Der Verwalter hatte alle Vollmacht, die Procura über alles, konnte auch Schuldverschreibungen legal ändern. Missernten, Dürre, Krankheiten oder auch Misswirtschaft konnten die Erträge allerdings mindern. Dann war der reiche Mann nicht zufrieden und drohte, wie in unserer Geschichte, dem Verwalter mit dem Rauswurf.

Zwischen dem Verwalter und den Päch-

tern vor Ort konnte es durchaus gute geschäftliche Beziehungen geben. Dazu gehörte, dass man sich gegenseitig respektierte, sich gegenseitig in bestimmtem Rahmen Gastfreundschaft und Beistand gewährte. Darauf setzt nun auch der in die Klemme geratene Manager: „Wenn ich entlassen werde, könnten sie mich in ihre Häuser aufnehmen.“ Als „Kind der Welt“ ist er klug, ja clever („phronimos“) und sucht einen möglichen Ausweg aus seiner existentiellen Krise.

So weit erst einmal die Geschichte.

Einspruch – höre ich manche Leute sagen: die Religion hat weder mit der Ökonomie noch mit der Politik etwas zu tun. Das muss man auseinander halten.

Sagen die Religionen wirklich nichts über die Ökonomie – die wichtigste Grundlage unseres täglichen Lebens? Nichts über Umgang mit dem Land, Besitz, Löhnen, Verschuldung, Gewinn und den Geist der Ökonomie („logos tes oekonomias“)?

2. Zurück zu unserem Verwalter in seiner misslichen Lage. Wie kann er der Entlassung entgehen? Da erinnert er sich an eine alte religiöse Tradition.

Er geht zu dem ersten Menschen, der ihm 100 Fass Öl schuldet. „Schreibe 50 auf den Schuldschein.“ Der zweite schuldet hundert Fuhren Weizen. „Schreibe 80.“ Das darf er tun. Er ist kein Unkundenfälscher. Er vollzieht einen Schuldenerlass. Und es sind beträchtliche Schulden. Sie entsprechen, (so haben es Sozialwissenschaftler ausgerechnet), der Pachtsumme von etwa 7 Jahren.

Jesus lobt diesen Verwalter, weil er klug, schlau („phronimos“) handelt. Nicht nur klug im Blick auf die eigene Haut. Er hat die alte Tradition der Hebräischen Bibel noch im Kopf, die aber spätestens unter römischen Verhältnissen undurchführbar geworden

waren: *den Schulden-Erlass des Sabbatjahrs*. Im siebten Jahr sollen alle Schulden erlassen und jeder wieder zu seinem Land kommen, heißt es im 5. Buche Mose (Dtn 15,1–11, Lev 25). Denn das Land gehört Gott. (Psalm 24,1) Der Schuldenerlass im Sabbatjahr ist das wichtigste Gegeninstrument *gegen* Verschuldung und *für* lebensdienliche Verhältnisse. JedeR darf noch einmal neu anfangen.

Die Tradition des Schuldenerlasses aber war zu der Zeit Jesu abhanden gekommen. Unter dem Einfluss expandierender Geschäfte im Römischen Reich waren Neuregelungen geschaffen worden: der Gläubiger konnte einen Zusatz in den Schuldschein schreiben, dass er jederzeit die Schuld einfordern kann. So wurde der Schuldenerlass des Sabbatjahres umgangen.

(Dieser Vorgang wurde „Prosbul“ genannt. Rabbi Hillel, der von 30 v.Ch. bis 9 n.Ch. lebte, hatte ihn mit ausgearbeitet, weil die überschuldeten Kleinbauern und Pächter im 6. Jahr des Sabbat-Kreises an keine Kredite mehr herankamen. (dazu Im Ganzen: Franz Segbers, „Sich Freunde machen mit dem Mammon der Ungerechtigkeit.“ Eine Relecture des Gleichnisses vom „gerissenen Verwalter“ im Kontext der Finanzkrise: Lk 16,1-14, in: Gott ist anders: Gleichnisse neu gelesen auf der Basis der Auslegung von Luise Schottroff, Marlene Crüsemann, Claudia Janssen H., Gütersloh – 2014, S. 107-121, S. 115). Die Handlung des Verwalters war „eine subversive Aktion“ (ibid., S. 117). Jesus lobt sie, weil der Verwalter durch seine Klugheit dem inneren Geist („logos tes oconomias“) des Sabbat-Jahres gefolgt ist und nicht, wie zu erwarten, den Gewinninteressen seines reichen Großgrundbesitzers. In einem System der Ungerechtigkeit stellt er das Recht der Pächter wieder her. „Aus der Sicht der Großgrundbesitzer war die Aktion ohne Zweifel ein Betrug an ihrem

Eigentumsrecht, aus der Sicht der Pächter aber wurde ihre Ausbeutung durch die Wiedereinsetzung eines religiösen Rechtes beendet ... Innerhalb eines korrupten Systems ... verschafft der Verwalter dem Recht der überschuldeten Pächter auf einen Schuldenerlass wieder Geltung.“ (ibid.)

Was hat diese Geschichte mit unserer heutigen Zeit zu tun? Heute halten 0,2% der Weltbevölkerung die Hälfte des weltweit börsennotierten Kapitals. (ibid., S. 110)

Diese reichen Männer und Frauen zögern nicht, ihre Manager und Bankvorstände zu feuern, wenn sie die Kapitalvermehrung nicht zu ihrer Zufriedenheit voranbringen. Deshalb geben die Manager nun ihrerseits (auch wegen des „Bonus“) den Druck an die Unternehmer weiter, die Kosten, Steuern, Löhne, soziale und ökologische Standards zu senken, um die Rendite-Erwartungen zu erfüllen. (ibid., S. 112) (Siemens entlässt gerade 5000 Mitarbeitende.) Die Zeche zahlen besonders die Unter- und Mittelschichten, wie wir an den Menschen z.B. in Griechenland, Spanien, Portugal und bei uns sehen können. Ganz zu schweigen von den armen Entwicklungsländern, die völlig in der Hand großer Finanzinstitutionen sind.

Jesus lobt den Verwalter. Er macht sich Freunde mit dem ungerechten Mammon. Und rettet dabei seine eigene Haut. Nicht alles, was wir tun, muss total uneigennützig sein. Er ist ein „Kind der Welt“, aber noch immer einer, der dem allein an Gewinn und Wachstumsideologie orientierten Geist der Ökonomie nicht völlig erlegen ist. Seine Menschlichkeit ist noch nicht zerstört.

Für uns stellt sich die Frage: Kann man sich innerhalb eines ungerechten Systems gerecht verhalten? Kann man wahres Leben im Falschen leben?

3. Zum Schluss erzähle ich Ihnen eine wahre Geschichte aus den 1960er Jahren. Es geht um einen Schuhfabrikanten einer

mittelgroßen Schuhfabrik, der sich in den Zeiten, als billige Schuhe aus Portugal und Italien den deutschen Markt überschwemmten, gegen diese Billig-Konkurrenz wehren musste.

Sein Geschäft war in Gefahr. Er verbrachte Wochen und Monate des Hoffens, Bangens und Verzweifeln. Die Kinder und die Frau saßen mit angstvollen Schmerzen am Mittagstisch. Man konnte zusehen, wie dieser Mann zerbrach. Und auch seine Familie. Dabei hatte er immer ein guter Unternehmer und ein guter Christ sein wollen. Aber die zwei passten einfach nicht zusammen. Er war nicht gerissen genug.

Dann hat er „Bankrott gemacht“, heute euphemistisch: Insolvenz. Obwohl dieses Unglück ganz klar strukturelle Gründe hatte, die Veränderung des Marktgeschehens, sparte der Mann nicht mit Selbstzweifeln und Selbstvorwürfen über sein Versagen und wollte von der strukturellen Ursachenkette der gnadenlosen Marktlogik nichts hören.

Eine seiner Töchter stand mitten im Studium, das jetzt nicht mehr zu bezahlen war. Abbrechen hieß das. Aus der Traum.

Mitten in diesem Unglück kam ein gerechter Mensch des Weges. Eine Freundin der Tochter, auch nicht gerade reich, bot ihr ihre Ersparnisse an mit den Worten: „Du kannst das Geld nehmen und damit Dein Studium beenden. Du brauchst mir keine Zinsen zu bezahlen. Wenn Du irgendwann einmal in der Lage bist, kannst Du es mir zurückzahlen. Wenn nicht, ist es auch gut.“

Ich habe es genommen. Ich habe mein Studium beendet. Ich habe es später zurückgezahlt.

„Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon.“ Dieses Geld war gerechtes Geld. Es hat Leben ermöglicht. Eine Art Schuldenerlass als Vorauszahlung. Das habe ich nie vergessen.

Wir haben diese Geschichte gehört. Wir

können uns entscheiden, dem ungerechten System, in dem wir so gut leben, Gerechtigkeit abzutrotzen, individuell oder strukturell. (TTIP) Dem müssen und können auch gemeinsame interreligiöse und auch subversive Aktionen dienen. Man kann es immer versuchen, innerhalb eines strukturell ungerechten Systems, nicht dem Mammon zu dienen, sondern Gott. Es gibt keine einfachen Lösungen.

Lesen wir also biblische Geschichte ... damit wir klug werden.

**Bibelarbeit über Luk 16,1–13 am 4. Juni 2015 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart*

Bärbel von Wartenberg-Potter
**16. September*
1943 in Pirmasens
Studium der Germanistik und Theologie
1970–74 „Aktion Missio“ und „Dienst für Mission und Ökumene“ der Württembergischen Landeskirche

1977–1980 Studienleiterin im „Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit“ (ZEB), Stuttgart
1980–85 Direktorin der Abteilung „Frau in Kirche und Gesellschaft“ des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) Genf, Schweiz
1985–1990 Dozentin am „Vereinigten Theologischen College“ der Universität der Westindischen Inseln und Universitätspfarrerin, Kingston, Jamaika
1991–1997 Gemeindepfarramt in Stuttgart-Botnang
1997–2001 Geschäftsführerin der Arbeitsge-



Bärbel von Wartenberg-Potter

meinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

2001–2008 Bischöfin der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche für den Sprengel Holstein Lübeck

Zahlreiche Veröffentlichungen zu biblischen Texten, Feministische Theologie, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Spiritualität, u.a. Vorsitzende des Kuratoriums des „Instituts für Theologische Zoologie“ (seit 2009).

Vorsitz der „Kommission für Theologische Ausbildung“ beim Evangelischen Missionswerk in Deutschland, Schutzherrin des Vereins „Verwaiste Eltern“ Schleswig Holstein

1985–2015 Ehe mit Philip Potter, ehem. Generalsekretär des Weltkirchenrates in Genf (19.8.1921–31.3.2015)

Frieden, Kirche und Völkerwelt

*Texte der und Thesen zur Friedensansprache Dietrich Bonhoeffers, 28. August 1934 auf Fanö, Dänemark**

Von Dieter Stork

Einführung

Am 28. August 1934 hielt der Pastor und Theologe Dietrich Bonhoeffer auf einem Ökumenischen Kongress auf der Insel Fanö eine Andacht, die hier aufgenommen und in Korrespondenz zur Friedensfrage heute gesetzt wird. Bonhoeffer hielt diese Rede vor dem Gremium des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen und der Sektion Work and Life, der ein Jugendkongress angegliedert war, dessen Teilnehmer ebenfalls in die Zuhörerschaft der Fanö-Konferenz integriert waren. Bonhoeffer war Konferenzteilnehmer der Weltbundtagung wie auch Leiter des angegliederten Jugendkongresses. Dietrich Bonhoeffer wurde am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg, Bayern, von den Nationalsozialisten ermordet, also vor 70 Jahren, vier Wochen vor Kriegsende.

Im Gedenken an den das Kriegsende vor 70 Jahren am 8. Mai 1945 war es sinnvoll, an die Fanö-Rede Dietrich Bonhoeffers aus

dem Jahre 1934 zu erinnern und dabei Beziehungen zur Situation heute herzustellen. Ich beziehe mich auf Dietrich Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, Band 1, Ökumene, Briefe, Aufsätze, Dokumente 1928-1942, München 1978, S. 216–219. Dort ist Bonhoeffers Rede wiedergegeben. Die Rede hat die Überschrift „Kirche und Völkerrecht, englische Fassung S. 447ff. Die Rede Bonhoeffers, die ich als gekürztes Konzept zitiere, wird erläutert und kommentiert und zu unserer heutigen Situation in Beziehung gesetzt. Es werden 8 Positionen der Bonhoeffer-Rede hervorgehoben.

Mit Datum vom 18. Mai 2015 füge ich der Darstellung eine Nachbesinnung zum Thema „Bonhoeffer und Pazifismus“ an, die beim Treffen des Bonhoeffer-Arbeitskreises am 8. Mai 2015 in Bad Salzuflen anklang, aber aus Zeitgründen nicht ausdiskutiert werden konnte. Vielleicht ist diese Weiterführung hilfreich für weitere Gespräche über Bonhoeffers und unseren notwendigen Pazifismus. In der Nachbesinnung beziehe ich mich auf Eberhard Bethge: Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, München 1986; Josef Ackermann: Dietrich Bonhoeffer, eine Biographie, Freiheit hat offenen Augen; Renate Wind: Dem Rad in die Speichen fallen, Wein-

heim und Basel 1998; Eric Metaxas: Bonhoeffer, Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet, Holzgerlingen, 2011; Theo Christiansen: Artikel Pazifismus, in: Junge Kirche 1/15, S. 47–49.

Der Text der Rede, stichwortartig wiedergegeben und kommentiert

Psalm 85,9 ist die Grundlage der Ansprache Bonhoeffers: „Könnte ich doch hören, was Gott der Herr redet, dass er Frieden zusagt seinem Volk und seinen Heiligen, damit sie nicht in Torheit geraten“.

Das Gebet erfleht konkret Frieden, nicht etwa nur den Herzensfrieden, den Frieden in der Familie usw. Hier ist der Frieden des Volkes gemeint, ein Völkerfrieden. Der Psalm ist da eindeutig.

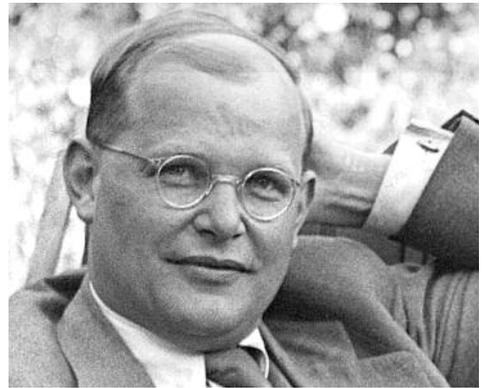
Bonhoeffer benennt die politische Situation von 1934: Die Ökumenefrage „zwischen Nationalismus und Internationalismus... nach den Geboten Gottes“. Die Gebote seien „als bindendes Gebot Gottes zu vernehmen und nicht als offene Fragen zu diskutieren“. Gegenüber dem Gottesgebot gebe es zwei Verhaltensweisen, legt Bonhoeffer dar, gehorsam zu sein, hinzuhören und entsprechend zu handeln oder aber scheinheilige Fragen zu stellen: „Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben, wir sollten wohl vom Frieden reden aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber doch Tanks und Giftgas bereitstellen ... Sollte Gott etwa gesagt haben: Du sollst dein Volk nicht schützen?“

Derartige Fragen sind aktuell. Sie werden rasch zu Betonquadern, mit denen wir unser Gewissen zumauern. Kriege kämen über die Welt wie Naturgesetze – und da sei nichts zu machen?

Bonhoeffer macht aufmerksam, die Kirche Jesu Christi lebe „zugleich in allen Völkern und doch jenseits aller Grenzen völkischer,

politischer, sozialer, rassistischer Art. Die Brüder (und Schwestern, d. V.) dieser Kirche sind durch das Gebot des einen Herrn Christus, auf das sie hören, unzertrennlicher verbunden als alle Bande der Geschichte, des Blutes, der Klassen, und der Sprachen Menschen binden können“.

Übertragen auf unsere Situation heißt das: Ein etwaiges Recht, Kriege zu führen, ist nicht akzeptabel. Die modernen Kriege sind schrecklich, menschenverachtend, menschenvernichtend, nicht etwa nur wegen der Durchschlagskraft moderner Waffen, die ver-



Dietrich Bonhoeffer

heerende Wirkungen zeigen. Die schärfste Menschenverachtung kommt aus der Ideologie, der andere sei mein Feind – und zu vernichten! Jeder Mensch ist das Ebenbild Gottes, wie es die Bibel proklamiert (Gen 1,26f.). Zu Recht betrauern wir mit offizieller Staatstrauer die 150 Toten des Selbstmordanschlages in den Alpen. Von den 50 000 Toten, die nach einer Meldung deutscher Geheimdienste Nachrichtendienstes der Ukrainekrieg bisher hervorgebracht hat, schweigen wir. Die Zahlen sind unsicher. Gestern nannte ein Kommentator im Fernsehen die Zahl von 7000 Toten im Ukraine Konflikt. Auch diese Zahl, das wären zuviel Tote! Haben

wir den europäischen Frieden aufgeben? Beziehen wir Kriegstote irgendwie als selbstverständlich ein?

Dietrich Bonhoeffer erklärt, die Menschen können nicht die Waffen gegeneinander richten, „weil sie wissen, dass sie damit die Waffen auf Christus selbst richten“, der doch Frieden gebiete.

Rassismus und Gewalt nehmen zu, sie sind Produkte unseres eigenen geheimen Denkens. Die einen, also wir, seien besser als die anderen, darum müssten wir uns auch, wenn es sein muss, mit Gewalt durchsetzen. Das sei unser gutes, gesundes Recht. Tote seien nicht zu vermeiden! Begriffe wie Vergebung, Versöhnung, Deeskalation sind unpopulär. Wir können es uns nicht vorstellen, dass derartige Spielregeln eine größere Wirkung hätten als Gewaltbereitschaft und Krieg. Was zählt ein Menschenleben? So lassen wir uns auf eine Zukunft der Gewalttaten einstimmen, helfen mit bei dieser Umstimmung der Bevölkerung, von Kindesbeinen an. Wie hoch ist der Prozentsatz an Waffentechnik im Spielzeugbereich?

„Wie wird Friede“, fragt Bonhoeffer, „durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? d.h. durch Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedlichen Aufrüstung zum Zweck der Sicherung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Frieden ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt, Misstrauen haben und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg. Sicherheiten suchen heißt, sich selber schützen wollen, Frieden heißt, sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes.“ Das

sind entscheidende Gedanken. Man solle Gott die Völkergeschichte in die Hand legen „und nicht selbstsüchtig über sie verfügen wollen“.

Was bei Bonhoeffer nach Schwärmerei klingt, meint in unserem Zeitalter die feste Bindung an Friedens- und Abrüstungseinstellungen, an internationale Konferenzen, friedenschaffende Gremien. Im Augenblick, da Personen, Völker und Gesellschaften von Friedensgremien ausgeschlossen werden oder diese auch freiwillig verlassen, wird das wichtigste Mittel, das Gespräch miteinander zum Frieden hin, sabotiert. Die Mittel der sogenannten Friedenssicherung, die übrig bleiben, die Bonhoeffer auch benennt, Aufrüstung und (Grenz)Sicherung, sind untauglich zum Frieden, sind eher Drogen, die wir zu uns nehmen und uns so auf den nächsten Krieg einstimmen. Die Deeskalation wird resignierend aufgegeben, ehe sie beginnt? Eskalation dagegen greift auf allen Gebieten um sich: „Wir müssen uns schützen und unsere Grenzen sichern!“ Dieses Sicherheitsdenken leitet mit Sicherheit in den nächsten Krieg über, auf Dauer gesehen. Nochmals, Gott die Dinge in die Hand zu geben, meint nicht etwa die Religion als ein Narkotikum. Höchste Aktivität ist zu entfalten, Frieden zu erwirken, Frieden zu tun, aus Gott, aus biblischen Grundsätzen.

Wie Kämpfe gewonnen würden, fragt Bonhoeffer: „Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen“, legt er dar, „sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt.“

Nochmals religiöse Schwärmerei? Diese steilen theologischen Behauptungen Bonhoeffers klingen tatsächlich so! Aber ehe ich sie als Blödsinn aburteile, möchte ich nachdenken! Ich denke an die Kriege der letzten hundert Jahre und stelle vier Beobachtungen zusammen.

Erstens, alle diese Kriege waren und sind

zukunftszerstörend, ohne Ausnahme. Die Kriegsleiden sind unermesslich. Ein Menschenleben zählt wie Dreck, ganze Völker bringen sich gegeneinander um, Gesellschaften, Religionsgemeinschaften. Da ist es menschenverachtend, zynisch, zu sagen, die Weltgeschichte ginge nun einmal nicht ohne Kriege ab. Wir müssen Kriege schon um unser selbst willen verhindern.

Zweitens: Das Leid, das diese Kriege schaffen, kriecht in die Zukunft hinein, vergiftet das Leben unserer Enkel, und nicht nur der unsrigen. Nochmals, wir müssen alles daransetzen, dass Kriege nicht passieren.

Drittens: Für mich ist das Wort Gott im obigen Zusammenhang ein Synonym, eine Zusammenfassung aller bitter notwendigen menschlichen Antikriegsanstrengung. Dieser Gott befahl schließlich: „Du sollst nicht töten!“ Verdeutliche ich also das oben gebrauchte Wort Gott durch Begriffe wie Vernunft und Gewissen, Versöhnungsbereitschaft, Neuanfang und das Teilen der Güter, bringe ich also das religiöse Bild auf die Ebene der menschlichen Ratio, bekommt die Aufforderung Bonhoeffers, auf Gott zu setzen, eine ziemliche Dynamik. Europa lässt sich nicht durch mehr Flugzeuge, Panzer und Soldaten retten, sondern allein durch vernunftgemäßes versöhnendes Handeln, durch Friedenswillen, den wir, die Menschengemeinschaften, leidenschaftlich vertreten und mit unendlicher Geduld durchsetzen sollen, weil nichts anderes dauerhaften Frieden stiften wird.

Viertens: auch wenn es ans Kreuz ginge, also wenn der pazifistische Weg zu scheitern drohe, solle man pazifistisch bleiben? Was meint Bonhoeffer mit dem Hinweis auf die Kreuzigung? Gemeint ist auf keinen Fall die Herausforderung zu einem wilden Märtyrertum. Jedoch wird die Spielregel „Wie du mir, so ich dir!“ aufgehoben. Das berühmte Bild Jesu von der rechten und der linken Wange meint ja nicht, dass ich mich selbst

zum Masochisten degradiere. Aber doch dies: „Ich lasse mich von dir nicht provozieren. Wenn du zur Gewalt greifst, muss ich das noch lange nicht tun! Lass uns aufhören mit dem Streit, dem Krieg! Ich jedenfalls werde mich nicht entwürdigen und zu deinen Mitteln von Gewalt und Vergewaltigung zu greifen“. Dieses einfache und doch so schwere Lebensprinzip ist gemeint, mein Verzicht auf Eskalation, meine Abwiegung, im Großen, im Kleinen, mein Versuch mit meinen Aktionen und Reaktionen im Bereich der Menschenwürde und der Ehrfurcht vor dem Leben zu bleiben, mein entschiedenes Nein zu Sanktionen, mein Nein zum Aufschaukeln der Gewalt.

Wer den Frieden noch retten könne, fragt Bonhoeffer: „Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss und dass die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über der rasenden Welt“.

Das von Bonhoeffer geforderte Friedenskonzil hat 1984 in Basel stattgefunden. Heute ist es mehr oder weniger vergessen, verdrängt. Die Friedensworte sind verhallt, zeigen keine Wirkung mehr. Die europäischen Friedensbewegungen sind schwach geworden. Müssen wir heute leider, leider notgedrungen, unser Heil zum Frieden doch mit militärischen Mitteln suchen? Aufrüstung überall in Europa? Aber ehe wir die Flinte nun nicht ins Korn werfen, sondern vorschnell nach ihr greifen, kommen Fragen auf: Warum schweigen wir, die Kirche, warum schweigen wir, die Menschen, warum schweigst du, Papst, die Kirchleitungen so beredt zu den Konfliktkriegen in den letzten 40 Jahren in Europa und in aller Welt? Warum berichtet

ihr Journalisten so, dass zwar ein tiefes Bedauern an der friedlosen Situation aus eurer Berichterstattung herauszuhören ist, aber häufig, zu häufig schwingt ein „Ja, aber!“ mit? Warum unterbrecht ihr Regierungen den Friedensprozess zwischen Ost und West? Warum wird nicht an einem Europa des Friedens weitergebaut? Warum werden mutwillig natürliche Wirtschaftsentwicklungen gestört? Und, warum suchen wir den Fehler stets bei den anderen, den so genannten Feinden? Ja, ist denn der Feind nun wirklich der Feind? Warum kommt es kaum zur Einsicht über unseren derzeitigen Untaten, anstatt dass wir umkehren und doch noch den gemeinsamen Weg des Friedens suchen?

Es werden Sanktionen als Druckmittel aus der Taufe gehoben, also, um zu strafen! Aber Strafen schaffen keinen Weg zurück zum Frieden. Und wer gibt den einen das Recht zu strafen – und oft müssen Unbeteiligte, Unschuldige diese Strafe erleiden? Das Volk, die Völker? Die Armen? Die Ausgebombten? Die Flüchtlinge? Wer bestimmt eigentlich die einen als die Guten, die anderen als die Bösen? Wer sagt mir, dass ich gut bin – und der andere sei böse? Und die Ursachen für dieses Festlegen von Meinungen werden erst gar nicht mehr hinterfragt? Da steht alles fest, bombenfest? Und die Eskalation bis zur Explosion ist die Folge – die wird aber von uns nicht einkalkuliert? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

„Wir können es heute noch tun“, ruft Bonhoeffer 1934 der Ökumenischen Versammlung zu, nämlich Europa und alle Welt zum Frieden rufen. Die Welt starre in Waffen, furchtbar schau das Misstrauen aus allen Augen. Die Kriegsfanfare könne bereits morgen geblasen werden. „Worauf warten wir noch?“ fragt Bonhoeffer abschließend. „Wollen wir selbst mitschuldig werden wie nie zuvor? ... Wer weiß, ob wir uns im nächsten Jahr noch wiederfinden?“

Mit dieser Frage und einer Strophe aus Matthias Claudius' Antikriegsgedicht „S ist leider Krieg“ endet die Ansprache Bonhoeffers, die er am 28. August 1934 auf Fanö hielt. Nein, sagt man mir, es gebe keinen Krieg, den werde niemand riskieren. Nein? – Ja, es wäre gut, wenn meine Antwortgeber Recht behielten. Unrecht zu haben, das ist in diesem Fall mein Herzenswunsch. Aber die Wiedergeburt des Kalten Krieges ist voll im Gange. Die Neigung, kurzen Prozess zu machen, wächst. Um Flüchtlinge zu „retten“, werden jetzt Kanonenboote eingesetzt? Und wie kommen wir aus dem Dilemma der Eskalation heraus, wenn wir und die anderen weiterhin, jeder für sich, uns selbst als die Guten und die anderen als die Bösen deklarieren?

Fortsetzung folgt

Dieter Stork, geb. 1936 in Rahden, Westfalen, war acht Jahre Gemeindefarmer im Münsterland, dann siebzehn Jahre Jugendpfarrer des Kirchenkreises Herford, dann zehn Jahre Schulreferent der Ev. Kirche im Westmünsterland.



Dieter Stork

Veröffentlichungen im religionspädagogischen Bereich. Vertreter einer Theologie von „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“, Textautor einiger Singspiele und des Dietrich Bonhoeffer Liederatoriums (Musik: Matthias Nagel), aktives Mitglied im Dietrich Bonhoeffer Verein. Der vorgestellte Beitrag wurde im Arbeitskreis „Dietrich Bonhoeffer in OWL“, Bad Salzuflen, am 8. Mai 2015 vorgestellt, dem 70. Erinnerungstag zur Besiegung des deutschen Faschismus.

35. Deutscher Evangelischen Kirchentag, 3.–7.6.2015 in Stuttgart

„Links wirkt“

Von Thorsten Brenscheidt

97.127 Dauerteilnehmer und zusätzlich einige Zehntausend Tagesgäste informierten sich nicht nur über kirchliches Leben, sondern vor allem über gesellschaftspolitisches Engagement. Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und verantwortlichem Handeln als Christ – das interessierte auch ein Drittel aller Teilnehmer (noch unter 20 Jahre), darunter Tausende Erstwähler. Hier ergriffen einige linkspolitische Gruppierungen ihre Chance. In der Zelthalle „Bürgerliches Engagement“ war die Partei „DIE LINKE.“ mit einem großen Stand vertreten. Die Genossinnen und Genossen waren bei Temperaturen bis 36 Grad unermüdlich im Einsatz. Zum Gespräch auf dem „roten Sofa“ erschien neben den Bundestagsabgeordneten Annette Groth, Bernd Riexinger, Christine Buchholz und Petra Pau auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow. Er sagte in einem Interview: „Ich bin heute sechs Monate im Amt – und die Welt ist nicht untergegangen.“ Ganz im Gegenteil, „DIE LINKE.“ war auf dem Kirchentag mit viel Prominenz würdig vertreten und hat eine große Chance genutzt. Gegenüber war der Stand des BRSD und der Rosa Luxemburg-Stiftung. Auch diese Genossinnen und Genossen haben eine sehr einladende, freundliche und effektive Arbeit geleistet. Die Kirchentagsbesucher waren sehr offen und gesprächsbereit. Nicht wenige waren wohl auch positiv überrascht, dass „DIE LINKE.“ mehrere Arbeitsgemeinschaften für Christinnen und Christen hat. Diese Synthese von christlichem Glauben und Sozialismus machte viele neugierig. Bodo Ramelow fand die deutlichsten Worte und erklärte auf einer Open Air-Veranstaltung: „Ich finde

viel Kompass in der Bibel. Das habe ich auch versucht heute morgen in der Bibelarbeit deutlich zu machen ... Insoweit gibt uns die Bibel ganz viel Kraft und Perspektive, wenn wir uns darauf einlassen.“

Überhaupt bot der Kirchentag wieder einmal viele Anknüpfungspunkte zu linkspolitischen Standpunkten. Margot Käßmann reihte in ihrer Bibelarbeit über den unge rechten Verwalter (Lukas 16) vor 12.000 Kirchentagsbesuchern eine linkspolitische Position an die andere. Ihr Mut ist vorbildlich und beeindruckend. Mit Verweis auf die Bibel forderte sie einen Schuldenschnitt für Griechenland und meinte: „Ich verstehe nicht, warum mit meinem Steuergeld gierige Banken gerettet werden müssen.“ Aber das verwundert natürlich nicht, wenn M. Käßmann mit dem „linken Liedermacher“ Konstantin Wecker ein gemeinsames Buch über Pazifismus schreibt.

Ein links-alternatives Profil war auf dem Kirchentag erneut erkennbar. Das etablierte sich bereits 1969, als der Kirchentag auch schon in Stuttgart war, z. B. durch das „Politische Nachtgebet“, initiiert von Fulbert Steffensky und Dorothee Sölle (gest. 2003). Wenn die bekannteste evangelische Theologin des 20. Jahrhunderts auf den Kirchentagen auftrat, waren die Hallen schnell überfüllt. Sie vertrat am deutlichsten linkspolitische Positionen und kandidierte nach dem Mauerfall auch für eine „Linke Liste“. Ihre pointierten Formulierungen und Wortschöpfungen wie „Mutanfälle“, „stilles Geschrei“ und dem Verweis auf „eine blutige, nach Gas stinkende Geschichte“ zeugen nicht nur von Unterhaltungswert, sondern vor allem von intelligenter theologischer Reflexion und klarem politischen Profil.

Ein Theologe katholischer Herkunft, der auf mehreren Kirchentagen auch zu Tausenden sprach, ist Eugen Drewermann. Er mahnte immer wieder Frieden und soziale Gerechtigkeit auch im Kleinen an, erläuterte Wege zur Menschlichkeit und einem verantwortungsvollen und authentischen Christsein. Drewermann war auch schon mehrfach mit Vorträgen für „DIE LINKE.“ aktiv.

Der von dieser Partei propagierte „Sozialismus 2.0“ bedarf einer konstruktiven Würdigung des christlichen Glaubens. Bereits im März 1990 fand die PDS deutliche und treffende Worte für ein neues Verhältnis zu Glaubensgemeinschaften: „Wenn wir um das Gespräch bitten, um Vertrauen werben und gemeinsames Handeln wollen, geschieht das im Wissen um unsere Mitverantwortung an einer verfehlten Politik der SED, die tragische Schicksale, Benachteiligungen, Verdächtigungen und ohnmächtige Betroffenheit auslöste. Wir bekennen uns zur Mitschuld an der bisherigen Politik und bitten die Gläubigen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung.“ Außerdem plädierte man gegenüber den Kirchen für „die ständige Suche nach Feldern des Zusammenwirkens und der sinnvollen Kooperation, wo immer dadurch Menschen etwas gutes geschieht.“ Man wollte das Vertrauen der Religionsgemeinschaften zurückgewinnen und glaubhaft machen, Glaubensinhalte zu unterstützen. Das hat sich bei der Beteiligung auf den Kirchentagen bereits bewährt – nicht nur mit einem Infostand, sondern auch mit eigenen Gesprächsforen und großen öffentlichen Diskussionen. Christinnen und Christen bei der PDS und heute bei der Partei „DIE LINKE.“ sind nichts Außergewöhnliches mehr. In früheren Zeiten mit der SED noch undenkbar und heute z. B. mit der DKP weiterhin verpönt, ist eine sozialistische Partei für Christinnen und Christen wählbar. Deren Mitarbeit wird begrüßt

und fördert die Weiterentwicklung einer Partei für alle linkspolitisch Engagierten, nicht nur für Konfessionslose und Atheisten.

So hat die Partei „DIE LINKE.“ auch in Anbetracht der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg genau richtig gehandelt und sich beim Kirchentag 2015 positiv dargestellt. Die Arbeit geht weiter: Themen wie Christenverfolgung oder Religionsfreiheit überlässt „DIE LINKE.“ nicht mehr allein der CDU/CSU. Sie braucht es auch nicht, weil sie als offene und pluralistische Partei gelernt hat, Berührungsgängste und falsche Bedenken hinter sich zu lassen. Auch gläubige Menschen werden – Gott sei Dank – inzwischen voll integriert und das nicht aus bloß taktischen Gründen. Sie gestalten die Parteiarbeit zu einem gemeinsamen linkspolitischen Ziel mit und gewinnen außerdem neue Wähler im christlichen Umfeld. Neue potentielle Wähler prüfen und vergleichen nämlich, welche Politik mit ihrem Glauben am ehesten vereinbar ist.

So war der Kirchentag 2015 für die Partei „DIE LINKE.“ sicherlich ein Imagegewinn und effektives Zeichen einer integrativen Arbeit mit Glaubenden und auch für neue Wähler, die das „C“ im Parteinamen anderer Parteien eher als Etikettenschwindel wahrnehmen.

Thorsten Brenscheidt, geb. 1969 in Bochum, seit 2012 wohnhaft in Uhldingen am Bodensee, verheiratet, Verwaltungsinspektor, Finanzbuchhalter, theologischer Buchautor und freier Verlagslektor, Vorstandsmitglied der Partei „DIE LINKE.“, Bodenseekreis



Thorsten Brenscheidt

REZENSIONEN

Alles – nur nicht transplantiert **Evangelische Diaspora** **in den Andenstaaten**

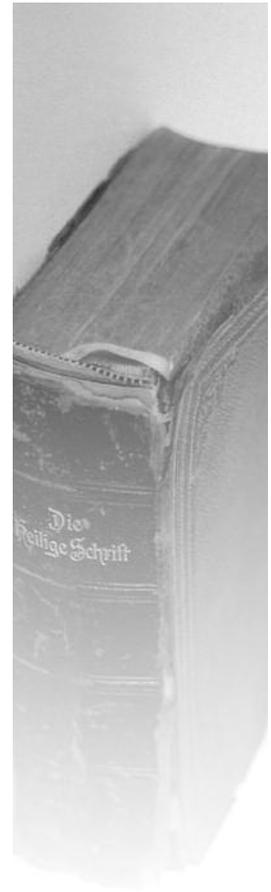
Wilhelm Hüffmeier et. al.
(Hrsg.) *Die evangelische Diaspora – Andenstaaten Chile, Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru. Jahrbuch des Gustav-Adolf-Werks e.V. – Leipzig 2014.* 244 S.

Von Jürgen Schübelin

Sie sind kleine und Kleinst-Kirchen, „Minderheit in der Minderheit“, wie es Branko Nikolitsch formuliert, um die es in diesem Themenbuch des Gustav-Adolf-Werkes (GAW) geht. Ihrer Suche nach einer eigenständigen protestantischen Identität und einer zeitgemäßen gesellschaftlichen Verortung in einem von rasanten Transformationsprozessen geprägten politischen, ökonomischen und sozialen Kontext, spüren die Autorinnen und Autoren der 16 Aufsätze dieses Sammelbandes nach. Der gewählte Fokus liegt dabei auf den fünf Ländern des andinen Südamerikas: Chile, Bolivien, Ecuador, Peru und Kolumbien. Im Spannungsfeld zwischen einer römisch-katholischen Mehrheitskirche, der sich heute – so der empirische Befund bei Volkszählungen und Umfragen – in Ländern wie Brasi-

lien oder Chile aber nur noch 60 bis 70 Prozent der Menschen zugehörig fühlen (und eben nicht mehr 90 bis 95 Prozent wie noch vor einigen Jahrzehnten) – und den unverändert schnell wachsenden Pfingstkirchen in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen – geht es für die Mini-Diaspora der sich lutherisch-protestantisch definierenden Kirchen bei ihrer Rollen-, Standort- und Identitätssuche immer auch um die eigene Überlebensfähigkeit.

Patricia Cuyatti, die Lateinamerika- und Karibik-Referentin des Lutherischen Weltbundes, bringt in ihrem Beitrag über Peru diesen in allen Ländern des Kontinents sehr schmerzhaft verlaufenen Häutungsprozess vormaliger (meist ausschließlich deutschsprechender) Einwanderer- und späterer Mittelschichtskirchen zu sich öffnenden, diakonisch, ökumenisch und für die Sache der Gerechtigkeit und insbesondere der Menschenrechte engagierten lateinamerikanischen Kirchen auf den Punkt. Für sie geht es darum, „entweder privilegierte Kirche zu bleiben oder den Armen zu helfen, ihren Glauben in enger Verbindung mit





ihren kontextuellen Herausforderungen zu bekennen.“ Um diese protestantische „Option für die Armen“ geht es auch in dem Kapitel über die indigene lutherische Kirche Boliviens als Teil eines plurinationalen Staates und der theologischen Beschäftigung mit dem Konzept des *buen vivir*, einem guten Leben, das aber nie losgelöst von der befreienden Botschaft des Evangeliums verstanden wird.

Einen wichtigen Raum in diesem GAW-Jahrbuch nimmt im Zusammenhang mit diesem Grundkonflikt die Beschäftigung mit dem Schisma, der Kirchenspaltung der evangelisch-lutherischen Gemeinden in Chile im November 1974, ein. Hanna Schramm und Branko Nikolitsch zeichnen in ihren Aufsätzen diesen schmerzhaften Prozess vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverbrechen des Pinochet-Regimes und den scheinbar unüberwindbaren Gräben einer bis heute zutiefst gespaltenen Gesellschaft nach. Die Einsicht, wie schwer es dabei – selbst nach vier Jahrzehnten – fällt, wieder aufeinander zuzugehen und dabei auch Schuld einzugestehen, steht exemplarisch für das Verstehen zahlreicher anderer Konfliktlinien in und außerhalb dieser Diaspora-Kirchen.

Dass die – freundlich formuliert – überschaubare Zahl von Kirchengliedern kein Hin-

derungsgrund ist, um politische Wirkungen zu erzielen, belegt Beatrice del Campo in ihrem Aufsatz über das Ringen um einen Friedensprozess in Kolumbien und die Rolle der lokalen evangelisch-lutherischen Kirche (IELCO) im ökumenischen Konzert der „Bewegung der Kirchen für den Frieden“ und dem kolumbianischen Kapitel des protestantischen NGO-Bündnisses ACT-Alliance. Hier sind es die evangelisch-lutherischen Gemeinden, die in ihren öffentlichen Stellungnahmen immer wieder einfordern, dass es bei dem Dialog zwischen Regierung und der FARC-Guerilla um ein Ende des Bürgerkriegs darum gehen muss, einen „echten Frieden basierend auf sozialer Gerechtigkeit“ zu erreichen – und eben nicht nur um einen Modernisierungspakt auf Kosten der verwundbarsten Teile der Bevölkerung wie Indigene, Kleinbauern, Afrokolumbianer sowie der Armen in den Städten und auf dem Land.

Was diesen Themenband so lesenswert macht, ist nicht zuletzt die Offenheit der Autorinnen und Autoren, sehr kritisch und selbst-kritisch auf existentielle Probleme dieser kleinen Kirchen etwa bei der Ausbildung ihres theologischen Nachwuchses oder dem bislang nur begrenzt erfolgreichen Rückbau ihrer bedrohlichen finanziellen Abhängig-

keit von den Partnerkirchen in Europa und den USA einzugehen. Dabei ist für alle Handelnden zumindest ein Identitätsmerkmal als postko-

loniale lateinamerikanisch-lutherische Kirchen Konsens: Die Zeiten von aus dem Norden „transplantierten“ Kirchen sind ein für alle Mal vorbei.

BUNDESNACHRICHTEN

BRSD – Mitwirken beim Kirchentag in Stuttgart 2015

Von Reinhard Gaede

Mit Sack und Pack führen Ingelore und ich am 3. Juni auf die Canstatter Wasen in Stuttgart, froh, den Weg durch den dichten Verkehr gefunden zu haben. Michael, der bei einem Freund von attac Unterschlupf gefunden hatte, stand schon da, um uns einen günstigen Parkplatz vor Zelthalle 4 „Bürgerschaftliches Engagement“ zu zeigen. Unser Stand unter 800 Gruppen lag neben dem der ÖDP auf der einen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf der anderen Seite gegenüber der Partei die Linke. Auch Stände der anderen Parteien befanden sich in der Halle, die von zahlreichen Politiker(inne)n Besuch bekam. Für den BRSD haben Ingelore und ich Einladungen zu Treffen der SPD und der Linken wahrgenommen. Min. Präs. Bodo Ramelow und Min. Präs. a. D. Kurt Beck besuchten unseren Stand.

Unter drei Eröffnungsgottesdiensten, die von 81000 Menschen besucht wurden, fanden

wir beide ein schönes Plätzchen auf der Wiese des Oberen Schlossgartens vor dem Schauspielhaus. Der württembergische Landesbischof Frank Otfried July sprach von der „Herzensweisheit des Glaubens“. Wir sollten uns nicht einbilden, wir seien schon klug, während „Tag für Tag Menschen im Wassergrab des Mittelmeeres oder auch in Südostasien versinken und Flüchtlinge weltweit herumirren“.

Unter zehn angenommenen Resolutionen des Kirchentags konnte unser Mitglied PD Dr. Ulrich Börngen die „Ökumenisch-interreligiöse Solidarisierungsaktion gegen nukleare Kriegsgefahr“ einbringen, welche die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung unterstützt. Darin heißt es: „Als Vertreter von mehreren Weltreligionen begrüßen wir vor allen Dingen, dass im IKRK weltweit religionsübergreifend existentiell nuklearbedrohende Gefahren benannt und in vorbildlicher Gemeinschaft für ‚Leben statt Zerstörung‘ kritisiert werden. ... Alle Menschen ‚gu-





ten Willens' bleiben aufgerufen, die drohende nukleare Kriegsgefahr gemeinsam und überall mit allen wirksamen Schritten zu bekämpfen!“, vgl. www.kirchentag.de, Resolutionen.

Bei Temperaturen bis 38 °C griffen wir immer wieder zu gekühltem Wasser.

Auch Jürgen, Fokke, Martin, Heiner, Ulrich und Andreas halfen in diesen Tagen bei der Betreuung unsers Stands.

Oft konnten wir Mitglieder und Bekannte begrüßen, gute Gespräche führen und erfahren, wo unsere Mitglieder sich en-

gagieren. Z.B. Dorothee Schäfer, die mit ihrem Deutsch-Madagassischen Verein Hunderten von jungen Menschen eine Ausbildung in der Lehrwerkstatt Soltec in der Hauptstadt Madagaskars ermöglicht. Neue Kontakte wurden geknüpft. Beindruckend war das Engagement vieler Initiativen in den armen Ländern der Welt.

Diskutieren, singen, beten, zuhören. Ein Fest des Glaubens von 5000 Helfern und Helferinnen begleitet, haben wir wieder miterlebt. Möge es ausstrahlen in die Welt!

Einladung zur Jahrestagung

Herzlich laden wir ein zur Jahrestagung 11.–13. Sept 2015 in Erfurt. Unterkunft: re4 Hostel Erfurt, Puschkinstr. 21, 99084 Erfurt. Thema: Der Widerstand der Religiösen Sozialist(inn)en in der Nazizeit.

Geplant: Optional am Freitag, 12 h, Besuch der Gedenkstätte KZ Buchenwald.

Nachmittags Workshops über Paul Tillich, Jochen Klepper, Emil Fuchs, Helmut Goll-

witzer. Samstag Rede von Min. Präs. Bodo Ramelow, Referat von Dr. Ulrich Peter, ehem. Bundessprecher, zum Thema. Näheres wird noch bekannt gegeben. Anmeldungen bis zum 25.08.



Abschied von Rosmarie Vančura

Mit Dieter Hönerhoff, Vorstandsmitglied, nahmen wir in der Trauerfeier am 30. Juni 2015 Abschied von Rosmarie (28.8.1932–20.6.2015). Ihr Leben war geprägt von großer Mitmenschlichkeit und dem Streben nach Gerechtigkeit.

Bilder und Fotos

Ingelore & Reinhard Gaede	1, 5, 80
Nikolaus & Anne Schneider	12
Neue Wege, Zürich	13
Wikipedia	19, 27–29, 44
Willy Spieler	21
Gabriele Lüdecke-Eisenberg & Gerhard Lüdecke	26
Herbert Pruner	27
Karlheinz Lipp	33
Helmut Donat	43
Elmar Klink	50
Radicalizing Reformation (www.reformation-radical.com)	53, 56
Ökumenisches Heiligenlexikon (www.heiligenlexikon.de)	71
Dieter Stork	74
Thorsten Benschmidt	76

Autorinnen und Autoren

Thorsten Benschmidt

Tüfinger Str. 3
88690 Uhdlingen-
Mühlhofen

Helmut Donat

Borgfelder Heerstr. 29
28357 Bremen-Borgfeld

Elmar Klink

Thielenstr. 13–15
28215 Bremen

Dr. Karlheinz Lipp

Friedrich-Wilhelm-Str. 42
12103 Berlin

Gerhard Lüdecke & Gabri- ele Lüdecke-Eisenberg

Hahnenkammstr.15
63450 Hanau/Main

Herbert Pruner

Sachsenheimstr. 3
A 6900 Bregenz

Dr. h.c. Nikolaus & Anne Schneider

Nymphenburger Str. 3
10825 Berlin

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14a
65779 Kelkheim

Willy Spieler

Butzenstr. 27
CH 8038 Zürich

Dieter Stork

Klusstr. 93
32257 Bünde

Bärbel von Wartenberg- Potter

c/o Redaktion

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)-briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:
m.distelrath@netcologne.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 25,- pro Jahr · Ausland € 35,-, pro Jahr
Förderabonnement € 30,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam